

# Preussische Allgemeine



Nr. 14 · 8. April 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



## Verbrannte Erde

Die Verbrechen in der Ukraine erschüttern die Welt. Während die internationale Politik über angemessene Antworten diskutiert, rütteln die Bilder aus den Kiewer Vororten bei den letzten Angehörigen der Weltkriegsgeneration alte Traumata wach **Seiten 1 und 12**



**Blick auf Ungarn**  
Ein kleines Land, von dem Europa lernen kann **Seite 3**



**Der Alte Dessauer**  
Mehr als Anekdoten und Gleichschritt **Seite 11**

### KRIEG IM OSTEN

## Das Grauen von Butscha und die Frage nach den Konsequenzen

Die Kriegsverbrechen in der Ukraine verlangen nicht nur nach angemessenen Antworten der internationalen Politik, sondern auch nach einer anderen Erinnerungskultur

VON RENÉ NEHRING

Es sind Bilder eines unvorstellbaren Grauens, die uns dieser Tage aus Kiewer Vororten erreichen. Nachdem die russische Armee die von ihnen in den letzten Wochen besetzten Gebiete am Rande der ukrainischen Hauptstadt räumen musste, wurden in Butscha, Irpin und andernorts zahlreiche Leichen entdeckt, die Spuren schwerster Gewalteinwirkungen aufwiesen: verstümmelte Menschen, die zum Teil mit auf dem Rücken verbundenen Händen und Kopfschüssen in den Straßen lagen, Zivilisten, die in Autos von Panzern überrollt wurden, sowie etliche vergewaltigte Frauen.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj befürchtet angesichts dieser Funde nach der Befreiung weiterer Gebiete seines Landes auch weitere Kriegsverbrechen, die sogar „noch schrecklicher“ sein könnten, mit „noch mehr Toten und Misshandlungen“.

Zwar wiesen der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow und die Leiterin der Informationsabteilung des Moskauer Außenministeriums, Marija Sacharowa, jegliche Verantwortung Russlands für diese Verbrechen zurück und behaupteten hingegen, dass es sich bei den ukrainischen Schilderungen um „Fake News“ handle, die von den USA „bestellt“ worden seien. Doch lässt schon die bislang

bekannte Vielzahl an Tatorten keinen anderen Schluss zu, als dass es sich hier um ein groß angelegtes russisches Kriegsverbrechen handelt – um Szenen eines Vernichtungskriegs, für den Präsident Wladimir Putin die Verantwortung trägt.

#### Suche nach der richtigen Antwort

Ein solches Verbrechen verlangt nach Antworten, nach Ermittlung der genauen Abläufe ebenso wie nach Anklage und Verurteilung der Handelnden vor Ort wie deren Hintermänner. Ein solches Verbrechen verlangt auch nach Gegenmaßnahmen, die es Putin und seinem Umfeld unmöglich machen, ihren Vernichtungskrieg fortzusetzen. Schon gibt es Forderungen nach weiteren Verschärfungen der gegen Russland verhängten Sanktionen, allen voran nach einem sofortigen Erdöl- und Gasembargo, um zu verhindern, dass weiterhin europäisches Geld in die russische Kriegsmaschinerie fließt.

Zweifellos würde ein solcher Schritt die Moskauer Führung schwer treffen. Doch würde er auch den Krieg und die russischen Massaker beenden? Wohl kaum. Denn trotz des bislang weitestgehend erfolglosen Agierens der russischen Armee in der Ukraine dürften Moskaus Waffenarsenale voll genug sein, um noch lange Not und Elend über das Nachbarland und dessen Bevölkerung zu bringen.

Hinzu kommt, dass ein sofortiges Ende der Energielieferungen nicht nur die

Russen hart trübe, sondern auch die Europäer. Und dies keineswegs nur in einem Maße, das angesichts der Leiden der Ukrainer als vergleichsweise geringes Übel gelten kann, sondern in einem Ausmaß, bei dem ein Zusammenbruch der westlichen Infrastruktur droht. Wem wäre damit geholfen? Den notleidenden Ukrainern jedenfalls nicht. Vielmehr wären Länder wie Deutschland und Polen, die in den letzten Wochen Millionen ukrainische Flüchtlinge aufgenommen haben, schon bald kaum mehr in der Lage, diese Hilfe aufrechtzuerhalten.

Was immer also auch die westliche Politik an Antworten erwägen mag, sie möge dabei bedenken, nicht aus Wut und Verzweiflung über die unfassbaren Verbrechen in der Ukraine Selbstmord im eigenen Land zu begehen.

#### Folgen für die Erinnerungskultur

Schon jetzt steht der Name Butscha in einer Reihe mit Orten wie Katyn, Babyn Jar, Oradour-sur-Glane und Nemmersdorf bis hin zu My Lai und Srebrenica oder Butare in Ruanda. Bereits diese kurze Auflistung, die sich beim Blick in die Geschichtsbücher beliebig fortsetzen ließe, zeigt, dass der Terror gegen die Zivilbevölkerung in Zeiten des Krieges viele Gesichter hatte – und immer weitere hinzukommen.

In Deutschland war davon in den vergangenen Jahren freilich wenig zu spüren. Vielmehr wurde mit dem allmählichen Da-

hinscheiden der Erlebnisgeneration der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs das Gedenken an die deutschen Opfer jener Zeit nach und nach verdrängt, bis zuletzt nur noch die Erinnerung an deutsche Kriegsverbrechen übrig blieb. Als Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor wenigen Monaten zum Volkstrauertag sprach, listete er zahlreiche Orte deutscher Schandtaten auf – und erwähnte seine bei der Flucht und Vertreibung aus dem Osten oder bei alliierten Bombardierungen getöteten Landsleute mit keinem Wort. Eine solche Erinnerung weckt – auch wenn dies hart erscheinen mag – den Anschein, als gäbe es politisch opportune und weniger opportune Opfer.

Die Verbrechen in den Kiewer Vororten zeigen jedoch nicht nur, dass ein solches Gedenken inhuman ist – sondern auch, wohin es führen kann. Während Deutschland die dunklen Seiten seiner Vergangenheit aufarbeitete und jeder, der deutsche Verbrechen relativiert, in diesem Lande gesellschaftlich geächtet ist, drücken sich andere Länder – wie eben gerade Russland – bis heute um eine Aufarbeitung ihrer Vergangenheit. Mit der Folge, dass eigene Schandtaten nie als solche benannt werden, sondern allenfalls als eine Art Kollateralschaden in einem grundsätzlich legitimen Kampf erscheinen – sowie auch mit der Folge, dass sich derlei Verbrechen gegen die Menschlichkeit immer wieder wiederholen.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Pulverfass Inflation: Das wahre Risiko wird noch immer unterschätzt **Seite 7**

#### Kultur

Im Humboldt-Forum wird Honeckers Palast der Republik verkürt **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Das südliche Ostpreußen ist auch ein Zufluchtsort für ukrainische Flüchtlinge **Seite 13**

#### Lebensstil

Mit der Polizei auf der Jagd nach Temposündern in Vorpommern **Seite 21**



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 14  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Zuzug aus der Ukraine** Es zeichnet sich eine zunehmende Einwanderung von potentiellen Nettoempfängern, von Schwerkranken, Alten sowie Invaliden in die deutschen Sozialsysteme ab

## An der Belastungsgrenze

Ukraine-Flüchtlinge sorgen für volle Arztpraxen – Minister Lauterbach will eine umfassende medizinische Versorgung

VON NORMAN HANERT

Berlins Sozialverwaltung hat auf eine Entwicklung aufmerksam gemacht, die sich bald auch in anderen deutschen Städten und Gemeinden bemerkbar machen wird, in denen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ankommen. Beobachtet hat die Sozialverwaltung, dass derzeit immer mehr alte, kranke und versehrte Kriegsflüchtlinge nach Berlin kommen. „Ärzte im Ankunftszentrum Tegel berichten beispielsweise, dass viele Krankheitsfälle unter den Geflüchteten sind“, so der Sprecher der Senatsverwaltung für Soziales, Stefan Strauß. Berlins Sozialsenatorin Katja Kipping (Linkspartei) sprach sogar davon, dass sich unter den Flüchtlingen aus der Ukraine vielen Schwerkranken befinden. Zwar hat die Bundesregierung der Ukraine ausdrücklich auch die Behandlung von Menschen mit Kriegsverletzungen angeboten, bislang sind solche Patienten aber noch immer Ausnahmefälle.

Helfer und medizinische Experten nennen diverse Gründe, warum nach mehreren Wochen des Krieges in Deutschland immer öfter Flüchtlinge eintreffen, die dringend in ärztliche Behandlung müssen. Nach Einschätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) befinden sich in der Ukraine mittlerweile Hunderte von Krankenhäusern, Arztpraxen und anderen medizinischen Versorgungseinrichtungen in Gebieten, in denen es zu Kampfhandlungen kommt oder die von russischen Truppen eingenommen wurden.

Der WHO-Sprecher Tarik Jasarevic berichtete nach einem Aufenthalt in der Ukraine: „Die Menschen dort trauen sich wegen der Kämpfe und der Explosionen nicht, zu einer nötigen Behandlung zu gehen.“ Zudem mangelt es Gesundheitseinrichtungen in vielen ukrainischen Regionen mittlerweile an Medikamenten und grundlegenden Dingen wie etwa Betäubungsmitteln, Blutreserven oder Operationsbestecken.

### Brennpunkt der Tuberkulose

Angelika Eggert, Leiterin der Klinik für Pädiatrie mit dem Schwerpunkt Onkologie an der Berliner Charité, wies auf einen weiteren Umstand hin. Viele Flüchtlinge haben zunächst auf Unterstützung in Polen gehofft. Dort ist nach Einschätzung der Medizinerin die Lage aber dramatisch, „die kideronkologischen Kliniken sind



Ankunft ukrainischer Flüchtlinge: Immer mehr kommen, die dringend medizinische Hilfe benötigen

Foto: pa

weit überfüllt“. In der Ukraine selbst sind nach Erkenntnissen der Charité-Medizinerin die meisten Kinderkrebszentren aufgrund von Bombenangriffen nicht mehr arbeitsfähig.

Das Wiener Bioethikinstitut IMABE macht auf das Schicksal von ukrainischen Leihmüttern aufmerksam. Bezahlte Leihmutterchaft ist in der Ukraine legal. Vor diesem Hintergrund war das Land bis

zum Krieg weltweit dafür bekannt, dass dort Leihmutterchaften besonders günstig arrangiert werden konnten. Schätzungen gehen davon aus, dass zuletzt von ukrainischen Frauen bis zu 2500 Kinder pro Jahr gegen Bezahlung ausgetragen wurden. Menschenrechtsgruppen haben schon vor dem Krieg auf die schwierige Situation der ukrainischen Leihmütter hingewiesen. Die Wiener Bioethikerin Su-

sanne Kummer kritisierte, dass sich nun niemand angesichts zerbombter Häuser und Spitäler um die medizinische Versorgung der Leihmütter kümmere. Der britische „Guardian“ hatte bereits am 10. März berichtet, dass junge Leihmütter von ihren Vermittlungsagenturen angehalten werden, ihr Kind abtreiben zu lassen (siehe PAZ vom 25. März).

### Niedrige Impfzraten

Im Fall der Ukraine kommen weitere Besonderheiten hinzu, die bereits vor dem russischen Einmarsch ein Problem waren. Schon in den vergangenen Jahren war die Ukraine beispielsweise das Land in Europa, in dem die meisten Fälle von Tuberkulose registriert wurden. Der Zusammenbruch der medizinischen Versorgung kann für viele Tbc-Patienten die Hoffnung auf Genesung zerstören und zu einem Anstieg der Fälle führen. Im internationalen Vergleich lag die Ukraine bei Impfungen wie Masern, Mumps und Röteln unter dem Durchschnitt.

Deutschlands Gesundheitssystem trifft der Behandlungsbedarf der ukrainischen Patienten derzeit zu einem besonders heiklen Zeitpunkt. Einer Umfrage der

Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zufolge sind derzeit drei Viertel der Kliniken wegen Ausfällen beim Personal ohnehin nicht mehr in der Lage, ihr normales Leistungsangebot anzubieten. Der Bund muss sich zudem auch auf erhebliche Kosten einstellen. Direkt nach dem Beginn des russischen Angriffs hat die Bundesregierung der Ukraine die Versorgung von Kriegsverletzten und anderen Patienten in Deutschland angeboten.

Die medizinischen Leistungen für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge will der Bund nach dem Asylbewerberleistungsgesetz finanzieren. Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hatte bereits am 10. März bei einer Veranstaltung des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen eine sogenannte Klarstellung angekündigt. Demnach soll es für die Flüchtlinge eine Regelung geben, welche die Finanzierung über das Asylbewerberleistungsgesetz weit hinaus interpretiert, sodass nicht nur akute Behandlungen, sondern eine umfassende medizinische Versorgung bezahlt wird. Man wolle nicht, dass krebserkrankte Kinder nach Deutschland kämen und dann nicht versorgt würden, weil es nach dem Gesetz nicht abgedeckt sei, so Lauterbach. Laut dem Gesundheitsministerium wickeln generell die Bundesländer die Kosten mit den Krankenkassen ab.

### Die KV drängt auf schnellen Vertrag

Ende März wurde öffentlich Kritik der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) laut, die Sozialverwaltung tue zu wenig, um eine konkrete Regelung für die Kostenübernahme zu finden. Das Drängen der KV auf eine Vertragsunterzeichnung liegt nicht zuletzt an der steigenden Zahl von Kriegsflüchtlingen, die mit schweren Krankheiten in Berlin ankommen. Im Lauf des März haben sich nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung fast 800 Arztpraxen und Therapeuten bereiterklärt, die Kriegsflüchtlinge auch erst einmal ohne Krankenversicherung zu behandeln. Bei Patienten, die beispielsweise eine Dialyse oder teure Medikamente benötigen, können allerdings für Arztpraxen und Apotheken schnell erhebliche Kosten entstehen.

Berlins Sozialsenatorin Katja Kipping (Linkspartei) wies die Kritik der Kassenärztlichen Vereinigung zurück, dass die Sozialverwaltung sich zu lange Zeit lasse, die Kostenübernahme zu regeln. Kipping erklärte, bei dem Vertrag gehe es „um sehr viel Geld“.

### Stellungnahmen



Mit Blick auf die steigenden Flüchtlingszahlen sagte der Sprecher der Bundesregierung, **Stefan Hebestreit**: „Da kommt einiges auf uns zu.“



Nach Einschätzung der Hochschullehrerin an der Charité, **Angelika Eggert**, sind in Polen inzwischen viele kideronkologische Kliniken überfüllt.



Brandenburgs Innenminister **Michael Stübgen** (CDU) fordert vom Bund eine Pauschale für die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine.

### WILLKOMMENSKULTUR

## „Die Spendenbereitschaft ist fast im freien Fall“

Bei den Helfern wie in der Bevölkerung zeichnet sich ein abnehmendes Interesse ab

Die Spendenbereitschaft der Deutschen war bundesweit in den ersten Wochen des Ukrainekriegs überwältigend. Viele Freiwillige sammelten Geld, Nahrung, Medikamente und organisierten auf eigene Faust Transporte an die polnisch-ukrainische Grenze. Noch bevor der Berliner Senat in die Gänge kam, waren es ehrenamtliche Helfer, die als erste am Hauptbahnhof der Hauptstadt Essen für Kriegsflüchtlinge organisierten.

Inzwischen berichten Hilfsorganisationen von Problemen im Zusammenhang mit der anfänglichen Flut an Sachspenden. Zum Teil sind die Lager voll mit ge-

spendeten Kleidungsstücken, die derzeit eigentlich nicht benötigt werden. So berichtete Diana Henniges vom Verein „Möbit hilft“ gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb): „Jetzt kommt der Frühling, wir brauchen keine Pelzmäntel mehr.“ Die vollen Lager mit Kleidungsstücken binden inzwischen sogar unnötig Personal, das nicht verwendbare Sachen wieder entsorgen muss. Mangel herrscht dagegen oftmals an Dingen, die für den Start in den Alltag notwendig sind, wie beispielsweise ein Laptop.

Nun machen Hilfsinitiativen auch die Erfahrung, dass nach Wochen des Engage-

ments das Interesse von Helfern nachlässt. Zudem berichten Initiativen von einem nachlassenden Interesse in der Bevölkerung. „Die Spendenbereitschaft hat deutlich nachgelassen, sie ist fast im freien Fall“, so Simon Neuffer von „adiuto.org“, einem Netzwerk, das Spenden und ehrenamtlich Hilfe organisiert.

Auch aus Polen sind inzwischen Warnungen zu hören, dass sich die Bereitschaft, ukrainischen Kriegsflüchtlingen zu helfen, abkühlen könnte. Auf dem Nachrichtenportal „gazeta.pl“ prognostizierte der Krakauer Ökonom Marcin Kędzierski, dass der Enthusiasmus der ersten Wochen

Hinsichtlich der Willkommenskultur zeichnet sich in Deutschland wie in Polen eine vergleichbare Entwicklung ab

in wenigen Monaten erschöpft sein könnte. Kędzierski warnte, dass die Aufnahme einer großen Flüchtlingszahl zu sozialen Konflikten führen werde, wenn die Belastungen den sozial schlechter gestellten Polen aufgebürdet würden. Kędzierski wies dabei unter anderem auf den Zustand des öffentlichen Gesundheitssystems in Polen und den teilweise schlechten Gesundheitszustand der Flüchtlinge hin. Der Krakauer Wissenschaftler rechnet damit, dass kurzfristig bis zu zweieinhalb Millionen Ukrainer nach Polen kommen werden. Die Aufnahmekapazität Polens schätzt er auf eine Dreiviertelmillion. N.H.

# Ungarische Impressionen

Obwohl Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán seit Jahren vielerorts als Sorgenkind der Europäischen Union gilt, haben ihn seine Landsleute soeben mit deutlicher Mehrheit im Amt bestätigt. Eindrücke aus dem Umfeld einer europäischen Wahl

VON RENÉ NEHRING

Zum vierten Mal in Folge haben die Ungarn am vergangenen Wochenende ihren Ministerpräsidenten Viktor Orbán und seine Partei „FIDESZ – Ungarischer Bürgerbund“ mit dem Auftrag zur Regierungsbildung ausgestattet – und zum vierten Mal in Folge mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Laut ungarischem Wahlbüro kommt FIDESZ mit seinem Koalitionspartner KDNP auf 53 Prozent der Stimmen und 135 der 199 Mandate im Budapester Parlament, die Oppositionsallianz „Ungarn in Einheit“ unter Führung des Bürgermeisters Péter Márki-Zay, die aus sechs linken, grünen, liberalen und rechten Parteien bestand, lediglich auf 35 Prozent der Stimmen und 56 Parlamentssitze. Aus deutscher Sicht erfreulich ist, dass auch Imre/Emmerich Ritter als Kandidat der Landesselektverwaltung der Ungarndeutschen in das Budapester Parlament gewählt wurde (siehe dazu auch das Porträt auf Seite 8).

## Gottsebeius der EU

Obwohl Orbán damit nicht nur der am längsten regierende, sondern auch der derzeit erfolgreichste europäische Politiker ist, gab es in Europa für diesen Erfolg keineswegs ungeteilte Anerkennung. Vielmehr herrschten – mit Ausnahme konservativer und rechter Parteien – sowohl in Brüssel als auch in vielen Hauptstädten der EU Skepsis und Zurückhaltung.

Schon seit Jahren gilt Orbán als eine Art Gottsebeius der europäischen Politik, geht er doch in vielen Grundsatzfragen einen gänzlich anderen Weg als die meisten anderen in der Europäischen Union vereinten Demokratien. So wurde bei der Änderung der Verfassung im Jahre 2011 – in einer Zeit, in der in den meisten westlichen Ländern der Laizismus voranschritt – Ungarn als Teil des christlichen Europas beschrieben und ein Gottesbezug in die Verfassung eingefügt. Zudem wurde die ungarische Nation ausdrücklich ethnisch-kulturell definiert. Und während sich andernorts die Gender-Ideologie ausbreitete, bekannte sich Orbán mit seinem FIDESZ zu einem klassischen Familienbild.

Zum offenen Zerwürfnis kam es jedoch nach 2015, als die ungarische Regierung ihren Auftrag aus dem Schengener Abkommen erfüllen und die EU-Außengrenzen gegenüber einer unkontrollierten Zuwanderung sichern wollte – und sich dafür zahlreiche Vorwürfe anhören musste, inhuman zu handeln. Vor allem zu Deutschland, das sich konträr zur ungarischen Politik zu einer „Willkommenskultur“ bekannte und monatelang eine unkontrollierte Masseneinwanderung zuließ, ist das Verhältnis seitdem gestört.

Schlechte Noten bekommen Orbán und seine Regierung in den vergangenen Jahren auch von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie „Freedom House“ oder den „Open Society Foundations“, die dem Land eine Verschlechterung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten sowie der Situation der Nichtregierungsmedien und oppositioneller Parteien vorwerfen, jedoch oft zumindest anteilig von Orbáns altem Widersacher George Soros finanziert werden.

## Zerrbilder und Wirklichkeiten

Ist Ungarn also ein autoritärer Staat, ein Ort der Unfreiheit und des Wahlbetrugs? Wer – wie der Autor dieser Zeilen in den vergangenen Tagen – die Gelegenheit hat, das Land an der Donau aus der Nähe kennenzulernen, kommt unweigerlich zu einem differenzierteren Bild. So ist die Hauptstadt Budapest eine traditionelle Hochburg der liberalen und linken Opposition. Erst 2019 – also zu einer Zeit, in der den Kritikern zufolge Ungarn bereits zahlreiche Freiheiten eingebüßt hatte – konnte der der grünen Dialog-Partei angehörende



Selbstbewusste Nation, selbstbewusster Ministerpräsident: Viktor Orbán im Wahlkampf des Jahres 2022 Foto: ddp images

Gergely Karácsony den zwischendurch regierenden und von FIDESZ getragenen Oberbürgermeister István Tarlós ablösen. Was belegt, dass demokratische Regierungswechsel auch im Ungarn Viktor Orbáns möglich sind. Autoritäre Regime lassen keine Siege der Opposition ausgerechnet in der Hauptstadt zu.

Dass der FIDESZ-Erfolg bei der Parlamentswahl am Sonntag gleichwohl so deutlich ausfiel, liegt wesentlich an der faktischen Zweiteilung Ungarns: auf der einen Seite der Ballungsraum der Millionen-Metropole Budapest, auf der anderen Seite der überwiegend ländlich und kleinstädtisch geprägte „Rest“ des Landes. Hier, wo die deutliche Mehrheit der Ungarn lebt, wählen die Menschen wie nahezu überall auf der Welt mehrheitlich konservativ.

Für den Wahlausgang nicht unerheblich ist naturgemäß auch die Situation der Medien. Hier werfen Kritiker der Regierung seit Jahren vor, insbesondere die Sender der öffentlich-rechtlichen Mediengruppe „Duna“ unter ihre Kontrolle gebracht zu haben. Anhänger der Regierung verweisen hingegen darauf, dass etwa das erste ungarische Fernsehen M1 lediglich eine Reichweite von durchschnittlich rund zehn Prozent hat, der Privatsender RTL Klub hingegen deutlich reichweitenstärker ist – und deutlich „anti-Orbán“. Die ungarische Medienbehörde NMHH verweist zudem auf die breite Vielfalt der ungarischen Medienlandschaft: Über 12.000 verschiedene Dienstleister, darunter 215 Radiostationen, 578 Fernsehsender, 7574 Zeitungen und Magazine sowie 3697 Internetanbieter werben laut NMHH regelmäßig um die Aufmerksamkeit der knapp zehn Millionen Magyaren.

Dass die Opposition keineswegs sprachlos ist und auch keine Hemmungen hat, den Regierungschef hart anzugehen, konnte der Autor dieser Zeilen selbst erleben. So wurden Nutzern auf der Online-Plattform YouTube

immer wieder Werbespots gezeigt, in denen sich das Bildnis des russischen Präsidenten Putin unter bedrohlichen Begleitgeräuschen in das Konterfei des ungarischen Ministerpräsidenten verwandelte. Nach einer Opposition, die Angst vor der Regierung haben muss, sieht das nicht aus.

## Der Krieg als Wahlkampfthema

Generell versuchte die Opposition, das seit Jahren gute Verhältnis zwischen Orbán und Putin zum Wahlkampfthema zu machen, um den Premierminister vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs diskreditieren zu können. Allerdings verfangen diese Versuche kaum, da Orbán trotz der hohen Abhängigkeit Ungarns von russischen Energielieferungen alle Sanktionen der EU gegen Russland mittrug und sich von Putins Angriffskrieg klar distanzierte.

Zudem nahm Ungarn ohne zu zögern bislang hunderttausende ukrainische Flüchtlinge auf, obwohl – wie FIDESZ-Anhänger betonen – das Nachbarland seit Jahren einen nationalistischen Kurs gegenüber seinen Minderheiten fahre und dabei auch die Rechte der in der Oblast Transkarpatien lebenden Ungarn beschneide. Bei einem Besuch am ungarisch-ukrainischen Grenzübergang Beregsurány konnte sich der Autor persönlich davon überzeugen, wie ukrainische Flüchtlinge nach dem Überschreiten der Grenze im Rahmen des ungarischen Hilfsprogramms „Híd Kárpátaljáért“ („Brücke für die Unterkarpaten“) mit Kleinbussen zur Aufnahme-Station im Ort gefahren sowie mit Essen und Kleidung versorgt werden. Der anwesende Malteserhilfsdienst sorgt im Bedarfsfall für eine medizinische Erstversorgung. Von Beregsurány können die Flüchtlinge dann an ein Ziel ihrer Wahl weiterreisen, oder sie werden in eine staatliche Unterkunft gebracht.

Generell ist festzustellen, dass das Verfahren sehr geordnet wirkt. Ein entscheiden-

Zu fürchten braucht Europa dieses Ungarn nicht – aber es könnte eine ganze Menge von dem kleinen Land an der Donau lernen

der Unterschied zu Deutschland ist, dass die ungarischen Behörden alle Flüchtlinge konsequent erfassen. Während Bundesinnenministerin Nancy Faeser dies mit fragwürdigen Begründungen für Deutschland ablehnt, betonen ungarische Vertreter, dass die Registrierung nicht nur der Sicherheit ihrer Landsleute dient, sondern auch den Flüchtlingen selbst. So berichtete der regionale Parlamentsabgeordnete Attila Tilki (FIDESZ) von einem Fall, bei dem eine Mutter und ihr Kind bei der Weiterfahrt irrtümlicherweise auf zwei verschiedene Fahrzeuge verteilt wurden, aufgrund der namentlichen Erfassung jedoch schnell wieder zusammengeführt werden konnten.

## Gründe eines historischen Wahlerfolgs

Fragt man als Außenstehender Politiker und Anhänger von FIDESZ nach dem Erfolgsrezept ihrer Partei, erhält man umgehend die Antwort, dass der „Bürgerbund“ in erster Linie Politik für Ungarn und seine Menschen mache – und nicht für „Brüssel“ oder irgendeine NGO. Die Bürger, so heißt es, erwarteten von der Politik vor allem Wohlstand und Sicherheit – und keine „woken“ Ideologien.

Auf diese und weitere Gründe verweist am Wahlabend auch der alte und neue Premierminister. Ausdrücklich bekennt sich Orbán dabei auch zur klassischen europäischen Christdemokratie und ihren konservativen Werten, zu denen nicht zuletzt auch ein gesunder Patriotismus gehört. Nachdem Orbán seine Siegesrede beendet hatte, stimmten seine Anhänger denn auch die patriotische Hymne „Kossuth Lajos azt üzenté“ über den ungarischen Nationalhelden Lajos Kossuth von Udvard und Kossuthfalva an.

Diese Szene ist gleich in mehrfacher Hinsicht durchaus bemerkenswert. Zum einen, weil jeder der Anwesenden den Text mitsingen konnte und auch lauthals mitsang. Zum anderen aber, weil die FIDESZ-Spitze im Moment ihres großen Triumphes nicht die offizielle Nationalhymne „Himnusz a Magyar nép zivataros századaiból“ (Hymne aus den stürmischen Jahrhunderten des ungarischen Volks) anstimmte und damit ein Lied über die Schönheit und Größe der ungarischen Heimat, sondern vielmehr ein Lied über den Anführer der ungarischen Unabhängigkeitsbewegung 1848/49 – und damit ein Bekenntnis zur Freiheit abgab. Die Ungarn, so sagt es dieser Augenblick, wollen niemand dominieren. Allerdings wollen sie auch von niemand anderem dominiert werden.

Zu fürchten braucht Europa dieses Ungarn also nicht – aber es könnte eine ganze Menge von dem kleinen Land an der Donau lernen.

## Ausblick

Auch sonst sind die Kritiker sowohl in Brüssel als auch in zahlreichen Hauptstädten der Europäischen Union gut beraten, ihre Haltung zu Orbán und Ungarn zu überdenken. Und dies nicht nur wegen der Höhe seines Wahlerfolgs, sondern auch aus pragmatischem Eigeninteresse. Bei zahlreichen Grundsatzthemen von der Finanzpolitik bis zu den Sanktionen gegen Russland gilt das Prinzip der Einstimmigkeit. Eine weitere Verhärtung der Fronten könnte somit zu einer Handlungsunfähigkeit der EU führen, während ein Aufeinanderzugehen für alle Beteiligten von Vorteil ist.

Lieben müssen die Europäer den Ungarn deswegen nicht, aber sie sollten respektieren, dass er und die Mehrheit seiner Landsleute einen anderen Weg durch das 21. Jahrhundert gehen wollen als manche europäische Nachbarnation.

● Die Reise des Autors nach Ungarn erfolgte im Rahmen eines Begleitprogramms des Mathias Corvinus Collegiums (MCC) zur ungarischen Parlamentswahl 2022. Das MCC ist eine multidisziplinäre Denkfabrik. [www.mcc.hu](http://www.mcc.hu)

## MELDUNGEN

## Immigranten neu etikettiert

**Wiesbaden** – Das Statistische Bundesamt plant Anfang nächsten Jahres bei seinen Statistiken eine neue Kategorie mit der Bezeichnung „Eingewanderte und ihre Nachkommen“ einzuführen. Die Behörde reagiert damit auf Kritik, dass die bisherigen Kategorien nicht mehr zeitgemäß seien. Zu dieser Ansicht war beispielsweise die von der Bundesregierung berufene „Fachkommission Integrationsfähigkeit“ vergangenes Jahr in ihrem Abschlussbericht gelangt. Unter die neue Kategorie würden nicht mehr alle Menschen mit Immigrationshintergrund fallen, sondern nur noch Personen, die selbst oder deren beide Elternteile eingewandert sind. In einer mehrjährigen Testphase will das Statistische Bundesamt zunächst die bisherige Kategorisierung neben der neuen parallel weiterführen. N.H.

## Ursachen von Long COVID

**Essen** – Bei 90 bis 95 Prozent aller Personen, die angeben, unter Long COVID zu leiden, zeigen sich keinerlei organische Veränderungen. Das ist das Ergebnis einer Studie von Mitarbeitern der neurologischen Klinik an der Universitätsklinik Essen unter der Leitung des Professors Christoph Kleinschnitz. Die Mediziner suchten in der Regel vergeblich nach körperlichen Ursachen für die vorgebrachten Beschwerden wie Müdigkeit, „Nebel im Kopf“ oder verminderte Leistungsfähigkeit. Kleinschnitz wertet dies als Beleg dafür, dass Long COVID zumeist ein „psychologisch-seelisches Problem“ darstellt. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Häufung von Long COVID bei Menschen mit psychiatrischen Vorerkrankungen wie Depressionen oder Angststörungen sowie Angestellten in sitzenden Berufsberufen. Dahingegen seien körperlich Arbeitende und Selbstständige aller Art deutlich unterrepräsentiert. W.K.

## Vorerst keine Konfiszierung

**Berlin** – Wie eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Katrin Schmidberger (Grüne) ergab, sieht die Berliner Landesregierung derzeit keine Möglichkeit, Immobilien im Eigentum der Russischen Föderation zu beschlagnehmen. Wie es in einer Antwort des Senats heißt, sei dies im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht vorgesehen. Derzeit befinden sich 17 Immobilien in Berlin im Eigentum des russischen Staates. In ihrer Anfrage hatte die Abgeordnete wissen wollen, ob die Möglichkeit der Beschlagnehmung der Immobilien „zur Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine“ besteht. In einer anderen Anfrage hatte sich die Abgeordnete Katalin Gennburg (Linkspartei) im Zusammenhang mit Sanktionen im Bereich der Immobilienwirtschaft erkundigt, ob der Senat die Möglichkeit sieht, Vermögenswerte einzufrieren oder gänzlich zu beschlagnehmen. Der Senat antwortete, gegenwärtig würden keine generellen EU-Sanktionen gegen russische Staatsangehörige oder Unternehmen existieren, sondern nur gegen bestimmte Personen und Unternehmen. N.H.



Zunehmend kommen Covid-19-Infizierte aus anderen Gründen ins Krankenhaus: Notaufnahme einer Klinik

## HOSPITALISIERUNGSRATE

## Mit oder wegen Corona im Krankenhaus?

Immer mehr Kliniken veröffentlichen die divergierenden Zahlen und konterkarieren damit das Katastrophen-Narrativ von Politikern wie Lauterbach

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die sogenannte Hospitalisierungsrate, also die Zahl der COVID-19-Patienten in den Krankenhäusern, gilt hierzulande als zentrale Kennziffer, wenn es darum geht, die Notwendigkeit von freizeitschränkenden Maßnahmen zu begründen. Dabei wurde bislang aber noch nie präzise und flächendeckend unterschieden, ob jemand „mit“ oder „wegen“ Corona im Krankenhaus oder gar auf der Intensivstation lag.

Neben den an COVID-19 Erkrankten, die aufgrund ihrer Infektion Lungenpro-

bleme bekamen und deshalb unter Umständen eine künstliche Beatmung benötigten, gingen auch Menschen mit Unfällen, Herzinfarkten und anderen gesundheitlichen Schäden als „Corona-Patienten“ in die Statistik ein, sobald ihr SARS-CoV-2-Test in der Klinik positiv ausfiel.

Das bestätigten der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Ingo Morell, und der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI), Gernot Marx, bei einer Anhörung durch den Gesundheitsausschuss des Bundestages am 14. März. Dabei fiel das Argument, man könne unmöglich „ganz

genau messerscharf trennen“, aus welchem Grunde jemand im Krankenhaus behandelt werde, da COVID-19 doch „immer ... ein auch aufs Leben bedeutsamer Faktor ist“.

## Die Helios-Kliniken-Gruppe fing an

Das Vorgehen der Kliniken stieß auf keinerlei Kritik seitens des dem Gesundheitsministerium unterstehenden Robert-Koch-Institutes (RKI). Denn dieses agierte lange Zeit genauso, wie aus seiner Internetseite hervorging: „In Einklang mit den internationalen Standards der Weltgesundheitsorganisation WHO und des Europäischen Zentrums für die Prä-

vention und die Kontrolle von Krankheiten ECDC wertet das RKI alle labordiagnostischen Nachweise von SARS-CoV-2 unabhängig vom Vorhandensein oder der Ausprägung der klinischen Symptomatik als COVID-19-Fälle.“ Darum wurden die Kliniken nicht angehalten, zu differenzieren, obwohl damit ein ganz anderes Licht auf die Auslastung der Krankenhäuser beziehungsweise Intensivstationen gefallen wäre. Allerdings legen manche Einrichtungen oder deren Träger nun in Eigenregie Zahlen vor.

Den Anfang machte die Helios-Kliniken-Gruppe, welche in der Bundesrepublik 86 Krankenhäuser betreibt, am 23. März. An diesem Tage veröffentlichte der Konzern einen Bericht über die „COVID-Patienten“ auf seinen Normal- und Intensivstationen seit dem 26. Januar 2022.

## Nun folgen die Mitbewerber

Aus dem Papier geht hervor, dass der nunmehr systematisch erfasste Anteil der „liegenden Fälle mit COVID-19“, aber „ohne symptomatische Lungen-/Bronchialerkrankung“, in den letzten Wochen von 50 auf 75 Prozent stieg. Das heißt, die Hälfte und später dann sogar drei Viertel der „COVID-Patienten“ waren gar keine. Hierzu sagte eine Helios-Sprecherin: „Uns haben zuletzt vermehrt entsprechende Nachfragen erreicht. Wir halten die Daten für relevant und haben uns im Zuge unseres transparenten Umgangs mit Corona-Zahlen dafür entschieden, die tagesaktuellen Statistiken um diese Angaben zu erweitern. Uns ist nicht bekannt, dass auch andere Betreiber diese Daten veröffentlichen.“

Aber genau das tun die Mitbewerber nun ebenfalls immer öfter. Damit widersprechen die Kliniken dem Katastrophen-Narrativ von Politikern wie dem Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach. Hierzu einige Beispiele: Der kommunale Berliner Krankenhausbetreiber Vivantes – Netzwerk für Gesundheit, dem neun Krankenhäuser in der Bundeshauptstadt gehören, erklärte kürzlich, von 100 positiv auf Corona getesteten Intensivpatienten müssten etwa 70 nicht wegen einer COVID-19-Symptomatik behandelt werden. Und die zusammengeschlossenen Universitätskliniken Gießen und Marburg im nunmehrigen Besitz der privaten Rhön-Klinikum AG teilten mit, in beiden Häusern liege der Anteil der „echten“ Corona-Patienten mittlerweile nur bei 20 bis 30 Prozent.

Noch geringer ist die Quote der nicht bloß zufällig positiv Getesteten in der Klinik für Pneumologie der Medizinischen Hochschule Hannover und in der Universitätsklinik Frankfurt. Diese beträgt laut Auskunft der dortigen leitenden Ärzte lediglich um die zehn Prozent.

## PARTEIEN

## „Die Linke“ sieht sich vor weiteren Niederlagen

Neuaufrichtung oder Fundamental-Opposition? Bemühungen, den Riss in der Partei zu kitten

Selbst die linksalternative Tageszeitung „taz“ macht sich keine Illusionen mehr. „Das Projekt Linkspartei neigt sich dem Ende zu“, schrieb das Blatt in der vergangenen Woche. Das mag ein wenig voreilig sein, denn immerhin sitzen die Post-Kommunisten noch in neun von 16 Landtagen. Doch der Austritt des ehemaligen Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine und der Absturz in der einstigen Hochburg Saarland auf unter drei Prozent haben die Partei ins Mark getroffen. Und die Aussichten für die kommenden Wahlen sind nicht viel besser.

Vor fünf Jahren scheiterten die Linken in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen noch relativ knapp, in Schleswig-Holstein reichte es immerhin für knapp vier Prozent. Doch die aktuellen Umfragen liegen niedriger. Die Stimmung in der Par-

tei ist extrem schlecht. Der ehemalige Parteivorsitzende Klaus Ernst kritisiert bei Twitter die Parteiführung: „Saarland-Wahl. Eine erneute Katastrophe für die Linke. Wird wieder niemand die Verantwortung übernehmen oder wird man sie wieder Oskar zuschieben?“

Fraktionschef Dietmar Bartsch forderte am Tag nach der Wahl einen inhaltlichen Neuanfang. Alles müsse „auf den Prüfstand“, sagte er gegenüber dem Norddeutschen Rundfunk. Im Juni steht ein Programmparteitag an, dort soll eine inhaltliche Klärung erfolgen. Eine Gruppe um Lafontaines Ehefrau Sahra Wagenknecht, die für die Linke im Bundestag sitzt, hatte den russischen Einmarsch in die Ukraine relativiert. Partei-Urgestein Gregor Gysi hatte sich daraufhin in einem Brief distanziert und entsetzt gezeigt.

Doch es ist nicht nur die Außenpolitik, welche die Linke entzweit. Im Osten hatte sich die Partei einst den Ruf als Kümmerer erworben, im Westen konnte sie teilweise von der SPD-Krise profitieren. Doch dann kam die AfD als Mitbewerber ins Spiel, welche die soziale Frage im Kontext der Masseneinwanderung brachte. Das führte im Osten zu einer Konkurrenzsituation, im Westen brachte es die Partei in Argumentationsnöte. Viele der dortigen Kader stammen aus Antifa-Strukturen, offene Grenzen und Einwanderung für jeden gehören dort zum politischen Einmaleins.

„Kaviar-Linke“, bezeichnete Lafontaine dieses Milieu und urteilte bei seinem Austritt: „Die heutige Linke spricht dasselbe Klientel an wie die Grünen.“ Wie tief die Spannungen sind, zeigt eine Äußerung der Parteivorsitzenden. „Wir bestimmen

die politischen Positionen der Partei Die Linke zusammen. Sahra Wagenknecht spricht für sich selbst“, sagte Susanne Hennig-Wellsow. Die Thüringerin führt die Partei gemeinsam mit Janine Wissler aus Hessen. Es sind die Landesverbände, die in Ost und West gleichermaßen als stabil gelten. Doch große Lust hat die weibliche Doppelspitze offenbar nicht mehr. „Der Grad bei uns beiden von ‚Schnauze voll‘ ist relativ hoch“, sagte Hennig-Wellsow. Der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke sieht nur eine Lösung. „Wenn der Riss nicht beseitigt wird und die Partei sich nicht ehrlich macht und sagt, wir müssen uns entscheiden: entweder eine Reformpartei oder eine Fundamental-Opposition vom Schlage Wagenknechts. Dann bleibt der Riss und dann hat die Partei keine Zukunft.“ Peter Entinger

## ENERGIE

## Gas-Stopp wäre auch für Berlin fatal

Experten aus der Wirtschaft warnen: „Wollen wir unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“

VON NORMAN HANERT

**D**utzende Prominente aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fordern in einem Aufruf von der Bundesregierung ein sofortiges Embargo auf russisches Öl und Gas. Aus Sicht der Initiative, zu der die Grünen Rebecca Harms und Marieluise Beck, der CDU-Politiker Norbert Röttgen und der Pianist Igor Levit gehören, soll der Boykott der Energielieferungen mindestens bis zum Abzug der russischen Armee aus der Ukraine andauern.

Welche Konsequenzen, auch und besonders für den Raum Berlin-Brandenburg, ein solches Energieembargo haben kann, zeigen eindringliche Warnungen von deutschen Wirtschaftsvertretern. Der Vorstandschef des Versorgers E.ON, Leonhard Birnbaum, erklärte in den ARD-„Tagesthemen“: „Wir haben keine Möglichkeiten, Gas, wenn wir russische Importe abstellen, komplett zu ersetzen aus anderen Quellen. Es gibt keinen internationalen Markt, in dem es genügend Gas gibt.“ Der Wegfall der Lieferung würde zu „sehr massiven Schäden“ in der industriellen Produktion und bei Wertschöpfungsketten führen.

**Schwerste Krise seit dem Weltkrieg**

BASF-Vorstandschef Martin Brudermüller bezeichnet im Interview mit der „FAZ“ einen Boykott gegen russisches Erdgas sogar als unverantwortlich und warnte, viele Deutsche würden die Risiken unterschätzen. Der Chef des weltgrößten Chemieunternehmens mit Sitz in Ludwigshafen stellte dabei sogar die Frage, ob wir „sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören wollen“. Ein Importstopp oder ein längerer Ausfall von Gas- und Öllieferungen aus Russland könne die deutsche Volkswirtschaft in ihre schwerste Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs bringen. Der BASF-Chef wies auch darauf hin, dass „Flüssiggaslieferungen aus den USA zu deutlich höheren Energiepreisen führen werden“ und zudem auch „nicht auf Knopfdruck umgesetzt werden können“.

Tatsächlich gibt es Anlass zu Zweifeln, ob überhaupt andere Länder in der Lage sein werden, in absehbarer Zeit die russischen Lieferungen zu ersetzen. So ist



Ganze Wertschöpfungsketten in Gefahr: BASF-Werk im brandenburgischen Schwarzheide

Foto: akg images

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) mit der Idee einer Energiepartnerschaft vor wenigen Wochen nach Katar gereist, kehrte er aber ohne konkrete Lieferzusagen zurück. Laut Berechnungen der Investmentbank Goldman Sachs sind zudem auch die Flüssiggasexporte der USA bereits an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt.

Habecks Ministerium hat am 30. März die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas ausgerufen. Dieser Schritt war mit dem Appell an private Verbraucher und Unternehmen verbunden, Energie zu sparen. In Berlin hat die Frühwarnstufe die Netzagentur veranlasst, Gespräche mit Großunternehmen zu führen. Dabei geht es darum nach Möglichkeiten zu suchen, den Energieverbrauch zu senken, so Andreas Wendt, Sprecher der Netzagentur. Für den Fall eines sofortigen russischen Gas-Lieferstopps gaben die Agentur und der Berliner Versorger Gasag erst einmal Entwarnung. Demnach verfügt Deutschland über ausreichend Reserven, um den

Bedarf in den kommenden Monaten zu decken.

Sollte sich die Versorgungslage verschlechtern, kann die Bundesregierung im Zuge des mehrstufigen Notfallplans Gas weitere Maßnahmen beschließen, die den Verbrauch absenken. Bei länger andauernden Versorgungsschwierigkeiten besteht sogar die Möglichkeit, dass die Behörden eine Rationierung anordnen.

**„Kernschmelze der Industrie“**

Grundsätzlich sehen die Planungen dabei einen besonderen Schutz privater Haushalte und des Gesundheitswesens vor. Diese Sonderstellung hat durchaus ihre Logik. Gerade bei den privaten Verbrauchern ist nämlich damit zu rechnen, dass der Stromverbrauch deutlich ansteigt, wenn ihre Gasversorgung rationiert oder das Gas für die Heizung komplett abgedreht wird. „Würden viele Haushalte als Reaktion darauf elektrische Heizlüfter oder andere Generatoren anschließen, könnte das Stromnetz an seine Grenzen

kommen“, so der Stromnetz-Berlin-Chef Thomas Schäfer. Endresultat könnte dann sein, dass zur Unterversorgung mit Gas auch noch ein flächendeckender Ausfall des deutschen Stromnetzes kommt. Allerdings hat der besondere Schutz der privaten Haushalte bei einer gestörten Gasversorgung Folgen für die Wirtschaft.

Carsten Brönstrup von den Unternehmensverbänden Berlin-Brandenburg wies darauf hin, dass Gas in vielen Fällen nicht ersetzbar sei. Sollte die Versorgung für die Wirtschaft gestoppt werden, sind laut dem Verbandschef in Berlin besonders die Ernährungsindustrie sowie Unternehmen aus der Metall- und Elektroindustrie betroffen. In Brandenburg ist Gas in Zement- und Stahlwerken sowie Chemiebetrieben, etwa bei BASF in Schwarzheide, unverzichtbar. Durch den Wegfall der Gasversorgung „würden ganze Wertschöpfungsketten in Gefahr geraten“, so Brönstrup: „Das würde, das muss man so klar sagen, zu einer Kernschmelze der deutschen Industrie führen.“

## STADTBILD-REPARATUR

## Soll die Garnisonkirche ein Fragment bleiben?

Gegner des Potsdamer Wiederaufbau-Vorhabens machen mit immer neuen Einwänden mobil

In die Debatte über fehlende Finanzmittel für den Bau des Kirchturms der Potsdamer Garnisonkirche ist neue Bewegung gekommen. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz hat im März beschlossen, für den laufenden Betrieb einen „Einmalzuschuss für coronabedingte Ausfälle“ von knapp einer Million Euro zur Verfügung zu stellen. Konkret will die Landeskirche in den Jahren 2022 und 2023 jeweils 490.000 Euro überweisen.

Die Kirche unterstützt den Wiederaufbau schon bisher mit Krediten über insgesamt fünf Millionen Euro. Berlins evangelischer Bischof Christian Stäblein sagte zu der Entscheidung, die Stiftung habe Pandemie-bedingt unter erheblichen Einnahmeausfällen und einem massiven Spendenrückgang zu leiden gehabt. Es sei „schlicht die Frage zu entscheiden gewesen, ob die Kirchenleitung

zu diesem Projekt und Erbe steht oder nicht“, so Stäblein.

Ein Sprecher von Kulturstaaatsministerin Claudia Roth (Grüne) sagte zur Ankündigung der Landeskirche, diese sei positiv zur Kenntnis genommen worden. Wie es weiter aus der Behörde der Kulturstaaatsministerin hieß, werde der Förderantrag der Stiftung weiter geprüft. Ein Sprecher erklärte zudem, dass man entgegen der Auffassung des Bundesrechnungshofs „die zuwendungsrechtlichen Vorschriften beachtet“ und das eingeräumte Ermessen „pflichtgemäß ausgeübt“ habe.

In einem im Februar öffentlich gewordenen Bericht hatte der Rechnungshof infrage gestellt, ob die zugesagten 4,5 Millionen Euro an Fördermitteln des Bundes ausgezahlt werden können. Die Rechnungsprüfer hatten im Bericht Zweifel geäußert, ob der Bund bei der Bewilligung

früherer Zuschüsse beurteilen konnte, inwieweit insgesamt ausreichend Mittel für den geplanten Bau bereitstehen.

**„Projekt gescheitert“**

Die Initiative „Christen brauchen keine Garnisonkirche“ hat ihre Kritik an der Trägerstiftung Garnisonkirche erneuert. In einem Brief fordert die Initiative, seitens der Kirche die Vermögensverhältnisse der Garnisonkirchenstiftung und die Kostenübernahme für den in Aussicht genommenen Betrieb zu klären. Zudem sollten auch in der Stiftung personelle Konsequenzen gezogen werden. Weiter heißt es in dem Schreiben, es gebe eine „besorgniserregende Fragilität des Finanzkonzepts samt seiner überzogenen Spenden-erwartungen“.

Das Projekt Garnisonkirche Potsdam sei gescheitert, so das (erwartbare) Fazit der Initiative: „Nach ihrem Scheitern legt

die Stiftung das Projekt der Landeskirche vor die Tür.“ Nach Einschätzung der Initiative stehe die Landeskirche selbst vor großen finanziellen Herausforderungen. Hierbei verweisen die Gegner der Garnisonkirche unter anderem auf eine nach ihrer Meinung erforderliche ökologische Ausrüstung des Gebäudebestands der Kirchengemeinden.

Johann Hafner, Professor für Religionswissenschaft an der Universität Potsdam, hat inzwischen vorgeschlagen, den Garnisonkirchenturm unvollendet stehen zu lassen. In einem Gastbeitrag für die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ stellte Hafner die Frage, ob „ein Fragment nicht der angemessene Ausdruck der Situation“ sei, dass „die Stadtgesellschaft trotz vielfacher Bemühungen nie zu einem Konsens über dieses Projekt gelangt ist und wohl nie gelangen wird.“ N.H.

## KOLUMNE

## Spaltpilz

VON THEO MAASS

Das Bundesbauministerium beginnt mit der realen Umsetzung des Bauabschnitts 17 der Bundesautobahn A 100 – auch als Innenstadtring bekannt. Grüne und Linkspartei können sich in ihrer Empörung kaum noch einkriegen. Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) protestiert pflichtschuldigst mit: „Wir haben von dem Beschluss durch die Presse erfahren. Das ist eine überraschende Entwicklung, die zu diesem Zeitpunkt von uns nicht erwartet worden war.“

Die FDP, bislang in der Bundesregierung wenig wahrnehmbar, stellt geschickt über ein Sachthema die Koalitionsfrage mit der Chance, die Grünen lächerlich zu machen. In Berlin träumen Grüne und Linkspartei nämlich teilweise sogar vom Abriss einiger Teile der Stadtautobahnen statt vom Weiterbau. Dabei verschweigen sie ihrer Gefolgschaft, dass Bundesautobahnen gar nicht in die Entscheidungskompetenz des Landes fallen. Die liegt beim Bund und beim FDP-geführten Bundesverkehrsministerium.

Wollen die Grünen außer wohlfeilen Wortspenden für ihre Anhängerschaft etwas in dieser Frage durchsetzen, müssten sie im Bund also die Koalitionsfrage stellen. Kanzler Scholz (SPD) ist aber nicht von Baerbock und Co. abhängig. Mit der arg gebeutelten Union steht ein potentieller Koalitionspartner bereit. Den Grünen dürften ihre Dienstwagen wichtiger sein als die Verhinderung eines Autobahnbaus.

Und in Berlin, auf Landesebene? Machen Linkspartei und Grüne zu viel Ärger, hätte Giffey eine Gelegenheit, sie vor die Tür zu setzen. Im Abgeordnetenhaus gibt es theoretisch auch eine rot-schwarz-gelbe Mehrheit. So könnte der Autobahnweiterbau zum Spaltpilz der linken Regierungen auf Bundes- wie Landesebene werden. In fast allen europäischen Hauptstädten gibt es einen Innenstadtring entweder als Autobahn oder doch wenigstens als Autoschnellstraße. Nur Berlin wartet auf die Schließung seines Rings.

## MELDUNG

## Berliner Grüne wollen Maut

**Berlin** – Der digitale Parteitag der Berliner Grünen beschloss am Wochenende, eine Maut für Autos mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu fordern. Weiter will die Partei einen autofreien Sonntag pro Monat in Berlin einführen. Einen Weiterbau der Stadtautobahn lehnt man ab. Politische Relevanz dürften die Forderungen allerdings nicht entfalten. Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hatte einer Pkw-Maut bereits in den Koalitionsverhandlungen eine Absage erteilt. Die Zuständigkeit für den Autobahnbau wiederum liegt beim FDP-geführten Bundesverkehrsministerium. Der Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg konnte sich mit dem Antrag, den 100-Milliarden-Zuschuss zugunsten der Bundeswehr abzulehnen, nicht durchsetzen. Die Bundestagsabgeordnete Lisa Paus warnte in dem Zusammenhang vor einem Koalitionsbruch auf Bundesebene. In der Antragsbegründung hieß es unter anderem, „wir brauchen mehr Geld für Klima-Resilienz und eine feministische Außenpolitik.“ F.B.

## ● MELDUNGEN

Putin „klaut“  
Flugzeuge

**Brüssel** – Russland hat nach Angaben des Generaldirektors der in Brüssel beheimateten Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocontrol), Eamonn Brennan, um die 500 westliche Verkehrsflugzeuge „gestohlen“. Dabei handelt es sich um Leasingmaschinen europäischer oder amerikanischer Eigentümer, die von russischen Fluggesellschaften für den Betrieb von Auslandsstrecken gemietet und nach dem Inkrafttreten der westlichen Sanktionen zurückbehalten wurden. Das bezeichnete Brennan als klaren Verstoß gegen verschiedene Gesetze und Abkommen, der bei den Leasingfirmen bereits zu finanziellen Schäden in Höhe von zehn Milliarden Euro geführt habe. Grundlage des Handelns der russischen Seite ist ein von Präsident Wladimir Putin unterzeichnetes neues Gesetz, welches die heimischen Airlines ermächtigt, im Ausland gemietete Flugzeuge in Russland registrieren zu lassen, um auf diese Weise den Inlands-Betrieb abzusichern. **W.K.**

Eine kollaterale  
Heirat im Knast

**London** – Julian Assange, der WikiLeaks-Gründer, hat geheiratet. Stella Moris, seine aus Südafrika stammende Anwältin, konnte ihrem Verlobten nur im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh das Ja-Wort geben. Nicht einmal ein offizielles Hochzeitsfoto war dem Paar, das inzwischen zwei Söhne hat, erlaubt worden. Assange droht die Auslieferung an die USA. Ihm wird vorgeworfen, gemeinsam mit der Whistleblowerin Chelsea Manning geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan veröffentlicht zu haben. Auf einem Video unter dem Titel „Collateral Murder“ ist zu sehen, wie US-Soldaten aus einem Hubschrauber heraus in Bagdad zwei Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Reuters und zehn weitere Zivilpersonen erschießen. Die USA wollen Assange wegen Spionagevorwürfen vor Gericht stellen. **F.B.**

Kein Verfahren  
gegen Strache

**Wien** – Die Staatsanwaltschaft Wien hat Ende März erneut ein Ermittlungsverfahren gegen den früheren FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache wegen des Verdachts der falschen Zeugenaussage eingestellt. Damit sind bereits sechs von zehn Verfahren gegen den Ex-Vizekanzler fallengelassen worden, ohne dass eine Anklage erhoben wurde. Die Justiz hatte die Ermittlungen meist aufgrund von anonymen Anzeigen aufgenommen. Strache kommentierte die Einstellung eines weiteren Ermittlungsverfahrens: „Auch diese Verleumdungsaktion ist jetzt in sich zusammengebrochen. Nach fast drei Jahren der Ermittlungen.“ Er kritisierte, dass er in den drei Jahren seit dem Ibiza-Video sehr hohe Kosten für seine Rechtsvertretung aufbringen musste. Strache äußerte den Verdacht, hinter den anonymen Anzeigen könnte es sich um eine Verleumdungsaktion früherer Parteifreunde handeln, die ihm auch nach dem Ende seiner politischen Karriere weiter schaden wollten. **N.H.**

## ÖSTLICHES MITTELMEER

## Auf dem Weg zur Seemacht

Die Türkei testet ihren ersten Flugzeugträger – Der Ukrainekrieg verzögert jedoch die weitere Entwicklung

VON WOLFGANG KAUFMANN

**E**ine Seemacht benötigt heutzutage Flugzeugträger. Zu dem exklusiven Kreis der bislang zehn Nationen, welche über solche großen und kampfstarken Kriegsschiffe verfügen, wird demnächst auch die Türkei stoßen. Denn der für Droheneinsätze geplante erste Flugzeugträger der türkischen Marine, die „TCG Anadolu“, hat jetzt seine Testfahrten im Marmarameer begonnen und soll im Dezember offiziell in den Dienst der der Seestreitkräfte der türkischen Republik treten.

Mit der baugleichen Variante des spanischen Flugzeugträgers „Juan Carlos I“, verfügt die Führung in Ankara künftig über ein recht wirksames Mittel, den türkischen Ansprüchen überall auf der Welt sowie speziell auch im östlichen Mittelmeer gegenüber dem Erzfeind Griechenland und dessen Verbündeten Geltung zu verschaffen.

Zunächst war geplant, die „Anadolu“ mit zehn US-amerikanischen Tarnkappen-Mehrweckkampfflugzeugen vom Typ Lockheed Martin F-35 Lightning II zu bestücken. Dieses Vorhaben scheiterte allerdings, weil die USA den Kaufvertrag 2019 aufkündigten. Grund war die Verärgerung der USA über den Erwerb des russischen Flugabwehr-Raketensystems S-400 Triumph durch die Erdoğan-Regierung. Im Zuge ihrer Suche nach Alternativen entschied sich die türkische Marine für eine bislang einzigartige, aber möglicherweise höchst effektive Lösung: Statt der F-35 sollen nun bis zu 80 unbemannte Drohnen auf dem Flugzeugträger stationiert werden.

## Drohnen statt US-Jets

Hierfür kommen zwei in Entwicklung befindliche Modelle des türkischen Rüstungskonzerns Baykar Makina in Frage, nämlich die Bayraktar Kızılelma (Roter Apfel) sowie die Bayraktar TB3. Bei der

Letzteren handelt es sich um eine Marineversion der vollautonom operierenden Kampf- und Aufklärungsdrohne Bayraktar TB2, welche die Türkei bereits in Syrien und Libyen eingesetzt und inzwischen an 16 Staaten in Europa, Afrika und Asien verkauft hat. Der Erstflug der TB3 mit ihren platzsparend faltbaren Flügeln ist noch für dieses Jahr geplant. Laut Angaben des Herstellers soll die „Anadolu“ in der Lage sein, gleichzeitig zehn mit lasergelenkter intelligenter Munition versehene TB3 im Umkreis von mehreren hundert Kilometern um das Schiff operieren zu lassen.

Während die TB3 von einem TEI-PD170-Turbodiesel des türkischen Herstellers TUSAŞ Motor Sanayii angetrieben wird, ist im Falle der sechs Tonnen schweren Kızılelma der Einbau von Turbofan-Triebwerken geplant, um das Waffensystem auf Überschallgeschwindigkeit zu beschleunigen. Und auch sonst verkörpert die im Rahmen des Projekts Muharip İnsansız Uçak Sistemi (Unbemanntes

Kampfflugzeug) entwickelte Drohne, deren Prototyp am 12. März in Bau ging, einen neuen Typ von autonomer Waffe. Sie verfügt über Tarnkappeneigenschaften und elektronische Systeme zur Ermöglichung von Luftkämpfen gegen feindliche Flugzeuge und Einsätzen im Verband mit eigenen bemannten Jets. Daher spricht die Herstellerfirma euphorisch von der Revolutionierung der militärischen Luftfahrt.

## Ein ukrainisches Dilemma

Allerdings könnte der Ukrainekrieg das ehrgeizige Kızılelma-Projekt erheblich verzögern, was sicher einer der Gründe für die Bemühungen Ankaras ist, in dem Konflikt zu vermitteln. Die langsamere Version A der Drohne soll mit dem Zweiwellen-Triebwerk Ivchenko-AI-25TLT des ukrainischen Unternehmens Motor Sich in Saporischschja ausgestattet werden und das schnellere Modell B mit einem deutlich stärkeren AI-322F-Düsenmotor samt Nachbrenner vom selben Hersteller – hierzu schlossen Baykar Makina und Motor Sich im November 2021 entsprechende Verträge ab.

Doch aktuell bombardieren die russischen Luftstreitkräfte ukrainische Rüstungsbetriebe. Wenn sie dabei auch die Fertigungsstätten des Baykar-Zulieferers zerstören, müsste der türkische Drohnenhersteller andere Partner im Ausland finden. Es sei denn, es gelänge TUSAŞ Motor Sanayii, sein Strahltriebwerk TEI TF-6000 zur Serienreife zu bringen.

Ebenso vom Import ausländischer Technik abhängig ist Türk Havacılık ve Uzay Sanayii, der Mutterkonzern von TUSAŞ Motor Sanayii. Dieser entwickelt derzeit das bemannte fortgeschrittene zweisitzige Überschall-Leichtangriffsflyer TAI Hürjet, dessen Prototyp im März 2023 fliegen und entweder das Triebwerk F404-GE-102 von General Electric oder das EJ200 von Eurojet erhalten soll. Nach Auskunft von Ismail Demir, dem Leiter der T.C. Cumhurbaşkanlığı Savunma Sanayii Başkanlığı (Präsidenschaft der türkischen Verteidigungsindustrie), gibt es Pläne, den momentan noch zu schweren TAI Hürjet gleichfalls so zu modifizieren, dass er vom Deck der „Anadolu“ aus starten kann.



Schon seit 2010 in Dienst: Der spanische Träger „Juan Carlos I“ ist ein baugleiches Modell der neuen türkischen „TCG Anadolu“

## SÜDSEE

## Pazifische Schockwelle

China will sich auf der Inselgruppe der Salomonen breitmachen – Australien wittert Feind vor eigener Tür

Die Nachricht von gewissen Bündnisverhandlungen hatte in Australien und im restlichen pazifischen Raum „eine Schockwelle“ ausgelöst, sagte ein Moderator des australischen Fernsehsenders ABC am 24. März. Aufgrund eines Sicherheitsabkommens der Salomonen mit China könnten dort bald chinesische Polizisten und Soldaten stationiert werden. Das Abkommen müsse noch von der Regierung bestätigt werden, betonten die Behörden in der Salomonen-Stadt Honiara.

Der kleine, 700.000 Einwohner zählende Inselstaat in der Südsee, der im 19. Jahrhundert zehn Jahre lang teilweise deutsche Kolonie war, ist auch bekannt dafür, dass er wegen niedriger Kriminalität auf Armee und Polizei verzichtet. Hier begann 1943 im Zweiten Weltkrieg der am Ende erfolgreiche Gegenschlag der USA gegen Japan. Heute nimmt der Inselstaat im Südpazifik eine zentrale Position an der Frontlinie zwischen den USA und China ein. Von den Salomonen aus kann

man den Seeverkehr aus dem Pazifik in den Indischen Ozean blockieren.

## Peking schürte Konflikte

Die Absichtserklärung über das Sicherheitsabkommen wurde am 18. März von Polizeiminister Anthony Veke und Wang Xiaohong, dem Vizeminister des mächtigen chinesischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit von China, unterzeichnet. Darin heißt es, dass die Salomonen „je nach Bedarf China um die Entsendung von Polizei, Militär und anderen Streitkräften bitten können, um die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten, das Leben von Menschen und ihr Eigentum zu schützen, humanitäre Hilfe zu leisten oder jede andere Form der Unterstützung zu leisten“.

China seinerseits kann „je nach seinen eigenen Bedürfnissen Besuche mit seinen Schiffen durchführen, um logistischen Nachschub zu bringen, Zwischenstopps einzulegen und Durchreisen zu ermöglichen. Angemessene chinesische Kräfte

können eingesetzt werden, um die Sicherheit der Arbeiter und der wichtigsten chinesischen Projekte auf den Salomonen zu schützen.“ Die chinesische Diplomatie spricht von einer „normalen Sicherheitskooperation auf der Grundlage von Gleichheit und gegenseitigem Nutzen, die im Einklang mit dem Völkerrecht steht“.

Allerdings ist die Volksrepublik nicht ganz unbeteiligt an dem Konflikt, der die Inselgruppe seit einigen Jahren immer mehr zerreißt. Dieser Konflikt, den China sich jetzt anschickt zu lösen, wurde erst durch die Einmischung Chinas in die Politik der Inseln entfacht. Im November 2021 kam es zu Ausschreitungen in der Hauptstadt Honiara, vier Menschen starben.

## Taiwan-Frage als Zankapfel

Die Zusammenstöße waren von denjenigen ausgelöst worden, die sich einer 2019 von dem Premierminister Manasseh Sogavare getroffenen Entscheidung widersetzen, zugunsten Pekings die diplomati-

schen Beziehungen zu Taiwan abzubauen. Sogavare bat damals die australische Regierung um Hilfe, die daraufhin Polizisten und Militär zu den Salomonen schickte. Die Hilfstruppen zogen nach dem Ende der Unruhen wieder ab. Ob das auch bei eventuell in Zukunft entsandten chinesischen Truppen so sein wird, darf bezweifelt werden.

China hatte 2019 die Salomonen bedrängt, die seit 1983 bestehenden diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abzubauen, um diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik aufzunehmen. Dafür hatte Peking Millioneninvestitionen in die unterentwickelte Infrastruktur der Inseln in Aussicht gestellt. Daniel Suidani, Premier der größten Insel Malaita, verbot hingegen chinesische Unternehmen in seiner Provinz und nahm stattdessen Entwicklungshilfe aus den USA an. Dieser innenpolitische Konflikt könnte jetzt zum Sprungbrett Pekings für einen größeren Einfluss im Pazifik werden. **Bodo Bost**

VON KONRAD BADENHEUER

Siebeneinhalb Prozent Inflation im März, das war für viele Bürger ein Schock. Die meisten Experten wurden von der durchaus vorhersehbaren Entwicklung überrascht. Dagegen hat diese Zeitung schon am 13. August 2021 vor demnächst über zehn Prozent Inflation gewarnt, und neue Zahlen bestätigen diesen Pessimismus. Die Folgen des Ukrainekrieges sind selbst darin noch nicht enthalten.

Es ist fast schon ein Ritual: Seit über einem Jahr melden die Statistiker Monat für Monat Inflationszahlen, die höher liegen als die Europäische Zentralbank sie erklärtermaßen erwartet hatte. Diese behauptet ungerührt, dass auch „fast alle“ anderen Experten von den Zahlen überrascht seien, dass mit einem baldigen Rückgang der Geldentwertung zu rechnen sei und dass jedenfalls kein Anlass bestehe, an der ultra-lockeren Geldpolitik viel zu ändern. Dieses traurige Spiel könnte sich noch eine Weile so fortsetzen, denn die mittelfristige Inflationsprognose der EZB ist immer noch viel zu optimistisch.

#### Zweckoptimismus der EZB

Dafür spricht vor allem die Dynamik der Großhandelspreise. Der Wert für März liegt noch nicht vor, aber im Februar lag der Anstieg in Deutschland bei 16,6 Prozent nach 16,2 und 16,1 Prozent im Januar und im Dezember. Stichtag für die Erhebung war der 5. Februar. Der Hinweis der Währungshüter, die hohe Inflation sei auch eine Folge des Ukrainekrieges, erklärt diesen Anstieg um 16,6 Prozent also in keiner Weise.

#### Sündenbock Ukrainekrieg

Wahr ist, dass die Großhandelspreise keine direkte Prognose der Verbraucherpreise erlauben. Dienstleistungen und Mieten sind darin nicht enthalten, und beide dämpfen zurzeit die Geldentwertung. Aber langfristig steigt das allgemeine Preisniveau eben doch im Gleichschritt mit den Großhandelspreisen, und vor allem erlaubt dieser Index die Vorhersage, in welche Richtung sich die Inflation weiter entwickeln wird. Darüber besteht unter Fachleuten Einigkeit, und so verwundert es, dass bisher nur so wenige Ökonomen mit Inflationsraten von über zehn Prozent rechnen. Die fünf „Wirtschaftsweisen“ haben ihre Inflationsprognose für dieses Jahr zuletzt auf eben mal 6,1 Prozent angehoben. Die Deutsche Bank rechnet nun mit „bis zu sieben Prozent“ Inflation, die Berufsoptimisten von der EZB reden noch von 5,3 Prozent. Immerhin meinte Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, zuletzt, falls die russischen Öl- und Gaslieferungen unterbrochen würden, seien „bis zu zehn Prozent“ Inflation



Eine eher optimistische denn pessimistische Prognose: Zehn Prozent Wertverlust

Foto: Imago images/Westend61

#### GELDENTWERTUNG

## Blauäugig neben dem Pulverfass

Das weitere Inflationsrisiko wird immer noch unterschätzt. Es läuft auf niedrigere Reallöhne hinaus

möglich, andernfalls rechnet auch er nur mit sechs bis sieben Prozent.

#### Flucht in die Sachwerte

Doch alle diese Prognosen erscheinen blauäugig angesichts der erwähnten Großhandelspreise, hinter denen ein noch massiver Anstieg der Erzeugerpreise steht. Im Februar waren das 25,9 Prozent. Stichtag der Erhebung war hier der 15. Februar, sodass die Folgen des Ukrainekrieges auch in dieser Zahl noch nicht enthalten sind.

Und keiner der namhaften Ökonomen scheint zu bedenken, dass es bei wachsender Inflation immer teurer wird, Geld zu Minizinsen „herumliegen“ zu lassen. Dann kann eine Flucht in die Sachwerte einsetzen mit sprunghaftem Anstieg der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Fast nur Hans-Werner Sinn, der langjährige Chef des Münchner Ifo-Instituts, hat diese gefährliche Möglichkeit deutlich

aufgezeigt, wobei er sogar vor einem „Pulverfass“ spricht. Auch der Münchner Ökonom Gerald Mann warnt vor diesem Risiko: „Die sinkende Umlaufgeschwindigkeit hat bislang zum Nichtwirksamwerden des übermäßigen Geldmengenwachstums im Preisindex beigetragen. Nun ist mit einem Anstieg der Umlaufgeschwindigkeit zu rechnen, weil die Opportunitätskosten der Geldhaltung durch den inflationsbedingten Kaufkraftverlust ansteigen. Das würde die Inflation zusätzlich beschleunigen.“

#### Gewerkschaften halten still

Der enorme Optimismus der meisten Ökonomen hat immerhin den Effekt, dass die Lohnerhöhungen bisher moderat sind. In der laufenden Tarifrunde sind Abschlüsse zwischen fünf und sieben Prozent üblich, teilweise in Form von Einmalzahlungen. Man kann sich ausmalen, welche Lohnerhöhungen wir hätten, wenn die Gewerk-

schaften mit zehn oder 15 Prozent Inflation rechnen würden. Die jetzigen Abschlüsse dürften auf eine empfindliche Kürzung der Reallöhne hinauslaufen. Diese ist zwar gut für Konjunktur und Beschäftigung, aber die Hoffnung der EZB, damit auf Dauer Inflation vermeiden zu können, wirkt illusorisch.

#### Profiteure und Opfer

Langfristig steigen die Preise unweigerlich in dem Maße, in dem das Wachstum der Geldmenge das Wirtschaftswachstum übersteigt. Wenn die Löhne nicht Schritt halten, dann bedeutet das nur eine zusätzliche Umverteilung zulasten der arbeitenden Bevölkerung infolge der Inflation – neben der massiven Umverteilung von den Gläubigern, also den Sparern, hin zu den Schuldnern, also auch dem Staat, die jede unerwartete Geldentwertung ohnehin mit sich bringt. Sozial ist beides nicht.

#### ALTERSVERSORGUNG

## Was die Grundrente wirklich bringt

Vier Fünftel der bisher berechneten Rentenzuschläge liegen nur im zweistelligen Euro-Bereich

Die Rentenpolitik hat zwei Mal in der Bundesrepublik Deutschland Wahlen entscheidend beeinflusst. Am 15. September 1957 gelang es der Christlich Demokratischen Union Deutschlands erst- und bislang letztmalig, die absolute Mehrheit zu erringen. Einer der wesentlichen Gründe war die Einführung der dynamischen Rente durch Umstellung eines kapitalgedeckten auf ein umlagefinanziertes Rentenverfahren. Sie ermöglichte höhere Renten und die Ankoppelung der Renten an die steigenden Einkommen.

Am 19. November 1972 rettete die Rentenpolitik die sozial-liberale Regierung. Die erste von der SPD geführte Bundesregierung war wegen der sogenannten Ostverträge in Bedrängnis geraten. Die

Renten wurden einmalig von der Lohnentwicklung abgekoppelt und großzügig angehoben.

Am 26. September 2021 fuhr die SPD bei der Bundestagswahl ein unerwartet gutes Ergebnis ein, Anteil daran hatte die sogenannte Grundrente. Die zutreffende Bezeichnung lautet Grundrentenzuschlag. Insgesamt beziehen in Deutschland 21,202 Millionen Menschen eine Rente. Zwar trat das Gesetz über den Grundrentenzuschlag bereits am 1. Januar 2021 in Kraft, aber wie viele Berechtigte es gibt, ist immer noch ungewiss. Die Schätzungen bewegen sich zwischen 1,3 und 1,8 Millionen.

Bislang ist nur ein Fünftel der Grundrentenzuschläge berechnet worden. Die

Rechenprogramme müssen ständig nachgebessert werden. Die Deutsche Rentenversicherung Bund hofft, dass bis Ende des laufenden Jahres alle Berechnungen durchgeführt werden können. Nach Angaben der DRV Bund ergeben die bisher berechneten Rentenzuschläge in vier von fünf Fällen nur zweistellige Euro-Beträge.

Die Grundrente ist ein Zuschlag auf die Rentenansprüche von Geringverdienern. Um ihn zu erhalten, müssen mindestens 33 Jahre Grundrentenzeiten für einen teilweisen Zuschlag und zwei Jahre mehr für den vollen Zuschlag vorhanden sein. Der Durchschnittsverdienst muss zwischen 30 und 80 Prozent des bundesweiten Durchschnittsverdienstes betragen haben. Durch eine komplizierte Berechnung

auf Basis der Renten-Entgeltpunkte ergibt sich ein Grundrentenzuschlag. Nun erfolgt eine Bedürftigkeitsprüfung, die anhand des Steuerbescheids vorgenommen wird. Dieser wird stets für das abgelaufene Jahr erteilt. Die volle Grundrente erhält nur, wer nicht mehr als 1250 Euro (Alleinstehende) beziehungsweise 1950 Euro (Paare) verdient. Wer etwas mehr verdient, bekommt den darüber liegenden Teil des Einkommens zu 60 Prozent auf die Grundrente angerechnet.

Anschließend freut sich möglicherweise die Stelle, die Berechtigten eine sogenannte Grundsicherung gewährt. Denn bei steigenden eigenen Einkünften wird diese staatliche Transferleistung gekürzt.

Frank Bücker

#### ● MELDUNGEN

## Energiepreise explodieren

**Wiesbaden** – In Deutschland war importierte Energie vorletzten Monat 129,5 Prozent teurer als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Importiertes Erdgas war mit einem Plus von 256,5 Prozent sogar dreieinhalb Mal so teuer wie ein Jahr zuvor. Erdgas in der Verteilung kostete über alle Abnehmergruppen 125,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im Inland erzeugte Energie kostete 68,0 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Für Haushaltsenergie und Kraftstoffe mussten Verbraucher in Deutschland 22,5 Prozent mehr zahlen als im Februar 2021. Das hat das Statistische Bundesamt mitgeteilt. Verantwortlich für die exorbitanten Preissteigerungen sind nach Ansicht des Bundesamtes die Unsicherheiten auf den Energiemärkten und die angespannte Versorgungslage mit Erdgas. N.H.

## Pfizer sponsert Journalisten

**New York** – Die unabhängige Rechercheplattform „The National Pulse“ hat enthüllt, dass der US-amerikanische Pharmakonzern und Corona-Impfstoffhersteller Pfizer spätestens seit 2008 ein weltweites Netzwerk von Journalisten namens International Center for Journalists (ICFJ) finanziert, dem insgesamt 132.000 Mitglieder angehören. Dieses Netzwerk arbeitet eng mit dem Facebook-Mutterkonzern Meta zusammen. Der stützt sich auf die von Pfizer gesponserten Journalisten, wenn es darum geht, angebliche Falschinformationen von Facebook-Nutzern per „Faktencheck“ zu entlarven, woraus dann Löschungen von Inhalten oder Sperren von Profilen resultieren. Ebenso kooperieren Meta und das ICFJ bei der Förderung von Nachrichtenagenturen in Afrika, Lateinamerika und dem Nahen Osten, deren Schwerpunkt auf der Berichterstattung über die Corona-Pandemie und die Impfkampagne mit dem erklärten Ziel der Eindämmung des Virus SARS-CoV-2 liegt. W.K.

## OPEC warnt vor Boykott

**Wien** – Vertreter der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) haben die EU eindringlich gewarnt, dass die Umsetzung eines Boykotts russischer Ölimporte zu einem massiven über den bereits verzeichneten Anstieg hinausgehenden Preissprung führen würde. In klaren Worten soll diese Warnung während eines Treffens am 16. März zwischen OPEC-Vertretern und dem EU-Energiekommissar Kadri Simson ausgesprochen worden sein. Ohne Erfolg hatten zuvor die Regierungen der USA und Großbritanniens versucht, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) zu einer Erhöhung ihrer Ölförderung zu bewegen. Am 17. März ist der Außenminister der VAE zu einem Treffen nach Moskau gereist, um die Kooperation in Energiefragen mit Russland zu vertiefen. Gegenüber dem Sender CNBC stellte zudem der Minister für Energie und Infrastruktur der VAE klar, Russland werde immer Teil der sogenannten OPEC+ bleiben. N.H.

## KOMMENTAR

## Zweifel in Moskau

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Obwohl russische Regierungsvertreter nicht müde werden zu betonen, dass die „militärische Spezialoperation“ nach Plan verlaufe, mehren sich auch in Russland Zweifel sowohl am Erfolg als auch an der Rechtmäßigkeit des Ukraine-Kriegs. Darauf lassen vielfache Artikel selbst in regierungstreuen Medien schließen, auch wenn die Pressefreiheit inzwischen stark eingeschränkt ist. Die „Prawda“ weist beispielsweise auf eine wachsende Panik in der Bevölkerung hin und spricht davon, dass die Ukraine im Medienkrieg den Sieg davontrage. Während linientreue Blätter versuchen, Gerüchte über eine Niederlage zu entkräften, schreiben andere von einem Schock, den die Istanbul-Verhandlungen bei den Russen ausgelöst hätten. Die „Literaturnaja Gadjeta“ reagierte auf die drastischen Zensurmaßnahmen der Regierung mit einer Warnung vor einem „um sich greifenden Spionagewahn“. Alle warteten auf Erklärungen des Präsidenten, heißt es.

## Warten auf Erklärungen Putins

Über ausländische Geheimdienste wird das Versagen der russischen Armee bekannt. Medien veröffentlichen abgehörte Telefonate russischer Soldaten, die davon zeugen sollen, dass die Moral der Truppe weitgehend gebrochen sei. Soldaten klagen gegenüber ihren Angehörigen über die Inkompetenz der Führung in Moskau, äußern Fragen über den Sinn und Zweck der „Operation“.

Ob solche Berichte der Wahrheit entsprechen, können am besten die Vertreterinnen der Soldatenmütter beurteilen, einer St. Petersburger Antikriegs-Organisation. Über die Familien der Soldaten erfahren sie, wenn deren Söhne gefallen sind oder verwundet wurden. Bei „Radio Swoboda“ berichteten sie bereits vor zwei Wochen, wie junge Wehrpflichtige, die erst die Hälfte ihres Pflichtdienstes absolviert hatten, mit Tricks zu Zeitsoldaten gemacht wurden und als solche in die Ukraine einmarschieren mussten. Das Nachrichtenportal „Medusa“ berichtet von Quellen aus dem Kreml, die davon sprechen, dass die Abgeordneten schon vor dem Abzug der russischen Truppen nicht mehr an eine Einnahme Kiews glaubten. Inzwischen mehren sich kritische Lageberichterstattungen von Politikern und Experten.

Oleg Matwejtšew, Finanzprofessor und eigentlich ein scharfer Kreml-Ideologe, sagte beispielsweise: „Wir hatten die Aufgabe gestellt, die Ukraine zu demilitarisieren und zu denazifizieren, jedoch nicht, sie zu zerstören und eine große Zahl von Menschen zu töten.“ Er sieht in den Verhandlungen und den ukrainischen Vorschlägen Vorteile für Russland, wenn garantiert sei, dass es keinen NATO-Beitritt der Ukraine gäbe, die Anerkennung des Krim-Anschlusses sowie die Unabhängigkeit der Separatistenrepubliken Donbass und Lugansk gewährleistet seien.

Experten wie der Politikwissenschaftler Kirill Rogow vom Gajdar Institut für Wirtschaftspolitik in Moskau beklagen, dass der Kreml sich als unfähig erwiesen habe, gleichzeitig an mehreren Fronten zu agieren. Zwei Strategien, nämlich der Blitz- und der Belagerungskrieg, seien schon gescheitert. Vier Mitarbeiter des Sicherheitsrats hat Putin entlassen, nachdem die Wissenschaftler sich auf einer Sitzung am 9. März zur Selbstisolierung Russlands und seiner Zukunft geäußert sowie für eine diplomatische Lösung geworben hatten.

## Ein Klima der Angst

Die russische Bevölkerung lebt zunehmend in einem Klima der Angst. Niemand traut sich mehr, offen seine Meinung zu sagen. Dennoch sickern immer wieder Informationen durch. Junge Menschen leiden unter der Inflation, dem Verlust des Arbeitsplatzes und Perspektivlosigkeit. Trauer und Schock über den Krieg führen zu Zukunftsangst. Die Folge ist, dass viele gut ausgebildete Menschen aus Russland fliehen.

Die Verfolgung von Andersdenkenden gerät mehr und mehr zur Farce. Für den 24. März war in Moskau ein „Sitzprotest“ angekündigt worden. Heftiger Schneefall und Kälte sorgten jedoch dafür, dass sich nur wenige beteiligten. Dennoch rückte die Spezialeinheit OMON aus und nahm neben den wenigen Akteuren auch unbeteiligte Spaziergänger fest.

Auch wenn den meisten Russen der Mut fehlt, offen gegen den Krieg aufzutreten, dürften sie den Forderungen der Kriegsgegner, „die wirkliche Zahl der militärischen Verluste in der Ukraine“ zu nennen, „die Kriegshandlungen einzustellen“ sowie „Gefangene und Tote austauschen“, insgeheim gutheißen.



Beklagt „unterirdische Krisenkommunikation“: Virologe Klaus Stöhr

Foto: imago/teutopress

## LEITARTIKEL

## Wie die Maske schadet

HANS HECKEL

Selbst wenn sie in den Medien kaum noch Beachtung finden: Noch immer demonstrieren zigtausende Deutsche Woche für Woche in zahllosen Städten gegen die geplante Impfpflicht und für die Freiheit vor Corona-Restriktionen. Die Politik verweigert die Kommunikation mit dieser Bewegung und untergräbt damit bei vielen Menschen das ohnehin erschütterte Vertrauen in die politischen Instanzen der Republik immer weiter.

In dieser Dickfelligkeit spiegelt sich die niederschmetternde Bilanz der deutschen Politik hinsichtlich der Pandemie. In mehr als zwei Jahren ist es den Verantwortlichen nicht gelungen, ein mit Fakten fundiertes, koordiniertes und somit glaubwürdiges Konzept gegen die Pandemie zu entwickeln und umzusetzen. Stattdessen setzt man auf Panikmache und die Verunglimpfung jeder Kritik.

Der bekannte Virologe Klaus Stöhr beklagt die „unterirdische Krisenkommunikation“ der Regierenden, sowohl unter Merkel wie jetzt unter Scholz. Statt die

Lage sachlich zu erörtern, habe man mit „evidenzfreien Warnungen viel Angst verbreitet“, so Stöhr gegenüber der „Welt“. Der Vorwurf geht vor allem an Karl Lauterbach, der schon vor seiner Ernennung zum Gesundheitsminister große Teile der Debatte beherrschte. Diese Angst spiegelt

davon aus, dass sich früher oder später jeder infizieren wird, wenn auch in den meisten Fällen nur milde oder unmerklich. Aber jeden werde es treffen, denn das sei für das Ende einer jeden Pandemie vollkommen normal und unumgänglich.

Das weitere Maskentragen führe nur dazu, dass wir das Ende „nach hinten verschieben“, die Krise also unnötig verlängern. Dieses Verschieben sei am Anfang der Pandemie durchaus vernünftig gewesen. Unter dem Motto „Die Kurve abflachen“ ging es 2020 darum, eine Überlastung des Gesundheitswesens zu verhindern und der Medizin Zeit zu verschaffen, Kenntnisse über die neue Krankheit zu gewinnen.

Doch eine Überlastung der Kliniken ist laut dem Virologen weit außer Sichtweite. Und mit Impfung und besseren Behandlungsmöglichkeiten seien die Menschen viel besser geschützt. Also solle mit den Masken Schluss sein.

Leider werden Einwände wie die von Klaus Stöhr in der Regierung ignoriert. Dort setzt man weiter auf Panikmache und die Verunglimpfung vernünftiger Stimmen. Den Schaden hat das Land.

## Der Mundschutz verlängert laut dem Virologen Stöhr nur die Pandemie

sich in jüngsten Umfragen wider, in denen die Mehrheit der Befragten angab, dass sie die jüngsten Lockerungen in fast allen Bundesländern für verfrüht hält.

Diese Haltung kann laut Stöhr dazu führen, dass die Pandemie unnötig in die Länge gezogen wird. Stöhr, der 15 Jahre für die Weltgesundheitsorganisation, auch an führender Stelle, tätig war, geht

## PORTRÄT

## Ein engagierter Ritter

Im Schlepptau des Wahlsieges von Viktor Orbán bei den Parlamentswahlen in Ungarn gelangte auch ein Politiker der deutschen Minderheit ins Parlament von Budapest. **Emmerich Ritter**, auf Ungarisch auch Imre Ritter, macht keinen Hehl aus seiner Nähe zu Orbáns regierender FIDESZ-Partei, dessen Mitglied er bis 2018 war (siehe auch Seite 3). Nicht zuletzt dieser Partei haben es die ethnischen Minderheiten zu verdanken, dass sie in Ungarn seit 2011 durch das Nationalitätengesetz rechtlichen Schutz genießen und ins Parlament gewählt werden können.

Für die Landesselektverwaltung der Ungarndeutschen (LdU), die nach den Roma die zweitgrößte nationale Minderheit in Ungarn repräsentiert, ist der 69-jährige Ritter bereits 2018 erstmals ins Parlament eingezogen. Nach Jakob Bleyer, der von 1926 bis zu seinem Tod 1933 Abgeordneter im damaligen ungarischen

Parlament war, ist Ritter der erste Ungarndeutsche, der ein solches Mandat erringen konnte. Zuvor wirkte er dort seit 2014 als Sprecher der LdU, allerdings ohne reguläres Abgeordnetenmandat.

Obgleich der Stimmenanteil der Ungarndeutschen beim Gesamtergebnis der Parlamentswahlen bei unter einem halben Prozent lag, genügte die für Ritter abgegebenen 21.558 Stimmen der Ungarndeutschen für den Einzug des Diplomma-

thematikers und ausgebildeten Steuerberaters ins Parlament. Und das, obwohl 70 seiner Kritiker wegen dessen Nähe zu FIDESZ zuvor noch eine Petition gegen seine Nominierung für die Deutsche Liste unterzeichnet hatten.

Der in Wudersch (Ungarisch: Budaörs), einem Ort am westlichen Stadtrand von Budapest, geborene Ritter engagiert sich seit dem Ende des Kommunismus für die deutsche Volksgruppe. In seiner einst hauptsächlich von Donauschwaben bevölkerten Heimatstadt war er Mitglied der ersten Minderheitenselbstverwaltung und kandidierte 2010 – allerdings erfolglos – für FIDESZ als Bürgermeister.

Mit der LdU vertritt Ritter etwa 186.000 Ungarndeutsche. Als Dachorganisation betreibt die LdU 500 Kulturgruppen, Vereine sowie deutsche Schulen und strebt eine kulturelle Autonomie der deutschen Volksgruppe an. *H. Tews*



Emmerich Ritter Foto: Solymári

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

## Erichs Palast in der Wundertüte

Humboldt-Forum erweckt seinen Vorgängerbau, den Palast der Republik, und andere wundersame Dinge wieder zum Leben

VON HARALD TEWS

Der Palast der Republik ist nicht totzukriegen. Nach dem Abriss des im Volksmund als „Palazzo Prozzi“ geschmähten Sitzes der DDR-Volkskammer 2008 entstand an dessen Stelle der Wiederaufbau des Berliner Schlosses. Doch genau hier, in den Ausstellungssälen des Humboldt-Forums, soll in den kommenden Jahren ein programmatischer Fokus auf den Palast der Republik gesetzt werden.

Dabei soll an diesen architektonischen Fremdkörper inmitten von Berlin erinnert werden als ein politisches und kulturelles Zentrum in der DDR, an den Ort von friedlicher Revolution und erster freigelegter Volkskammer, an Schlossdebatte und kulturelle Zwischennutzungen bis hin zum Abriss. Unter dem Motto „Hin und weg“ startet am 30. April und 1. Mai das erste Themenwochenende zum Programm „Der Palast der Republik ist Gegenwart“. Besucher sind eingeladen, verschiedene Facetten des Palastes der Republik und seiner Geschichte kennenzulernen und selbst als Zeitzeuge Erinnerungen beizutragen.

Das Programm „Der Palast der Republik ist Gegenwart“ erschließt das Themenfeld in den nächsten Jahren chronologisch in mehreren Phasen: Es befasst sich mit der Architektur und Nutzung 1973 bis 1989, mit der Umbruchzeit 1989/90, der Schlossplatzdebatte und Zwischennutzung bis zum Abriss 2008 und schließlich mit dem Erinnerungsort und aktuellen Diskussionen. Einen zentralen Anker bildet das Projekt Erinnerungsarbeit im Humboldt-Forum, in dessen Rahmen Gespräche und Interviews mit Zeitzeugen durchgeführt werden. Vielfältige Experten begleiten die Programmarbeit, die durch Recherche, Forschung und Fach-



Erichs Lampenladen: Das Innere des Palastes der Republik erwärmt allenfalls das Herz von Nostalgikern und Elektroinstallateuren

symposien wissenschaftlich untermauert wird. In den kommenden Jahren soll das Programm weiter ausgebaut werden. Einen Höhepunkt wird eine Sonderausstellung über „Erichs Lampenladen“ bilden.

### Kegelbahnen im Schlüterhof

Im Schlüterhof des Humboldt-Forums landet am Themenwochenende „Hin und weg“ Ende April eine Zeitmaschine für den Palast der Republik durch das Berliner Künstler-Kollektiv Chez Company

samt Aktionskünstlern und einer Live-Radio-Show. Der Straßenkünstler Russlan lässt dabei mithilfe des Publikums ein fünf mal zwei Meter großes Bild entstehen. In einem sogenannten Berlin-Raum werden durch eine Klang-Installation Stimmen zum Palast der Republik hörbar, und auf dem „Kosmographen“ wird die Gläserne Blume aus dem Palast der Republik sichtbar. Im Palast-Treff in Saal 1 dreht sich alles um den konkreten Ort. Welche Räume gab es, wie waren sie aus-

gestaltet und welche Erinnerungen verbinden sich mit Besuchen im Palast?

Zwei Kegelbahnen im Schlüterhof wecken das ganze Wochenende über Assoziationen an die legendären Bowlingbahnen im Palast der Republik. Angebote für Kinder vermitteln die Geschichte eines geteilten Landes im Bilderbuchkino und mittels Erzählkunst. Filmprogramme zeigen seltene Aufnahmen zum Bau und zur Debatte um die Gestaltung der Berliner Mitte der 1990er Jahre. Und Kuratoren-

führungen stellen Objekte aus der Geschichte des Palastes vor.

Vom 12. bis 15. Mai setzt „Wendecircus. Die Palast-Edition!“ täglich eine Sicht auf diesen Ort der Revolution als Revue in Szene: In einem zwölf Meter hohen Zelt im Schlüterhof des Humboldt-Forums werden die Aushandlungsprozesse der Wendezeit 1989/90 künstlerisch reflektiert. Der Circus Magic, ein Familienzirkus aus dem brandenburgischen Zossen, zeigt dabei Nummern zur deutschen Vereinigung. Im Zusammenspiel von Zirkus, Theater und Verwandlung soll so eine außergewöhnliche Auseinandersetzung mit der deutschen Wendezeit entstehen.

Dass jetzt der umstrittene Palast posthum eine solche Ehrung erhält, ist ein Beleg dafür, dass das Humboldt-Forum seine Rolle noch nicht richtig gefunden hat. Sollen dort nun ethnologische Sammlungen und die Kolonialismus-Debatte im Vordergrund stehen oder ein bunter Mischmasch aus Zirkus, Aktions-Klamauk und anderen Tralala? Das April-Programm, in dem der „Welt-Roma-Tag“ gefeiert wird (9.4.), Musiker auf experimentelle Klangreisen gehen (15. bis 17.4.), ein Salon zur „Zukunft des Wassers in Berlin und Brandenburg“ eröffnet wird (22. bis 24.4.) und ein „Weltstudio“ ukrainisch-, russisch- und deutschsprachige Familien zu einem „Tag mit Spielen und Musik“ willkommen heißt (28.4.), deutet auf eine multikulturelle, konzeptlose Wundertüte hin.

● **Hin und weg** am 30. April von 14 bis 22 Uhr und am 1. Mai von 10 bis 18 Uhr, Eintritt frei (mit Ausnahme des Führungsprogramms am Sonnabend). Termine **Wendecircus** 12. und 13. Mai jeweils 19 Uhr, 14. Mai um 14 und 19 Uhr, 15. Mai um 16 Uhr. Karten im Vorverkauf: 16 Euro, Ausführliches Programm und Kartenbuchung: [www.humboldtforum.org](http://www.humboldtforum.org)

### FERNSEHKRITIK

## Der Richter und seine Henker

Eine hochkarätige Krimiserie mit Sebastian Koch beansprucht in der ARD gleich zwei komplette TV-Abende

Am Anfang sieht man den Richter im Sitzungssaal, wie er hochkonzentriert Beweisanträgen folgt. Ein gestandener Mann, angesehen, untadelig. Nur der dunkle Fleck auf dem weißen Hemd, hervorgerufen durch einen ausgelaufenen Füllfederhalter, mag stutzig machen. Noch ahnt Michael Jacobi nicht, dass er in einer Schlinge hängt, die sich unablässig enger zieht. So würgend eng, dass der Jurist mit der ehemals weißen Weste einen Pakt mit dem Verbrechen eingehen wird.

„Euer Ehren“ ist eine Ausnahme-Krimiserie der ARD. Komplexer als der windungsreichste „Tatort“, spannender als jeder „Polizeiruf“, mit einer modernen Bildsprache, die Bezahl-TV-Diensten wie Netflix Konkurrenz machen könnte. Wie Regisseur David Nawrath sein Ensemble führt und Komponist Enis Rotthoff dumpf-grollende Geigen-Klänge unter die Bilder legt, ist für öffentlich-rechtliches Fernsehen so ungewöhnlich, dass man am Sonnabend, den 9. April, im Ersten den gesamten Abend dafür reserviert hat. Dort laufen ab 20.15 Uhr die ersten vier 45-minütigen Folgen, die restlichen zwei folgen am Sonntag darauf ab 21.45 Uhr.

Die Handlung wurde von der israelischen Erfolgsserie „Kvodo“ übernommen

und in ein winterlich-düsteres Österreich verlegt. In der Einstiegsszene sieht man die durchdrehenden Räder eines umgestürzten Motorrades, dahinter auf der Straße liegend den verdrehten Körper des Fahrers. Wie sich herausstellt, ist ausgerechnet der minderjährige Sohn des Richters Verursacher des Unfalls. Das Opfer wiederum ist der Sohn eines Clanchefs,

den Richter Jacobi vor Jahren zu einer langen Haftstrafe verurteilt hatte. Wenn herauskommt, dass der Juristensohn den Kronprinzen des Clans tödlich verletzt hat, ist er seines Lebens nicht mehr sicher. So sind die Gesetze der Unterwelt.

Das Drama nimmt seinen Lauf: Jacobi (Sebastian Koch) beginnt mit Schmiergeldzahlungen und Lügen, den Unfallher-

gang zu vertuschen. Aber kaum, dass er einen Schachzug gemacht hat, gehen seine Gegner in die Offensive. Zu viele Parteien arbeiten gegen ihn: Da ist die Kollegin, die anhand eines Asthmasprays missstrauisch wird, das am Unfallort gefunden wurde. Heimlich lässt sie einen DNA-Abgleich durchführen.

Involviert ist auch der zwielichtige Chef eines Schlachthofes (Tobias Moretti), der verdeckt Drogen schmuggelt. Und schließlich triumphiert auf dem Spielfeld noch die Kronprinzessin des Clans (Paula Beer), die für ihren Bruder Rache nehmen will. Die Schlüsselszene spielt am Ufer eines Gebirgsbachs, wo der Richter eine Pistole auf einen Widersacher richtet, der sein Geheimnis verraten könnte. Wird er abdrücken und zum Mörder werden? Er, der Mann des Rechts, der sich kürzlich erst um einen hohen Posten bei der Justiz beworben hat?

Wie Sebastian Koch („Das Leben der Anderen“) diesen Vater in größter Gewissensnot spielt, wie sich der ungeheure psychische Stress auf seinem Gesicht abbildet, ist großartig. Koch wirkte auch an der Dramaturgie mit, man merkt jeder Szene an, dass der international gefeierte Schauspieler hier alles gibt. *Anne Martin*



Am Abgrund: Richter Jacobi (Sebastian Koch) fleht auf den Knien nun selbst um Gnade

### ● MELDUNGEN

## Der Elch in Deutschland

**Lüneburg** – Der Elch, Symboltier Ostpreußens, ist vom 9. April bis 16. Oktober Thema einer neuen Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Unter dem Titel „Der Elch – Klischee und Wirklichkeit eines Symboltiers“ geht es auch um die Frage, ob die größte Hirschart der Welt im heutigen Deutschland heimisch werden kann. Internet: [www.ol-ig.de](http://www.ol-ig.de) *tws*

## Hockney neben Rembrandt

**Berlin** – Einem der einflussreichsten Künstler der Gegenwart, dem Briten David Hockney, widmet die Gemäldegalerie am Berliner Kulturforum vom 9. April bis 10. Juli eine Ausstellung. In „Landschaften im Dialog. Die Vier Jahreszeiten der Sammlung Würth zu Gast in Berlin“ werden Gemälde von Rembrandt, van Gogh und anderen Malern in Bezug gesetzt zu Hockneys monumentalem Landschaftszyklus „Three Trees near Thixendale“ (2008–2009). Infos: [www.smb.museum](http://www.smb.museum) *tws*

ERICH VON FALKENHAYN

## Illusionslos, rücksichtslos, erfolglos

Der Historiker Holger Afferbach urteilt hart über Erich von Falkenhayn: „Die Bilanz dieses Lebens ist negativ.“ Dabei hatte der befähigte Offizier in seiner Laufbahn so ziemlich alles erreicht. Ab Juli 1913 war er preußischer Kriegsminister, ab September 1914 leitete er zudem als Generalstabschef die Kriegführung des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg.

Geboren wurde Falkenhayn am 11. September 1861 in Westpreußen. Nach Kriegsakademie und erster Generalstabstätigkeit wirkte er mehrere Jahre in Fernost, zeitweise in chinesischen Diensten. Nach seiner Rückkehr stieg er kontinuierlich auf. Bei der Ernennung zum Minister sah er sich dem Verdacht ausgesetzt, sein Ansehen im Kaiserhaus habe den Ausschlag gegeben. Bekannt wurde er für sein scharfes Auftreten im Parlament. Überschattet war dadurch seine qualifizierte Arbeit an der Heeresreform.

Seine Empfindungen in der Euphorie des August 1914 fasste er in die Worte: „Und mögen wir auch darüber zugrunde gehen, schön war's doch.“ Nach Afferbach hatte Falkenhayn als Generalstabschef „maßgeblichen Anteil“ an „der Brutalität der Kriegführung“. Andererseits seien viele deutsche Politiker „annexionistischer, unmäßiger und unvernünftiger in ihren Forderungen und Zielen“ gewesen. Falkenhayn habe bis Ende 1915 eine Strategie verfolgt, die auf einen „Kompromissfrieden hätte hinauslaufen können“. Mit seinen Vorstellungen, bereits im November 1914 mit Frankreich und Russland Frieden zu schließen, konnte er sich nicht durchsetzen. Als „Erzfeind“ galt ihm, im Unterschied zu anderen, England. Den uneingeschränkten U-Boot-Krieg befürwortete er.

Im Zuge seiner Überzeugung, dass ein Sieg nicht möglich sei, ist die 1916 von ihm initiierte Schlacht um Verdun zu sehen. Er glaubte, mit der „Ermattungsstrategie“, die unter Inkaufnahme großer Verluste zur „Blutpumpe“ wurde, den Boden für Verhandlungen bereiten zu können. Falkenhayn, ein Mann einsamer Entschlüsse, hatte bereits Anfang 1915 das Ministeramt verloren, im August 1916 wurde er auch als Generalstabschef abgelöst. Seine Nachfolger der dritten Obersten Heeresleitung, repräsentiert durch Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, setzten auf Siegfrieden. Falkenhayn übernahm bis Kriegsende Kommandos gegen Rumänien, in Nahost und Weißrussland. Am 8. April 1922 ist er bei Potsdam gestorben. Erik Lommatzsch



Vor 100 Jahren gestorben: Falkenhayn



Heinrich von Stephan: Gemälde von Georg Barlösius aus dem Jahre 1897

Foto: Museumsstiftung Post und Telekommunikation

HEINRICH VON STEPHAN

## „Der Bismarck der Post“

Wie der erste Reichskanzler das Reich und ein System internationaler Bündnisse errichtete, so schuf der vor 125 Jahren gestorbene erste Staatssekretär des Reichspostamts die Reichspost und den Weltpostverein

VON MANUEL RUOFF

Schon früh fiel die außergewöhnliche Begabung Heinrich von Stephans auf. Die Reifeprüfung legte der am 7. Januar 1831 in Stolp geborene Pommer vorzeitig und mit besten Noten ab. Allerdings war dem „Bismarck der Post“ kein Studium vergönnt. Im Gegensatz zu Otto von Bismarck war er bürgerlicher Herkunft und das achte von zehn Kindern eines Schneidermeisters.

1848 begann er eine Lehre bei der Post seiner Geburtsstadt. Weiterhin von vorgesezten Stellen bestens benotet kam er

1849 als Beamtenanwärter nach Marienburg und war 1849 Postassistent in Danzig. Nach Ableistung seines Wehrdienstes setzte er seine Ausbildung am Generalpostamt in Berlin und dem Hauptpostamt in Köln fort, bis er 1855 die Prüfung zum höheren Postdienst ablegte.

### Er vereinheitlichte die Post

Stephans Begabung schloss auch die Kunst ein. Dazu passt, dass er eine Opernsängerin heiratete. Er hatte nicht nur Sinn für Musik, sondern auch für Sprache. Zum Teil im Selbststudium eignete er sich mehrere Fremdsprachen an. Hinzu kam bei Stephan – ähnlich wie bei Bismarck –

diplomatisches Geschick. 1858 wurde er in der Auslandsabteilung der preußischen Generalpostdirektion eingestellt, deren Leitung er schließlich übernahm. Dort hatte er mit der Aushandlung von Postverträgen mit dem Ausland zu tun. Entsprechende Verträge erreichte er 1862 mit Belgien, 1863 mit den Niederlanden sowie 1864 mit Spanien und Portugal.

Ein breites Betätigungsfeld eröffnete sich Stephan durch Bismarcks Einigungskriege. Die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung versuchte Stephan, auf postalischem Gebiet nachzuvollziehen. Nachdem Preußen durch den Deutschen Krieg von 1866 in den Besitz von

Frankfurt am Main gelangt war, den Sitz der Zentrale der Thurn-und-Taxis-Post, wurde diese auf Vorschlag Stephans hin gegen eine Entschädigung einverleibt.

Die Zeit danach nutzte er zum Abschluss weiterer Postverträge mit dem Ausland. Die USA, Norwegen und Dänemark sind hier ebenso zu nennen wie die Schweiz, Italien und Schweden.

Dem Aufstieg Bismarcks zum Bundeskanzler und damit Regierungschef des 1867 gegründeten Norddeutschen Bundes folgte 1870 der Stephans zum Generalpostdirektor und damit Chef der Postverwaltung eben dieses Bundes. Noch im selben Jahr wurde im Norddeutschen Bund auf Betreiben des neuen Generalpostdirektors die Postkarte eingeführt.

### Er führte die Postkarte ein

Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 schuf Stephan ein neues Betätigungsfeld. Im Krieg selbst organisierte er die Feldpost. Nach dem Krieg machte er sich daran, die durch die französische Niederlage Bismarck möglich gewordene Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reich auf postalischem Gebiet nachzuvollziehen. Der Norddeutschen Post folgte noch im Reichsgründungsjahr die Reichspost.

Stephans Streben galt neben der Vereinheitlichung dem Ausbau der Reichspost. Erfolgreich setzte er sich dafür ein, dass ein Großteil der Gewinne nicht an das Reich abgeführt werden brauchte, sondern reinvestiert werden konnte. In seiner Amtszeit stieg die Zahl der Mitarbeiter um das Vierfache auf rund 240.000. Die Gesamtlänge des Telegraphenleitungsnetzes wuchs zwischen 1875 und 1895 von 33.246 auf über 140.000 Kilometer. Ganz modern setzte Stephan auf unterirdische Kabelnetze. In eineinhalb Jahrzehnten war eine Gesamtlänge von 5874 Kilometern erreicht. Etwa zweitausend neue Postgebäude entstanden bis 1895. Die Bauten waren nicht selten großzügig und repräsentativ. Kritiker sprachen von „Postpalästen“ und bezeichneten Stephan als „Postbaumeister“.

### Er initiierte den Weltpostverein

1876 wurden die Abteilungen I (Postwesen) und II (Telegraphenwesen) des Reichskanzleramts eine eigene Reichsbehörde mit Stephan an der Spitze, der darüber zum Generalpostmeister aufstieg. 1880 entwickelte sich daraus das Reichspostamt mit Stephan als zuständigem Staatssekretär. Er war nun direkt unter dem Kanzler angesiedelt. 1885 wurde er auch noch geduldet.

Stephan hatte den formalen Zenit seiner Karriere erreicht. Sehr lange konnte er sich seiner Ehren und Würden nicht erfreuen. Diabetes setzte seinem Leben ein relativ frühes Ende. Wenige Monate nach seinem 66. Geburtstag starb er am 8. April 1897 im Reichspostamt.

In gewisser Hinsicht ging Stephans Werk über das Bismarcks noch hinaus. Letzterer bemühte sich darum, dass das Reich, wohlorganisiert und international gut vernetzt war. Analoges versuchte Stephan für die Reichspost zu erreichen. Aber darüber hinausgehend bemühte er sich auch noch, und das mit bleibendem Erfolg, um eine weltumspannende, möglichst alle umfassende internationale Organisation auf seinem Gebiet. Auf seinen Vorschlag hin kamen 1874 in der neutralen Schweiz Vertreter von 22 Staaten zusammen, um eine derartige Organisation zu gründen. Dieser erste Weltpostkongress in Bern endete mit der Gründung des Allgemeinen Postvereins. Auf dem zweiten Weltpostkongress, der 1878 in Paris stattfand, wurde der Allgemeine Postverein zum heutigen Weltpostverein. Der dritte Weltpostkongress fand 1885 in Lissabon und der vierte 1891 in Wien statt.

Der fünfte 1897 in Washington war der erste nach Stephans Tod. Es war dieser, auf dem der Kongresspräsident den erst kurz zuvor Verstorbenen mit den Worten charakterisierte: „die Seele der Postwelt“, „der Bismarck der Post“.

VON ERIK LOMMATZSCH

Am 15. Dezember 1745 schlug der Fürst von Anhalt-Dessau Leopold I., besser bekannt als der Alte Dessauer, in der Schlacht bei Kesselsdorf als preußischer Generalfeldmarschall die sächsisch-österreichischen Truppen. Damit war der Zweite Schlesische Krieg zugunsten Friedrichs des Großen entschieden.

Vor dem Kampf soll Leopold gebetet haben: „Lieber Gott, stehe mir heute gnädig bei, oder willst Du nicht, so hilf wenigstens die Schurken, die Feinde nicht, sondern siehe zu, wie es kommt! Amen.“ Hierbei handelt es sich um eine von zahlreichen Anekdoten, die noch heute mit dem Alten Dessauer verbunden werden. In der Schlacht bei Turin 1706 soll er unter seinem getöteten Pferd hervorgezo-



„Der Fürst von Anhalt darf unter die größten Heerführer seines Zeitalters gerechnet werden; zu einer vollkommenen Kriegserfahrung gesellte er einen sehr ausgezeichneten Geschäftssinn“

Wilhelmine von Bayreuth

gen worden sein; seine Grenadiere, die ihn ebenfalls für tot hielten, soll er mit dem Wunsch nach einem großen Schluck Brantwein überrascht haben, um dann zu Fuß wieder die Führung zu übernehmen. In seiner Residenzstadt Dessau soll er zu Pferde mutwillig einen Töpferstand ruiniert haben, um den Händlerinnen den Schaden danach jedoch zu ersetzen – eine Geschichte, die in das Märchen vom König Drosselbart eingeflossen ist. Der Wahrheitsgehalt solcher Erzählungen ist fragwürdig, manchmal wurden sie lediglich übertragen, wie das kolportierte Gebet, das auf den kaiserlichen General Johann von Sporck zurück geht, der es 1664 vor der Schlacht bei St. Gotthard gesprochen hat.

#### Heirat mit einer Bürgerlichen

Derartige Anekdoten zeichnen dennoch ein Persönlichkeitsbild und zeigen, dass der Alte Dessauer auf Zeitgenossen und Nachwelt einen starken Eindruck hinterlassen hat. So unterschiedliche Literaten wie Theodor Fontane und Karl May setzten ihm in ihren Werken ein Denkmal. Dass Leopold ein Ausnahmecharakter war, ist verbürgt. Davon zeugt etwa seine Heirat mit der – bürgerlichen – Apothekertochter Anna Luise Fröhse, mit der er sich über die Konventionen seines Standes hinwegsetzte.

Mitunter hat der Unterhaltungswert, den der Alte Dessauer zweifelsfrei besitzt, in der Überlieferung dessen militärisches und politisch-ökonomisches Wirken überschattet. Treffend urteilte Wilhelmine von Bayreuth, die Schwester Friedrichs des Großen, in ihren Erinnerungen: „Der Fürst von Anhalt darf unter die größten Heerführer seines Zeitalters

DER ALTE DESSAUER

## Mehr als Anekdoten und Gleichschritt

Vor 275 Jahren starb Leopold I. Der Fürst von Anhalt-Dessau wirkte als Feldherr, erhöhte die Schlagkraft der preußischen Infanterie und stellte seine Dynastie auf gesicherte Grundlagen

gerechnet werden; zu einer vollkommenen Kriegserfahrung gesellte er einen sehr ausgezeichneten Geschäftssinn.“

#### Schon Prinz Eugen schätzte ihn

Am 3. Juli 1676 in Dessau geboren, stieg er im preußischen Heer auf. Er kämpfte unter anderem im Spanischen Erbfolgekrieg. Der Oberkommandierende der antifranzösischen Koalition, Prinz Eugen von Savoyen, hielt große Stücke auf ihn. 1710 erhielt er den Befehl über die preußischen Truppen in den Niederlanden. Die Ernennung zum Feldmarschall erfolgte 1712, unter Übergang dienstälterer Generäle. Im Großen Nordischen Krieg konnte Leopold, dem bis dahin die entscheidende Spitzenposition versagt gewesen war, seine Qualitäten als Feldherr unter Beweis stellen, als er 1715 Stralsund und Rügen von den Schweden eroberte. Vor allem in den ersten beiden Schlesischen Kriegen, ab 1740, sollte sich dann, in den späten Lebensjahren Leopolds, noch einmal dessen Talent als Heerführer zeigen.

Aus eher missgünstiger Feder heißt es, der Alte Dessauer sei ein wesentlicher „Urahn des preußischen Militärstaates“ gewesen. Tatsächlich ist die Aufbauleistung, die er für die preußische Armee vollbrachte, kaum zu überschätzen. Er führte den Gleichschritt ein, auf Exerzierübungen und Drill wurde nun größter Wert gelegt, unter Einbeziehung der Offiziere. Leopold gelang es auf diese Weise, die Handlungsabläufe während des Gefechts innerhalb der Infanterie-Formationen erheblich zu beschleunigen. Die Feuerge-

schwindigkeit konnte erhöht werden. Dazu trug auch bei, dass er den hölzernen Ladestock durch den eisernen ersetzten ließ. Der deutsche Historiker und Experimentalarchäologe Marcus Junkelmann würdigt in seinem Beitrag über Leopold I. in der „Neuen Deutschen Biographie“, dass dieser die „Lineartaktik zu höchster Vollendung“ gebracht habe. In seiner Schrift „Ideen von allen Militärchargen“ sprach der Fürst sich dafür aus, Prügel bei der Ausbildung nur im Notfall anzuwenden. Er empfahl Geduld, sonst werde der Rekrut „indesperat“ und „zur Desertion bewogen“.

#### Friedrich Wilhelm I. förderte ihn

In diesem Punkt unterschied er sich von Friedrich Wilhelm I., dem preußischen „Soldatenkönig“, mit dem er ansonsten viel gemeinsam hatte. Etwa Jovialität und die Verachtung für Bildung, aus der kein unmittelbarer Nutzen resultierte. Im Tabakskollegium saß man zusammen. Friedrich Wilhelm hatte Leopold gefördert und profitierte nicht nur von dessen Wirken im militärischen Bereich, er ließ sich von ihm auch beim Aufbau des Generaldirektoriums unterstützen. Dabei machte der König stets deutlich, dass er das Heft des Handelns in der Hand behielt, zum Missfallen Leopolds, der sich in Preußen gern in einer politisch gestaltenden Position gesehen hätte.

Friedrich dem Großen diente er ebenfalls loyal. Allerdings war das Verhältnis zwischen ihm und dem wesentlich jüngeren König angespannt. Trotz aller Ver-

dienste urteilte Friedrich über den Alten Dessauer, „bei vielen großen Eigenschaften hatte er keine guten“. Friedrich kritisierte wiederholt dessen Vorgehen im Feld. Noch wenige Tage vor der Schlacht bei Kesselsdorf ließ er seinen – schließlich siegreichen – Generalfeldmarschall wissen, er sei „der einzige, der meine deutliche Befehle nicht verstehen kann oder nicht verstehen will“.

#### Friedrich der Große kritisierte ihn

Die Regentschaft in seinem kleinen, nach großzügigen Schätzungen 30.000 Einwohner zählenden Fürstentum Anhalt-Dessau hatte Leopold bereits 1698 übernommen. Ganz im Zeitgeist des Absolutismus gelang es ihm, durch eine Reihe von politisch-ökonomischen Maßnahmen die Stellung der Dynastie zu festigen und die finanziellen Grundlagen zu sichern. Systematisch kaufte er die Rittergüter seines Herrschaftsbereichs auf. Sein Biograph Karl August Varnhagen von Ense bemerkte, das Land stelle „die in solcher Art einzige Erscheinung dar eines Fürstentums ohne Adel“. Leopold ließ sein Herrschaftsgebiet vermessen, wer seinen Besitz nicht nachweisen konnte, musste ihn neu pachten oder er wurde eingezogen. In der Stadt Dessau wurde ein Binne Zoll eingeführt. Zur besseren Kontrolle dieses Zolls diente die bis 1714 errichtete Akzisemauer. In seiner Geburtsstadt ist der ehrgeizige, für weit mehr als kauzige Anekdoten und den heute noch praktizierten Gleichschritt stehende Alte Dessauer am 9. April 1747 gestorben.



Gebet des Alten Dessauers vor der Schlacht bei Kesselsdorf: Darstellung der bekannten Anekdote von O.H.W. Hadank

INSULIN

## Seit einem Jahrhundert patentiert

Dass Diabetes eine Erkrankung der Bauchspeicheldrüse ist, erkannte der englische Arzt Thomas Cawley bereits im Jahre 1788. Es dauerte aber bis 1860, ehe der niederländische Mediziner Joseph Fles versuchte, Zuckerkrankte mit tierischen Bauchspeicheldrüsen-Extrakten zu heilen. 1909/10 entdeckten der englische Physiologe Edward Albert Sharpey-Schafer und der belgische Pathologe Jean de Meyer unabhängig voneinander, dass man Diabetikern nur ein einziges Hormon der Bauchspeicheldrüse verabreichen muss, welches beide „Insulin“ nannten, weil es in den Inselzellen der Bauchspeicheldrüse gebildet wird.



Nicolae Paulescu Foto: Wikimedia

Die erste künstliche Gewinnung von Insulin gelang dem rumänischen Mediziner Nicolae Paulescu, damals Direktor des St.-Vincent-de-Paul-Krankenhauses in Bukarest. Der behandelte mit dem Hormon, das er selbst als Ableitung des Wortes „Pankreas“ für Bauchspeicheldrüse „Pancrein“ nannte und aus Schlachtabfällen gewann, 1916 einen zuckerkranken Hund, dessen Symptome sich daraufhin besserten. Nach langer Verzögerung infolge des Ersten Weltkrieges publizierte Paulescu seine Forschungsergebnisse zwischen April und August 1921 in zwei Fachzeitschriften. Vor hundert Jahren, am 10. April 1922, ließ er sich das Verfahren zur Herstellung des Pancreins vom Ministerium für Industrie und Handel seines Heimatlandes unter der Nummer 6254 patentieren.

Das nützte Paulescu jedoch wenig, denn zwei Monate zuvor hatten die beiden im kanadischen Toronto forschenden Mediziner Frederick Banting und John James Rickard Macleod einen Bericht über ihre Versuche mit einem gemeinsam mit dem Medizinstudenten Charles Best und dem Biochemiker James Collip hergestellten Insulin veröffentlicht. Und weil diese vier im Gegensatz zu Paulescu das Hormon, das sie als Ableitung des englischen Wortes für Inselzellen, „islet cells“, „Isletin“ nannten, sofort erfolgreich an zwei Diabetikern testeten, schlug der Artikel im „Canadian Medical Association Journal“ wie eine Bombe ein. Bereits im Folgejahr erhielten Banting und Macleod den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin, den sie fairerweise freiwillig mit Best und Collip teilten.

1923 brachte die Pharmafirma Eli Lilly das erste industriell hergestellte Insulinpräparat namens „Iletin“ auf den Markt. Heute kommen weiterentwickelte Formen des Hormons und Insulinpumpen zum Einsatz.

Wolfgang Kaufmann

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die alte Dame im Pflegeheim ist außer sich: „Wie komme ich nur aus Königsberg heraus?“, schreit sie immer wieder und klammert sich an ihren Koffer. Das Personal erklärt dies mit der Demenz der 95-Jährigen. Tatsächlich jedoch liegt hier ein Fall von Retraumatisierung vor – ausgelöst durch die aktuellen Bilder aus der Ukraine. Und so geht es auch anderen Angehörigen der Kriegsgeneration: Schlagartig sind all die verschüttet geglaubten Erinnerungen wieder da. An Kampfhandlungen und Vergewaltigungen, an Bombennächte und Kriegstote, an Hunger und schlimmste Verusterlebnisse, an Flucht und Vertreibung ... Ähnliches passierte schon bei früheren Gelegenheiten. So beispielsweise anlässlich der Anschläge vom 11. September 2001 oder der medial ausgiebig „aufbereiteten“ Kriege danach. 2011 titelte deshalb die Buchautorin Katja Thimm: „In deutschen Altenheimen tobt der Zweite Weltkrieg.“

Die Betroffenen zeigen sämtliche Symptome einer lange unterdrückten Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS): Lärmempfindlichkeit, Schlaflosigkeit, Depressionen, Ängste, Aggressionen, Panikattacken, Persönlichkeitsveränderungen, psychosomatische Beschwerden, Suchtverhalten und vor allem auch sogenannte Flashbacks, in denen das einstmal Erlebte plötzlich wieder gegenwärtig und höchst real wird. Wissenschaftler wie der frühere Direktor des Instituts für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie an der Universität Leipzig, Elmar Brähler, gehen mittlerweile davon aus, dass zwischen 30 und 60 Prozent der Angehörigen der deutschen Kriegsgeneration traumatisiert wurden, davon etwa fünf bis zwölf Prozent schwer.

### „Weltkrieg tobt in Altenheimen“

Die meisten Betroffenen haben niemals in ihrem Leben eine angemessene Behandlung bekommen, was aus zwei Ursachen resultiert. Zum Ersten war es nach 1945 völlig unüblich, seine psychische Befindlichkeit nach außen zu kehren. Stattdessen standen der Wiederaufbau und die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen in Wirtschaft und Gesellschaft auf der Tagesordnung. Dadurch gerieten viele Themen zu Tabuthemen. Hiermit klarzukommen, gelang den Traumatisierten nicht zuletzt dadurch, dass sie sich auf ihre Familie und den Beruf konzentrierten. Allerdings bricht nun im Alter vieles weg, was jahrzehntelang Halt gegeben hat. Und damit kollabiert dann auch die mentale Abwehr, weshalb das Verdrängte wieder ins Bewusstsein rückt.

Zum Zweiten hat das Ignorieren von kriegsbedingten Traumata und deren Fol-



Schreckliche Kindheitserlebnisse verfolgen Menschen oft ein Leben lang: Flüchtlinge aus Mariupol am Bahnhof von Lemberg

Foto: Mauritius

### PSYCHOLOGIE

## Wenn das Grauen zurückkehrt

Besonders im Alter werden Menschen von ihren Kriegserlebnissen heimgesucht – Nun rütteln die Bilder aus der Ukraine bei vielen die Jahrzehnte alten Traumata wieder wach

gen eine lange Geschichte. Von Posttraumatischen Belastungsstörungen war zunächst nicht einmal im Falle der psychisch oft schwer geschädigten Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkriegs die Rede. Diese galten eher als „Schwächlinge“ oder „Drückeberger“, bis die Psychiatrie die PTBS offiziell als Krankheit anerkannte. Das geschah 1980 als Folge des Kampfes der US-amerikanischen Kriegsveteranen um ihre Rechte.

Noch länger dauerte es, bis man auch deutschen Zivilisten zugestand, infolge ihrer Erlebnisse in der Kriegszeit unter einer PTBS zu leiden. Diesbezügliche Forschungen wurden zunächst beargwöhnt: Sei es denn überhaupt „zulässig“, sich mit psychischen Leiden von Angehörigen eines „Tätervolkes“ zu befassen? Die tonangebenden 68er verneinten dies. Und einige Vertreter jüdischer Gemeinden in Deutschland sahen darin sogar einen Versuch, den Holocaust zu relativieren. Flächendeckend wurde das Tabu deshalb

letztlich erst in der Zeit nach dem Jahr 2000 gebrochen, woraufhin es 2005 zu einem Fachkongress mit rund 600 Teilnehmern in Frankfurt am Main kam. Diesem folgte 2013 eine weitere entsprechende Tagung in Münster zur Traumatisierung der Kriegsgeneration.

### Bis in die nächsten Generationen

Inzwischen weiß man, dass nicht nur diese gelitten hat oder noch immer leidet, sondern auch deren Nachkommenschaft. Der Fachausdruck hierfür lautet Sekundäre Traumatisierung. Die entsteht, wenn die Eltern ihre Zukunfts- und Lebensangst auf die Kinder übertragen – beispielsweise durch Überbehütung, die Vermittlung kontraproduktiver Einstellungen oder unablässige Forderungen nach einem engen familiären Zusammenhalt.

Torsten Santavirta von der Universität Uppsala und dessen Mitarbeiter haben das weitere Schicksal von 49.000 finnischen Kindern untersucht, welche wäh-

rend des Zweiten Weltkriegs nach Schweden evakuiert und dort Pflegefamilien übergeben worden waren, um sie vor sowjetischen Bombenangriffen und Unterernährung zu schützen.

Dabei fanden die Wissenschaftler heraus, dass sowohl diese Personen selbst als auch deren Nachkommen deutlich häufiger an psychischen Störungen erkrankten als die Vergleichsgruppe der in Finnland Gebliebenen. Angesichts solcher und ähnlicher Befunde ist nun von einer Transgenerationalen Traumatisierung die Rede. Einige Experten wie der Psychiater Bertram von der Stein, der an der Universität Kassel lehrt, vertreten sogar die Ansicht, es brauche drei bis vier Generationen, bis schwere Traumata durch Krieg und Gewalt in der Familie bewältigt seien. Außerdem wird inzwischen ernsthaft diskutiert, ob Traumatisierungen zu Veränderungen am Erbgut führen können.

Die Therapie einer PTBS bei den unmittelbar Geschädigten besteht im Regel-

fall darin, die vergangenen Erlebnisse noch einmal zu vergegenwärtigen, danach aber anders abzuspeichern. Dadurch soll der Traumatisierte in die Lage versetzt werden, das Ganze als integralen Bestandteil seiner ureigenen Biographie zu akzeptieren.

Im Fall der deutschen Kriegsgeneration wäre das aber wohl vielfach zu riskant. Zwar vertreten Mediziner wie Jochen Buhrmann, Chef der Psychosomatischen Abteilung der Schweriner Helios-Kliniken, die Ansicht, dass es in jeder Lebensphase hilfreich sei, über frühere traumatische Erfahrungen zu sprechen, weil das Entlastung schaffe. Allerdings müssten die Betroffenen dann auch sehr engmaschig professionell begleitet werden. Sollte dies nicht garantiert sein, ist es besser, keine alten Wunden aufzureißen, um eine unkontrollierte Retraumatisierung zu vermeiden. Selbst wenn das bedeutet, dass der Fernseher bei den Nachrichtensendungen künftig ausgeschaltet bleibt.

### UKRAINEKRIEG

## In der Hölle von Mariupol

Eingeschlossen von den Kämpfen zwischen der ukrainischen und der russischen Armee, verharren zahllose Menschen in ihren Kellern

Es gibt kein Licht, keine Heizung, keine Lebensmittel und kein Wasser. In den Kellern Mariupols harren vor allem Frauen, Kinder und Alte aus, die es nicht geschafft haben, die Stadt rechtzeitig zu verlassen.

Auf seinem Weg in die schwer zerstörte Stadt kommen dem Reporter Dmitrij Plotnikow von „lenta.ru“ Wagenkolonnen entgegen. Ausländische Luxusmodelle sind in den kilometerlangen Schlangen genauso zu sehen wie alte sowjetische Schigulis (Lada).

Die in der Stadt Zurückgebliebenen dagegen hausen in den Kellern der Hochhäuser, darauf hoffend, dass sie nicht verschüttet werden. Unter erbärmlichen hygienischen Umständen verharren sie zu Dutzenden, in manchem Unterschlupf gar zu Hunderten in der Hoffnung, dass der Krieg bald zu Ende ist. Sie tragen mehrere Schichten

Kleidung übereinander, denn nachts sinkt die Temperatur auf null Grad, und vom Meer weht ein eisiger Wind. Da jeder Gang nach draußen lebensgefährlich ist, verlassen sie oft tagelang ihr vermeintlich sicheres Versteck nicht. Draußen gibt es ohnehin nichts mehr zu kaufen. Die Läden wurden, kurz nachdem sie geschlossen worden waren, geplündert. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in den Außenbezirken von Mariupol. Dorthin gelangt zwar hin und wieder humanitäre Hilfe, aber auch dort haben die Menschen Angst, ihre Keller zu verlassen.

Diejenigen, auf die Plotnikow trifft, wirken stark traumatisiert. Eine Frau, deren Mann in der ostukrainischen Stadt umgekommen ist, will ihr Zuhause nicht verlassen, bevor er beerdigt wird. Eine alte Frau schleppt einen leeren Fünf-Liter-

Wasserkammer und wiederholt ständig: „Gott erbarme dich, Gott hilf uns!“ Auf Ansprache reagiert sie nicht. Ein Junge versucht, sich auf einem Fahrrad einen Weg durch die Trümmer zu bahnen, aus den Ohren blutet er, was auf einer Druckwellenverletzung hindeutet.

Über der Stadt liegt eine Gestankwolke. Die Grünflächen sind übersät von Müll, den niemand mehr abholt. Aus den offenen Türen der Häuser riecht es nach abgestandener und verbrauchter Luft. An den Kellerabgängen brennen Feuer, auf denen die Bewohner Wasser abkochen oder versuchen, sich aus den spärlichen Resten ihrer Vorräte etwas zu kochen. Auf den Straßen liegen Leichen, sowohl zivile Opfer als auch Soldaten. In Häusern entstehen Friedhöfe, allerdings gelingt es nicht, alle

zu begraben. Denn der Boden ist gefroren und so wartet man auf Tauwetter, während die Furcht vor einer Epidemie wegen der verwesenden Leichen wächst.

Vielen ist ihr Zustand peinlich: „Entschuldigen Sie mich, ich sehe aus wie ein Obdachloser, dabei bin ich gebildet und habe eine gute Arbeit“ ist ein Satz, den Plotnikow häufig zu hören bekommt. Einige versuchen, trotz der widrigen Umstände ein würdiges Leben aufrechtzuerhalten, wie die 21-jährige Studentin Jekaterina. Sie achtet auf ihr Äußeres und glaubt fest daran, dass „die Menschen trotzdem das Schöne und Menschliche in sich bewahren können. Wir sind nicht die ersten, die wie Phönix aus der Asche steigen.“

Alle leiden unter ihrer Isolation. Sie hoffen, von anderen Neuigkeiten zu erfah-

ren, da sie seit über einem Monat von Nachrichten abgeschnitten sind. „Ich weiß nichts über meine Verwandten, nichts über meine Freunde“, klagt eine weinende Frau. Das Ungewisse steigert sich zur unerträglichen Qual für die Eingeschlossenen.

Beim Anblick ihrer Häuser brechen viele in Tränen aus. Für ihre Wohnung hatten sie jahrelang gespart, Kredite aufgenommen, und nun ist nichts mehr davon übrig. Ihre Welt ist eingestürzt. Vor ihnen liegt nur eine unbekannte Zukunft. Doch in den Kellern gibt es auch Hoffnung. Einige fragen sich, wie es nach dem Krieg und dem Wiederaufbau ihrer Stadt weitergehen wird. „Wir sind eine Industriestadt. Wir können nicht einfach so dasitzen und nichts tun. Wir können unsere Fabriken nicht aufgeben.“ *Manuela Rosenthal-Kappi*



## ALLENSTEIN

# Ein Zufluchtsort für Ukrainer

Sofortiger Bezug möglich – Die Stadt stellt ein ehemaliges Studentenwohnheim zur Verfügung

VON DAWID KAZANSKI

**A**llenstein nimmt immer mehr Ukrainer auf und bereitet deshalb neue Unterkünfte für die Kriegsflüchtlinge vor. Die Renovierung des ehemaligen Waisenhauses in der Korczaka-Straße steht kurz vor dem Abschluss. Der Stadtpräsident Piotr Grzymowicz sagte, die Arbeiten schritten zügig voran und die Stadt werde bald in der Lage sein, etwa 60 Waisenkinder aus der Ukraine aufzunehmen.

Der Austausch von 70 Türblättern, Armaturen, Spachtel- und Malerarbeiten sowie die Erneuerung einiger Bodenplatten sind die wesentlichen Maßnahmen, die noch durchgeführt werden. Die Ausstattung des gesamten Gebäudes wird etwa 50.000 Euro kosten. Insgesamt belaufen sich die Kosten mit weiteren Renovierungsarbeiten auf etwa 90.000 Euro.

### Immer mehr Unterkünfte

Ukrainische Staatsbürger fanden auch in einem der größten Studentenwohnheime in Allenstein eine neue Bleibe, das wegen der sinkenden Studentenzahlen seit Langem leer stand. In Absprache mit der Universität Ermland-Masuren übergab das Woiwodschaftsamt das Gebäude an das städtische Krisenmanagementsystem. Es stellte sich heraus, dass es nicht einmal nötig war, die Zimmer zu renovieren. Es reichte aus, sie gründlich zu reinigen.

Seit einiger Zeit kommen Flüchtlinge nach Allenstein, die aus Warschau oder Krakau verlegt wurden. Sie werden in das Studentenwohnheim einquartiert, das 500 Personen beherbergen kann. Die Ukrainer werden gepflegt und haben bei Bedarf auch Zugang zu medizinischer Hilfe, einem Psychologen sowie einem Dolmetscher. Einige Alltagsgegenstände wie Tassen, Teller, Besteck und Spielzeug wurden bei einer im Woiwodschaftsamt Allenstein organisierten Spendenaktion gesammelt.



Steht für ukrainische Flüchtlinge bereit: Studentenwohnheim in Allenstein Foto: D.K.

Lokalen Medienberichten zufolge sind derzeit rund 400 Menschen in städtischen Einrichtungen untergebracht. Die Zahl der Flüchtlinge, die von Stadtbewohnern bei sich zu Hause aufgenommen wurden, ist nicht bekannt. In der Hauptstadt der Woiwodschaft Ermland-Masuren gibt es eine Reihe von Angeboten, die von kulturellen Einrichtungen für Flüchtlinge aus der Ukraine vorbereitet werden: Besuche der öffentlichen Stadtbibliothek und des städtischen Kulturzentrums sowie des Planetariums und der Sternwarte.

Auch die Stiftung Borussia setzt sich für Flüchtlinge ein, aber dort benötigt man

mehr Freiwillige. „Wir suchen Menschen, die Ukrainisch und Russisch sprechen und bereit sind, sich für die ukrainische Gemeinschaft im Bereich Bildung und Integration zu engagieren. Es geht um Unterstützung im Schul- und Kindergartenunterricht, um individuelle Hilfe, die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern“, erläutert die Vorsitzende von Borussia, Kornelia Kurowska.

Die Universität Ermland-Masuren setzt auf die sprachliche Integration der Flüchtlinge durch einen Polnischkurs. Ein ähnliches Angebot unterbreitet auch die

Evangelisch-Augsburgische Kirchengemeinde in der Altstadt.

Die Hilfe seitens der Pfingstgemeinde ist von unschätzbarem Wert, da sie eine Internetseite zur Unterstützung der ukrainischen Besucher eingerichtet hat. Die Webseite ist in drei Sprachen nutzbar – Ukrainisch, Englisch und Deutsch. Außerdem hat dreimal pro Woche ein Hilfslager geöffnet, in dem die Ukrainer Kleidung, Lebensmittel, Kosmetika, Haushaltsreiniger und Spielzeug erhalten können. Auch dort können die Flüchtlinge auf einen Sprachkurs zählen. „Ab dem 2. April haben wir mit kostenfreien Polnisch-Sprachkursen für Flüchtlinge begonnen. Wir bereiten auch ein spezielles Angebot für ukrainische Kinder vor“, teilte Ewa Giska von der Pfingstkirche mit.

### Sprachkurse und Kulturangebote

In der Stadt werden weiterhin Produkte gesammelt, die an die Grenze und in ukrainische Städte geschickt werden sollen. Neben haltbaren Lebensmitteln werden medizinische Hilfsmittel, Pflegeprodukte, Hygieneartikel, Decken, warme Jacken oder Spielzeug benötigt.

Das Hauptlager in Allenstein befindet sich in der Lebensmittelbank. Die Organisation arbeitet dynamisch seit Beginn des Konflikts. „In dieser Zeit haben wir etwa 90 Tonnen an Geschenken erhalten und in die Ukraine geschickt. Diese Hilfe wurde von den Einwohnern der Stadt und der Region sowie von Norwegen, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden gespendet. Leider ist ein Ende des Krieges nicht in Sicht. Wir arbeiten weiter und ermutigen alle Hilfsbereite, unsere Nachbarn kontinuierlich zu unterstützen“, so Vertreter der Lebensmittelbank. Die Spenden aus Allenstein erreichten bisher eine Reihe von ukrainischen Städten: die Partnerstadt Lutzk (Lutschesk), aber auch Lemberg (Lwiw), Saporischschja und Winnyzja.

## MELDUNGEN

### Schlossmühle wird gerettet

**Gerdaun** – Die Schlossmühle Gerdaun wurde als Kulturerbe anerkannt. Das vierstöckige Ziegelgebäude aus dem Jahr 1909 soll restauriert werden. Es ist geplant, ein Hotel und ein Restaurant darin zu eröffnen. Bei den Arbeiten sollen die im Laufe der Jahre verloren gegangenen Elemente wiederhergestellt werden. Auch die Umgebung der Mühle soll verschönert werden. Die Steintreppe wird erneuert, ein Gästebereich zum Entspannen sowie ein Parkplatz für zehn Fahrzeuge werden angelegt. Der zerstörte Teil des Wasserbauwerks wird zunächst abgetragen, um dann mit historischen Ziegelsteinen wieder aufgebaut zu werden. Die Mühle produzierte zu Beginn des 20. Jahrhunderts 15 Tonnen Mehl pro Tag und trug zur Entwicklung Gerdauens bei. Bis 1974 wurde die Mühle, die im Krieg nicht beschädigt worden war, als solche genutzt. Erst danach begann ihr Verfall. MRK

### Lyck will wachsen

**Lyck** – Der Verein der Freunde Lycks hat einen Brief an die Stadtverwaltung geschrieben mit der Aufforderung, sich für die Vergrößerung des Stadtgebiets einzusetzen. Nach Ansicht des Vereins ist es in der Stadt zu eng. Auf einem Quadratkilometer Stadtfläche wohnen etwa 3000 Personen. Solch eine Bevölkerungsdichte erlaube es nicht, die Wirtschaft weiterzuentwickeln. Es fehlten auch Flächen für den Wohnungsbau. Laut dem Verein sollte Lyck die Ortschaften Keipern, Sonnau und Kreuzfeld eingemeinden. Das Thema der Stadterweiterung kommt von Zeit zu Zeit wieder auf. Der Bürgermeister der Landgemeinde erklärte jedoch, dass er keinen Zentimeter abgeben werde. PAZ

## ALLENSTEINER WELLE

# Radio hält zusammen

Start vor 21 Jahren: Der deutschsprachige Sender bietet Unterhaltung und Informationen für die Deutsche Minderheit

Viele deutsche Gesellschaften im südlichen Ostpreußen wurden und werden 30 Jahre alt. Im April 2021 gab es auch für die Radiosendung für die Deutsche Minderheit in der Woiwodschaft Ermland-Masuren „Allensteiner Welle“ ein Jubiläum: Sie wurde 20. Gefeiert wurde jedoch (noch) nicht.

Es hörte sich vor 21 Jahren wie ein Apfelscherz an; die Mitglieder der Deutschen Minderheit wollten es erst nicht so recht glauben. Im Rückblick lässt sich aber feststellen: Der 1. April 2001 war ein Meilenstein für den Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren VdGEM. Damals ging die „Allensteiner Welle“ zum ersten Mal auf Sendung, um 18.05 Uhr, 15 Minuten lang und zweisprachig moderiert. Thema war ein Theaterstück zu Don Quijote, das auf Deutsch im Allensteiner Stefan-Jaracz-Theater gastierte.

Es war ein eifriges und gut vorbereitetes Team unter Leitung von Arkadiusz Luba, mit dem damals die Sendung gestal-

tet wurde. Viele Mitarbeiter kamen und gingen im Lauf der Jahre, die Sendung wuchs auf 25 Minuten und wurde auf 20.05 Uhr verschoben.

Geblieden ist die Struktur der „Allensteiner Welle“: ein kurzer Nachrichtenblock am Anfang, danach Beiträge, Interviews, Berichte und Feuilletons, einmal im Monat ein Wunschkonzert am Ende der Sendung. Der thematische Schwerpunkt liegt auf Ereignissen bei der regionalen Deutschen Minderheit und Themen, die sie betreffen. Dazu kommen deutsch-polnische Fragen, Themen zur deutschen Sprache und Kultur sowie Berichte zu aktuellen Anlässen.

„Im Moment können wir wenig aus den Gesellschaften der Deutschen Minderheit präsentieren“, bedauert die leitende Redakteurin Anna Przywoźna, die von Anfang an bei der „Allensteiner Welle“ dabei ist, „nachdem die Einschränkungen zur Pandemie gelockert wurden, geht ihre Aktivität erst langsam wieder los.“ Momentan sind sie sehr aktiv in der Hilfe

für die Ukrainer, haben schnell reagiert, denn die Mitglieder der deutschen und der ukrainischen Volksgruppe in der Region kennen sich in vielen Orten sehr gut.

Dabei sind das Coronavirus und der Krieg in der Ukraine nicht die einzigen Faktoren, die Einfluss auf die Radiosendung nahmen. Die Verschiebung der Sen-

dezeit änderte die Hörerstruktur, und die Digitalisierung das Radio als solches. Die Sendungen sind übers Internet zu empfangen, und es gibt eine Seite der Medien der Deutschen Minderheit in der Republik Polen mit Hinweisen zur „Allensteiner Welle“. Um junge Menschen für das Medium Radio und eine Mitarbeit zu begeistern, gab es zuletzt in Zusammenarbeit mit der aktuellen Kulturmanagerin des Instituts für Auslandsbeziehungen IfA in der Region, Julia Herzog, ein Seminar für Sprechern im Radio.

„Das Radio ist gerade in diesen schwierigen Zeiten wichtig für unseren Zusammenhalt. Wichtig sind daher auch Rückmeldungen der Hörer zu unserer Sendung“, so der Vorsitzende des VdGEM Henryk Hoch, „für das Team zur Gestaltung der Sendung und für unsere Geldgeber, allen voran das IfA.“

Hören kann man die „Allensteiner Welle“ sonntags um 20.05 Uhr bei Radio Olsztyn oder auf [www.ro.com.pl](http://www.ro.com.pl).



Im Tonstudio: Die Sendung wird eingespielt

Foto: U.H.

Uwe Hahnkamp



**Rogowsky, Margot**, geb. **Remscheidt**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 10. April

#### ZUM 96. GEBURTSTAG

**Dettmann, Hans**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. April  
**Kintscher, Ursel**, geb. **Schneider**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 14. April

**Scharnweber, Gertrud**, geb. **Waldeck**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 9. April  
**Schau, Rosemarie**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 12, am 13. April  
**Spieß, Georg, E.**, aus Lyck, Lycker Garten 13, am 10. April  
**Zoellner, Sidonie**, geb. **Fink**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 12. April

#### ZUM 92. GEBURTSTAG

**Barske, Käthe**, geb. **Sand**, aus Treuburg, am 10. April  
**Beyer, Heinz-Werner**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 10. April  
**Bogdahn, Ursula**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 8. April  
**Donde, Ingeborg**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. April  
**Färber, Herta**, geb. **Artischewski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 14. April  
**Gassewitz, Martin**, aus Lyck, Freystraße 10, am 10. April  
**Gedenk, Günter**, aus Tannenhöhe, Kreis Elchniederung, am 9. April  
**Hesse, Hildegard**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April  
**Kowalzik Alfred**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. April  
**Löbert, Konrad**, aus Horn, Kreis Mohrunen, am 12. April  
**Mikoteit, Gerhard**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. April  
**Niksa, Anna**, geb. **Zielitzki**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 6. April  
**Pawelzick, Herbert**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. April  
**Pruß, Hans**, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 13. April  
**Scharnowski, Werner**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 11. April  
**Schulze, Magdalena**, geb. **Zachrau**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April  
**Seinwill, Herbert**, aus Narwikau, Kreis Ebenrode, am 12. April  
**Trilat, Liselotte**, geb. **Lottermoser**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 12. April  
**Ungermann, Herta**, geb. **Schwiderowski**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 8. April  
**Wieck, Annemarie**, geb. **Brenneisen**, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 10. April

#### ZUM 95. GEBURTSTAG

**Günther, Erika**, geb. **Bangel**, aus Neidenburg, am 14. April  
**Lenz, Irmgard**, geb. **Schade**, aus Loppönnen, Kreis Fischhausen, am 14. April  
**Rohde, Edelgard**, geb. **Lendle**, aus Neidenburg, am 10. April  
**Rüppel, Lieselotte**, aus Treuburg, am 13. April  
**Schmidt, Gertrud**, aus Renkussen, Kreis Lyck, am 12. April  
**Schulz, Werner**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 95, am 13. April  
**Ziebell, Herta**, geb. **Jenzewski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. April

#### ZUM 94. GEBURTSTAG

**Adermann, Eva**, geb. **Ruge**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. April  
**Juse, Charlotte**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 5. April  
**Kniest, Ruth**, geb. **Joswig**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 9. April  
**Stiebel, Heinrich**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

#### ZUM 93. GEBURTSTAG

**Förster, Lucie**, geb. **Becker**, aus Tischken, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. April  
**Gäth, Rosemarie**, geb. **Henseleit**, aus Wehlau, am 13. April  
**Herrmann, Hans**, aus Horn, Kreis Mohrunen, am 14. April  
**Holzhausen, Käthe**, geb. **Sbrzesny**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 10. April  
**Köhler, Lieselotte**, geb. **Sado**, aus Lindenwiese, Kreis Lötzen, am 8. April  
**Kulschewski, Reinhold**, aus Milucken, Kreis Lyck, am 13. April  
**Rohloff, Irmgard**, geb. **Gumz**, aus Wehlau, am 9. April

#### ZUM 103. GEBURTSTAG

**Buttkus, Otto**, aus Rückenfeld, Kreis Elchniederung, am 8. April

#### ZUM 100. GEBURTSTAG

**Mildner, Ruth**, geb. **Gonschorrek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 9. April

#### ZUM 99. GEBURTSTAG

**Bludau, Erika**, aus Lyck, am 14. April  
**Hübner, Frieda**, geb. **Tanski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. April  
**Kirschbacher, Paul**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 12. April  
**Krohn, Ellinor**, geb. **Hinz**, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 8. April  
**Macheit, Gisela**, geb. **Rose**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 10. April

#### ZUM 98. GEBURTSTAG

**Borutta, Gerhard**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, und aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. April  
**Breitmoser, Robert**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 13. April  
**Lindemann, Karl Wilhelm**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 10. April  
**Rasch, Helga**, geb. **Kaminski**, aus Lötzen, am 8. April

#### ZUM 97. GEBURTSTAG

**Dittrich, Gerda**, geb. **Kluck**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 11. April  
**Dronsek, Herbert**, aus Hennenberg, Kreis Lyck, am 8. April  
**Klein, Reinhold**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. April  
**Mitzig, Eleonore**, aus Lyck, am 13. April  
**Pille, Hedwig**, geb. **Nientkewitz**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. April

## Wir gratulieren...

**Wunderlich, Helene**, geb. **Nürnberg**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 11. April  
**Zander, Gertraud**, geb. **Gruszla**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 12. April

#### ZUM 91. GEBURTSTAG

**Gusek, Rudolf**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 3. April  
**Lischke, Doris**, geb. **Mattukat**, aus Fuchsberg, Kreis Fischhausen, am 8. April  
**Lowalewski, Erwin**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 14. April  
**Ludwig, Eva**, geb. **Link**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 13. April  
**Mirkens, Charlotte**, geb. **Pohl**, aus Mohrunen, am 8. April  
**Preuß, Eva**, geb. **Schulz**, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, am 13. April  
**Reetz, Adelheid**, geb. **Pentzek**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 11. April  
**Reiß, Frieda**, geb. **Rogowski**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 8. April  
**Schneemann, Waltraud**, geb. **Nikias**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 3. April  
**Vogelgesang, Arno**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April  
**Wagner, Lydia**, geb. **Goy**, aus Weissensee, Kreis Wehlau, am 11. April  
**Wetzelt, Hildegard**, geb. **Nitzkowski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 12. April

#### ZUM 90. GEBURTSTAG

**Beermann, Gerhard**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 111, am 13. April  
**Brodock, Else**, geb. **Wilamowski**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. April  
**Danowski, Kurt**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 8. April  
**Dost, Paul**, aus Jäskendorf, Kreis Mohrunen, am 10. April  
**Flügel, Waltraud**, geb. **Wischn**, aus Metgethen, Kreis Fischhausen, am 9. April  
**Gröbert, Brigitte**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. April  
**Grönke, Egon**, aus Reichau, Kreis Mohrunen, am 9. April  
**Jennert, Dora**, geb. **Thiel**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 11. April  
**Jeroch, Siegfried**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 12. April  
**Jurr, Gertrud**, geb. **Barth**, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, am 13. April  
**Krüger, Ursula**, geb. **Masuch**, KG Wehlau, am 13. April

**Kupski, Helmut**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 7. April  
**Pinger, Josef**, aus Wehlau, am 8. April  
**Rehbein, Waltraut**, geb. **Schedwill**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 12. April  
**Urban, Max**, aus Rudlauken/Ossa-furt, Kreis Insterburg, am 11. April  
**Ventker, Hanna**, geb. **Zens**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April  
**Willemsen, Gerda**, geb. **Klatt**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 14. April  
**Ziemens, Hertha**, geb. **Korallus**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. April

#### ZUM 85. GEBURTSTAG

**Altenkirch, Helga**, geb. **Szameit**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 10. April  
**Brozio, Dietmar**, aus Duneiken, Kreis Goldap, am 12. April  
**Hampe, Ingrid**, geb. **Graetsch**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 13. April  
**Kamen, Helgard**, geb. **Jelinski**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 8. April  
**Krawelitzki, Gerhard**, aus Lyck, am 8. April  
**Lindenau, Ulrich**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 9. April  
**Lutz, Irmgard**, geb. **Ketelhut**, aus Romeiken, Kreis Ebenrode, am 9. April  
**Milewski, Hannelore**, geb. **Radoch**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 8. April  
**Pape, Hannelore**, geb. **Zielinski**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 10. April  
**Roth, Edith**, geb. **Pogodda**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 8. April  
**Sadowski, Ingeborg**, geb. **Nickel**, aus Stenzeln, Kreis Lötzen, am 9. April  
**Schmeier, Lieselotte**, geb. **Ernst**, aus Wehlau, am 11. April  
**Schumann, Gerda**, geb. **Symanski**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, und aus Lyck, am 12. April  
**Stückemann, Günter**, aus Mote-rau, Kreis Wehlau, am 14. April  
**Weinreich, Mechthild**, geb. **Bockhorn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. April  
**Zielasko, Renate**, geb. **Winkler**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 12. April

#### ZUM 80. GEBURTSTAG

**Bäumler, Margarete**, geb. **Finner**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 10. April  
**Bernotat, Erwin**, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 12. April

ANZEIGE

### Wendelin Schlosser „Kulturrevolution – Hass auf das Normale“

Die Deutschen kommen nicht mit dem Selbsthass zur Welt, sondern sie werden von Hasspredigern zum Selbsthass erzogen. Die vom Selbsthass zerfressenen Deutschen marschieren mit gefalteten Händen und geschlossenen Goschen dem Abgrund entgegen.

ISBN: 978-3-8372-2443-6  
2021, 262 S., 19,80 €

August von Goethe Literaturverlag

**Dabrowski, Margot**, geb. **Kerstanz**, aus Reichau, Kreis Mohrunen, am 13. April  
**Diedrichs, Brigitte**, geb. **Wiesner**, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 14. April  
**Flaskamp, Heidelinde**, geb. **Masannek**, aus Grabnick, Kreis Neidenburg und Kreis Lyck, am 10. April  
**Kulschewski, Dieter**, aus Lyck, Blücherstraße 20, am 13. April  
**Pott, Peter**, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 9. April  
**Weiß, Gerhard**, aus Fischhausen, am 13. April

#### ZUM 75. GEBURTSTAG

**Pira, Wolfgang**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 8. April  
**Tiedtke, Hans-Joachim**, aus Tapi-au, Kreis Wehlau, am 10. April  
**Windler, Ingrid**, geb. **Scheltner**, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 13. April

ANZEIGE

Wirken Sie mit an  
der Stiftung  
»Zukunft für  
Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank  
IBAN: DE55 7203 0014 1001 8349 83  
BIC: FUKDDE33

### Hinweis

**Alle auf den Seiten  
„Glückwünsche“ und  
„Heimat“** abgedruckten  
Glückwünsche, Berichte  
und Ankündigungen werden  
auch ins Internet gestellt.  
Der Veröffentlichung können  
Sie jederzeit widersprechen.  
Landsmannschaft Ostpreußen  
e.V., Buchstraße 4,  
22087 Hamburg,  
E-Mail: info@ostpreussen.de

### Zusendungen für die Ausgabe 16/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 16/2022 (Erstverkaufstag 22. April) **bis spätestens Dienstag, den 12. April**, an die Redaktion der PAZ:  
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:  
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

### Kontakt

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

### Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

### Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

**22. bis 24. April:** Kulturseminar in Helmstedt  
**23. und 24. April:** Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburger)  
**11. Juni:** Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg  
**25. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)  
**1. bis 3. Juli:** 8. Sommerolympiade in Heilsberg  
**23. bis 25. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt

**24. September:** 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin  
**7. bis 9. Oktober:** 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg  
**10. bis 16. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt  
**4. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**5. und 6. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
**5. bis 8. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt  
**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Sachsen**  
**Vorsitzender:** Alexander Schulz,  
 Willy-Reinl-Straße 2, 09116  
 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-  
 agentur@gmx.de, Telefon (0371)  
 301616

**BdV-Kreisverband**  
**Dresden** – Mittwoch, 13. April,  
 14 Uhr, BdV-Geschäftsstelle, Ling-  
 nerallee 3, 01069 Dresden: Kaffee-  
 runde mit Vortrag „Die Heimat  
 meiner Vorfahren“ vom Memellän-  
 der Dietmar Daßinnies.



**Memel-Stadt/Land**  
**Kreisvertreter:** Uwe Jurgsties,  
 Kirschblütenstraße 13, 68542 Hed-  
 desnheim, Telefon (06203) 43229,  
 Mobil: (0174) 9508566, E-Mail:  
 uwe.jurgsties@gmx.de.  
**Gst. für alle Memellandkreise:**  
 Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße  
 13, 68542 Heddeshheim

**Der Faden der Geduld**  
 Zur Frage, warum es denn nun noch  
 einen „Deutschen Kulturverein Mem-  
 mel“ zum „Verein der Deutschen in  
 Klaipėda“ gibt.

Nun ist das so ein Ding mit Neu-  
 ankömmlingen, die in ein einge-  
 spieltes Milieu hineinkommen. Es  
 stellt sich die Frage, wie integriert  
 man diese Menschen in das vorhan-  
 dene System oder lässt man sie au-  
 ßen vor, und sie können oder sollen  
 dann ihre eigene Gemeinschaft bil-  
 den, in etwa wie die Situation, als  
 die Memelländer im Krieg flüchte-  
 ten und in Deutschland integriert  
 werden mussten. Leider hat sich  
 aber das Verhalten der Menschen  
 über die Zeiten nicht geändert, wie  
 damals gibt es eben auch heute Pro-  
 bleme, Fremde oder Neuankömmlin-  
 ge in eine Gemeinschaft zu inte-  
 grieren. Seien es die Memelländer  
 nach 1945, in dem, was von Deutsch-  
 land übrig blieb oder 2015 die



**Kultur-  
 zentrum  
 Ostpreußen**  
**40 Jahre Kulturzentrum  
 Ostpreußen in Ellingen-**  
 Die Jubiläumsdokumentati-  
 on berichtet über die vielfäl-  
 tigen Veranstaltungen und  
 sonstigen Aktivitäten des  
 Kulturzentrums Ostpreußen  
 im Lauf der letzten 40 Jahre  
 und ist noch bis Ende Au-  
 gust 2022 zu sehen. Diese  
 Dokumentation ist auch als  
 48-seitige Broschüre zum  
 Preis von 5 Euro zuzüglich  
 Porto zu erwerben unter Te-  
 lefon (09141) 86440 oder  
 per E-Mail: service@kultur-  
 zentrum-ostpreussen.de

Flüchtlinge aus dem Nahen Osten,  
 über die aktuellen, sich noch entwi-  
 ckelnden Probleme in Bezug auf die  
 Ukraine will ich noch gar nicht  
 sprechen. Alle diese Menschen ha-  
 ben die Erfahrung machen müssen,  
 wie schwer es ist von den „Altein-  
 gewesenen“ akzeptiert zu werden,  
 wenn nicht Offenheit, Verständnis  
 sowie Mut und der Wille zur Ver-  
 änderung vorhanden sind.

Warum nun ein solch philoso-  
 phisch-historischer Anfang? Wir  
 leben in Zeiten großer Veränderun-  
 gen und das nicht nur im großen  
 oder internationalen Maßstab, son-  
 dern auch in unserem aller alltäg-  
 lichen Leben. Vieles, was wir über  
 lange Zeiten als selbstverständlich  
 und normal angesehen haben, ver-  
 geht und macht Neuem Platz. Über  
 Jahrzehnte war der Verein der  
 Deutschen in Klaipėda Anlaufstelle  
 für Memelländer und Gäste aus  
 Deutschland. Doch wie man so  
 hört, gibt es seit Oktober 2021 einen  
 weiteren deutschen Verein in Klein  
 Litauen, auch Memelland genannt.  
 „Um Gottes Willen“, wird mancher  
 jetzt denken, noch ein Verein, wo  
 wir doch eh schon so wenige sind.  
 Geschlossenheit tut Not, um das,  
 was von deutscher Kultur und Ge-

schichte übrig ist, noch zu erhalten.  
 „Wohl wahr“, wird da mancher an-  
 worten, aber damit kommen wir  
 wieder zu den Schwierigkeiten von  
 Neuankömmlingen, wie sie oben  
 genannt wurden. Wie würden Sie  
 reagieren, egal ob hierhergezogen  
 wegen Arbeit oder verheiratet mit  
 Einheimischen oder als Rentner  
 hier lebend, weil es günstiger und  
 ruhiger ist, wie also würden Sie re-  
 agieren, wenn man Ihnen gegen-  
 über als Neumitglied des Vereins  
 sagt: „Nur wir sind die wahren Mem-  
 elländer. Mit solchen Deutschen  
 (wie Euch) wollen wir nichts zu tun  
 haben!“ Kopfschütteln? Ungläubig-  
 keit? Genau das aber war die Aus-  
 sage des Vorsitzenden des Vereins  
 der Deutschen in Klaipėda Klaus  
 Peter Grudzinskas in der Hauptmit-  
 gliederversammlung am 17. Juli  
 2021, gerichtet an die „Neumemel-  
 länder“ im Verein. Es sollte eigent-  
 lich der „Verein der Deutschen“  
 sein und das schließt alle Deut-  
 schen ein, nicht nur im Memelland  
 Geborene. Genau das ist aber nicht  
 erwünscht. Man hat diesen Fehler  
 schon „erkannt“ und möchte den  
 Verein deshalb umbenennen in  
 „Verein der Memelländer“ ohne je-  
 den Hinweis auf die Deutschen.  
 Was würden Sie sagen, wenn Vor-  
 standsmitglieder und Mitarbeiter  
 des Vereins sich auf die Liste der  
 „Bruderhilfe“ setzen, obwohl die  
 Gelder laut Richtlinie nur an be-  
 dürftige Personen ausbezahlt wer-  
 den dürfen; und noch dreister sogar  
 bereits verstorbene Landsleute auf  
 die Liste setzen und sich dieses

Geld auszahlen lassen? Wieder  
 Kopfschütteln und Ungläubigkeit  
 oder schon so langsam Ärger? Es ist  
 immerhin Geld, das von Spendern  
 und aus Steuermitteln aus Deutsch-  
 land bezahlt wird. Und was würden  
 Sie sagen, wenn die Angestellten  
 des Simon-Dach-Hauses während  
 ihrer Arbeitszeit, die immerhin von  
 Steuer-, Spenden- und Mitglieds-  
 geldern bezahlt werden, Privat-  
 angelegenheiten nachgehen, seien es  
 von anderen Reisegruppen bezahlte  
 Stadtführungen, Privatreisen nach  
 Wilna, um Pässe verlängern zu las-  
 sen, ein Fahrzeug mieten unter dem  
 Vorwand, Weihnachtspakete auszu-  
 fahren, wo es das eigene Auto auch  
 getan hätte und man sich doch nur  
 den Treibstoff hätte bezahlen las-  
 sen können (es wird die Deutsche  
 Botschaft sicherlich freuen zu hö-  
 ren, dass bis heute, 15 Monate nach  
 Überweisung der Finanzen bei ei-  
 nem Drittel der gekauften Pakete  
 nicht klar ist, wo diese fünfzehnhundert  
 abgeblieben sind), und dass Rech-  
 nungen gestellt werden für Leistun-  
 gen, die nie erbracht wurden.

Nun, als in Deutschland „trai-  
 niertes“ Mitglied in Parteien und  
 Vereinen wird man dann natürlich  
 stutzig und fängt an, Fragen zu stel-  
 len. Aber das ist nicht erwünscht,  
 denn genau das stört den altherge-  
 brachten Lauf der Dinge und ver-  
 langt Veränderungen. Gut, dass we-  
 nigstens der Vorstand des Vereins  
 fest in der Hand der „rechtgläubigen“  
 Verteidiger der alten Ordnung  
 ist und das Statut des Vereins so  
 viele Gummiparagraphen enthält,



Ausbildungsschiff unter Segel: Blick auf Memel Foto: Shutterstock

ANZEIGE

**Nachruf**

Das, was ich für dich war,  
 bin ich immer noch.  
 Ich bin nicht weit weg,  
 nur auf der anderen Seite des Weges.

Meine über alles geliebte Mutti

## Edith Gödeke

geb. Arwinski  
 \* 10. Juni 1925 † 15. Februar 2022  
 Rastenburg/Ostpreußen Hannover

hat ihren Lebensweg beendet.

Nachdem sie im Januar 1945, zusammen mit ihrer geliebten Zwillingsschwester Elli, über das Frische Haff fliehen konnte, baute sie sich zunächst in Lippe/Westfalen und später in Hannover ein neues Leben und eine eigene Familie auf. Aber die Erinnerung an glückliche Kinder- und Jugentage in ihrer Heimat Ostpreußen trug sie immer im Herzen. Auch vergaß sie nie ihren Freund Kurt Brewitz aus Rosengarten, geb. am 2.1.1923, der im November 1941 in Russland fiel.

Über das Ostpreußenblatt fand sie nach dem Krieg Verwandte und ehemalige Kolleginnen des Arbeitsamtes wieder, ab 1986 erfreuten sie mehrere Fahrten zu den alten, geliebten Orten in Masuren. Als ihrer Tochter gab sie mir die Liebe zu diesem wunderbaren Stückchen Erde weiter.

Nun wurde sie von den mit großer Geduld und Zuversicht ertragenen Mühen ihres hohen Alters erlöst.

Danke, dass es Dich gab. Danke für all Deine Liebe und Fürsorge.  
**Jutta Gödeke**

mit denen man jegliche Kritik zum  
 Verstummen bringen und Kritiker  
 aus dem Verein entfernen kann.  
 Wenn Sie es nicht glauben, fragen  
 Sie Stefan Elbert, ordentlich ge-  
 wähltes Vorstandsmitglied des Ver-  
 eins oder den Autor dieser Zeilen,  
 rausgeschmissen, weil beide Maß-  
 stäbe aufdeckten und auch anspra-  
 chen und somit „schlecht gegen  
 den Verein geredet haben“. Oder  
 fragen Sie Uwe Jurgsties und Gert  
 Baltzer, altgediente und verdienst-  
 volle Mitglieder des Vereins, die  
 sich vergeblich um Schlichtung des  
 Streits zwischen Neu- und Altmit-  
 gliedern bemüht haben. Abgespeist  
 mit schönen Reden mussten sie er-  
 leben, wie die Spannungen seitens  
 einer kleinen Gruppe in der Vor-  
 standschaft letztlich nur verschärft  
 wurden und eine einvernehmliche  
 Lösung unmöglich gemacht wurde.  
 Wenn nun also auf demokratischem  
 Weg keine Veränderung möglich ist,  
 Regeln (und ein Statut ist genau  
 das), auf deren Grundlage man sich  
 einigen könnte, von einer Seite

ständig zum eigenen Nutzen geän-  
 dert werden, dann kann es keine  
 Übereinkunft geben. Und wo keine  
 Verständigung mehr möglich ist,  
 dann muss man sich eben trennen  
 und eigene Wege gehen.

Nun gibt es also als weiteren  
 Verein den „Deutschen Kulturver-  
 ein Memel“ mit inzwischen 45 Mit-  
 gliedern. Ob und wie er sich entwi-  
 ckeln wird, hängt von der Mitarbeit  
 und Willenskraft seiner Mitglieder  
 ab und von der Fähigkeit, auf demo-  
 kratischer Grundlage miteinander  
 umzugehen. Sie sind herzlich ein-  
 geladen, dabei mitzuhelfen.

*Heiko Roland Kressin,  
 Vorsitzender „Deutscher  
 Kulturverein Memel“*

**Nicht mehr allein**  
 Die interkulturelle Gemeinde in  
 Memel wurde um einen weiteren

**Fortsetzung auf Seite 17**

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis  
 von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als  
 Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung  
 für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ  
 im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.  
 Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu  
 auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
 Bank: \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

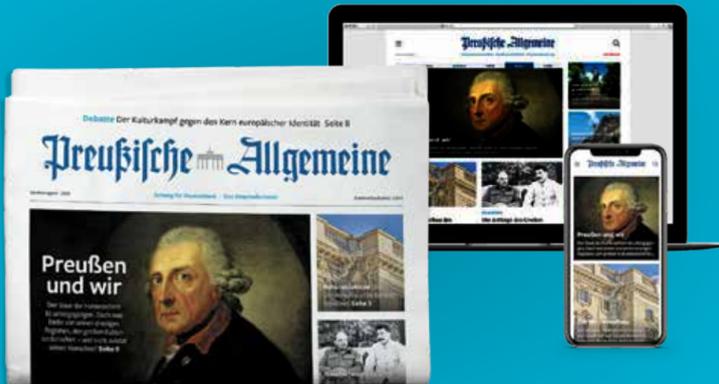
**Bitte einsenden an:**  
 Preußische Allgemeine Zeitung  
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-02-C



**Abonnieren Sie die PAZ**  
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro  
 Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

VEREINIGTE LANDSMANNSCHAFTEN FLENSBURG E.V.

Juden in Flensburg der letzten 100 Jahre

Gershom ben Abraham Jessen, Geschäftsführer der jüdischen Gemeinde Flensburg, als Referent bei der VLM FL

Wie vorgesehen hörten wir am 15. März nach der Kaffeetafel den avisierten Vortrag über jüdisches Leben in Flensburg...

Jessen, selbst Sohn eines christlichen Vaters und einer jüdischen Mutter und daher, es geht stets nach der Mutter, ein Jude, könne nicht, wie er erläuterte, über 3000 Jahre Judentum bis zum heutigen Jahr 5782...

Emil Löwenthal

In Flensburg gab es nie eine jüdische Gemeinde, die eine Kirche und einen Friedhof voraussetzt, allerdings von 1840 bis 1937 eine jüdische Gemeinschaft...

gen zur dänischen Minderheit; sie residierte im Flensborghus gegenüber seinem Geschäft.

Diese Kontakte entwickelten sich so gut, dass die dänische Minderheit der jüdischen Gemeinschaft Räumlichkeiten für das Gemeinschaftsleben sowie als Betraum zur Verfügung stellte...

Das Leben der Juden in Flensburg verlief zunächst überwiegend problemlos, allerdings gab es immer wieder antisemitische Aktionen und auch die Sparkasse Satrup schloss sich bereits früh...

Da die jüdischen Schüler und Auszubildenden von den Ausbildungseinrichtungen verwiesen oder aus ihren Beschäftigungsverhältnissen entlassen wurden, hatte die wenigstens bis 1933 sehr gut in Flensburg integrierte jüdische Familie Wolff Gut Jägerslust im heu-

tigen Stiftungsland im Westen Flensburgs gekauft, ausgebaut und in eine Kibbuz-ähnliche Ausbildungsstätte umgewandelt...

1937 gab es in Flensburg 43 Menschen jüdischen Glaubens, von denen nur einer überlebte.

Die letzte Jüdin Flensburgs bis Kriegsende war Juliane Waak, geb. Kauder, die als Tochter jüdischer Eltern mit einem Christen verheiratet war...

denstempel; Auflage, sich wöchentlich bei der Gestapo zu melden und dergleichen mehr...

Die letzte Jüdin in Flensburg

Unmittelbar nach dem Kriege wurde ein kleines Büro für die letzten versprengten Juden eingerichtet, sonst gab es bis in die 1990er Jahre kein jüdisches Leben in Flensburg...

Franzosen, Balten und als stärkste Fraktion mit etwa 40 Mitgliedern Ukrainern, Russen und andere Personen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion...

Jüdische Gemeinden unterteilen sich in liberale, orthodoxe und andere, in Schleswig-Holstein gibt es drei orthodoxe und fünf liberale Gemeinden...

Dem mit viel Applaus bedachten Vortrag schloss sich eine lebhaft Diskussion an, die zeigte, dass das Wissen um den jüdischen Glauben und über die jüdischen Mitbürger doch recht gering war.

Der Vorsitzende dankte den Referenten, übergab einen edlen Tropfen zur „Nachbereitung“ und äußerte die Hoffnung, dass Gershom b. A. Jessen zu einem weiteren Vortrag bereit wäre...

nicht, dafür wären die Kosten von monatlich rund 10.000 Euro nicht zu bewältigen. Da dies auch für andere Gemeinden zutrifft, gibt es in Deutschlands ein System, über das Rabbiner gebucht, also ausgeliehen werden können...

Nahezu kein Antisemitismus

Inzwischen ist die jüdische Gemeinde ein kleiner, aber anerkannter Teil Flensburgs und des Umlandes und in das gemeinschaftliche Leben sehr gut integriert...

Der Vorsitzende dankte den Referenten, übergab einen edlen Tropfen zur „Nachbereitung“ und äußerte die Hoffnung, dass Gershom b. A. Jessen zu einem weiteren Vortrag bereit wäre...

Der Nachmittag schloss mit dem Ostpreußen- wie Pommernliedes, welche wir erstmals seit langer Zeit wieder singen konnten. Michael Weber

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small grid labeled 'So ist's richtig:' and a 'Magisch' section with a diamond-shaped grid.

Schüttelrätsel

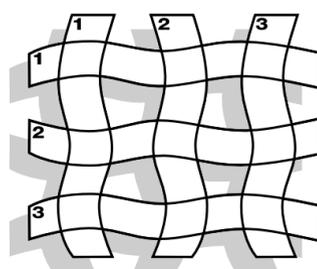
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern...

Table for Schüttelrätsel with columns labeled AADE FLMP, ADIL, AAPST, AEFS, ADMTU, FRTU, EEST, EHLO, AAIST, OSU, ADDE IM, EFHR TU, EET.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für einen Ara.

Table for Mittelworträtsel with 7 rows and 7 columns. Words listed include HOLZ, TIGER, SPORT, GRUND, SIGNAL, BLUT, NETTO, WITZ, HIEB, LEITER, GUT, MAST, REICH, KREUZ.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Kochgerät
2 Raute, Parallelogramm
3 Schwimmer

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

deutschen Verein ergänzt, der erst kürzlich gegründet wurde: Deutscher Kulturverein Memel.

„Es ist sehr erfreulich, wenn Menschen mit der Initiative kommen, ihre Kultur zu verbreiten und zu pflegen. Wir unterstützen alle solche Initiativen, denn wir sind reich daran – reich an unseren Kulturen, Jelena Butkeviciene Direktorin des Zentrums für nationale Kulturen, wünschte dem neuen Verein unter anderem die Umsetzung schöner und erfolgreicher Ideen und die nachhaltige Integration in die interkulturelle Gemeinschaft.“

Der Vorsitzende des Deutschen Kulturvereins Memel Heiko Roland Kressin, in Begleitung seines Stellvertreters Stefan Richard Elbert, unterzeichnete heute einen Kooperationsvertrag mit dem Zentrum für nationale Kulturen in Memel. Nach Angaben des Ersten Vorsitzenden vereint der neue Verein bereits nach kurzer Zeit über 45 Mitglieder, die begeistert die Idee des Zusammenkommens zum Erhalt der deutschen Sprache und Kultur mittragen. Zu den Mitgliedern gehören deutsche Staatsan-

gehörige, die in die Region Memel gezogen sind, sowie Deutschstämmige und Litauer, die die deutsche Sprache und Kultur besser kennenlernen möchten. Die Ziele der Gemeinschaft sind die Pflege der Kultur, Geschichte und Traditionen des deutschen Volkes und Gedenken an traditionelle Feiertage.

Herzlichen Glückwunsch an den neuen Verein! Jelena Butkeviciene Direktorin des Zentrums für nationale Kulturen

Treffen der Memelländer

N.N. – Dienstag, 12. April: Monattreffen. Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

Karkelbeck – Donnerstag, 14. April, Besucherzentrum Nationalpark: Osterfeier bemalen am Gründonnerstag.

Karkelbeck – Montag, 18. April, Besucherzentrum Nationalpark: Osterspaziergang mit Kaffeetrinken. Nähere Informationen erhalten Sie beim Ersten Vorsitzenden Heiko Kressin unter Telefon (0037) 06 7552084.

Berliner Memellandgruppe

Zahlreiche Mitglieder folgten wieder der Einladung zum Frühlingstreffen am 15. März in das bekannte Restaurant Ännchen von Tharau in Berlins Mitte.

Nach der allgemeinen Begrüßung und Überbringung landmannschaftlicher Grüße aus Memel vom dortigen Vereinsvorsitzenden Klaus Peter Paul Grundzinskas, stärkten sich alle Teilnehmer mit einem gemeinsamen leckeren Mit-

tagstisch. Im Mittelpunkt standen wie angekündigt diesmal unter anderem vor allem zwei Themen: das Verhalten des Bundesvorstandes der AdM zum Deutschen Verein in Memel und der aktuelle Stand über den Wiederaufbau der Johanniskirche. Auch die Aktivitäten des Deutschen Vereins in Klaipėda/Memel, die Feierlichkeiten in Memel anlässlich des 770-jährigen Stadtjubiläums, das Ostpreußentreffen in Wolfsburg und nicht zuletzt die Ängste in Litauen seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine waren Gegenstand des ersten Treffens in diesem Jahr. Schon beim letzten vorweihnachtlichen Treffen am 15. Dezember wurde das Verhalten des AdM-Vorstandes gegenüber dem Verein der Deutschen in Klaipėda/Memel kritisch diskutiert. So war es in kurzer Zeit möglich, dass sich die Versammelten auch auf eine gemeinsame Stellungnahme zu dieser Auseinandersetzung einigen konnten, die mit überwältigender Mehrheit verabschiedet werden konnte.

In dieser Berliner Erklärung heißt es: „Die Berliner Memellandgruppe distanziert sich vom Vorstandsbeschluss der AdM vom 4.11.2021, die Zusammenarbeit mit dem Verein der Deutschen in Memel aufzukündigen. Der unvollständig abgedruckte Beschluss im Memeler Dampfboot (MD Nr.11/2021) macht deutlich, dass der AdM-Vorstand die Absicht verfolgt, den Deutschen Verein zu dominieren. Diese Absicht wird deutlich mit dem Zusatz:

„Sollte sich in absehbarer Zeit eine Änderung bei der Besetzung der Vorstandsmitglieder und des

Leiters Arnold Piklaps (des Simon Dach Hauses) ergeben, wären wir zu einem Neuanfang bereit.“

Der AdM-Vorstand ist also offenkundig nicht bereit, den Verein der Deutschen in Klaipėda/Memel als eigenständige und gleichberechtigte memelländische Gruppe in Litauen anzuerkennen.“

Die Berliner Memellandgruppe wird dagegen die bisherige erfolgreiche partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Verein der Deutschen in Klaipėda/Memel auch in Zukunft fortsetzen.“

Die aktuelle Entwicklung in der Ukraine bewegte auch alle Anwe-

senden. Müller berichtete über die derzeitige Stimmung und Besorgnisse der Bürger in Memel und in Litauen. Unser Partnerverein beteiligte sich aktiv an einer Solidaritätsveranstaltung für die Ukraine, die Ansprache hielt die bewährte Kulturmanagerin des Deutschen Vereins, Rasa Müller.

Da nicht alle Anwesenden den aktuellen Bericht in der Preußischen Allgemeinen Zeitung über den Stand vom Wiederaufbau der St. Johanniskirche kannten, erhielten alle Teilnehmer eine Kopie des Artikels, der noch näher erläutert wurde. Mit großer Freude wurden die bekann-

ten Planungen zur Kenntnis genommen. So war nicht verwunderlich, dass die Bereitschaft auch einen finanziellen Beitrag zu leisten in unserer Gruppe groß war: Schließlich wurden auch noch einige Mitglieder der Berliner Gruppe in der Johanniskirche getauft. Müller ermutigte die reisefreudigen Mitglieder nicht nur zum Ostpreußentreffen nach Wolfsburg am 11. Juni zu fahren, sondern auch unbedingt Memel im Jubiläumsjahr zu besuchen. Im zweiten Teil unseres Treffens gab es dann ausreichend Gelegenheit zum Plachandern.

Hans-Jürgen Müller



Memeler Post Foto: shutterstock

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022  
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

# Jahrestreffen

## der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

**CongressPark Wolfsburg**  
**Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg**  
**(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)**

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Ostpreußisches Landesmuseum

„Der Elch – Klischee und Wirklichkeit eines Symboltiers“, 9. April bis 16. Oktober, Ausstellungseröffnung: Freitag, 8. April, 18.30 Uhr, Eintritt frei.

Der größte Hirsch der Welt und ein in Europa sehr beliebtes Wildtier – der Elch! In der neuen Sonderausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums erfahren Sie Spannendes zu einem Tier, das zum Symboltier der Ostpreußen wurde. Seine besondere Geweihform, die große Nase, sein staksiger Gang und die Fähigkeit, sich schon in lichter Vegetation fast unsichtbar zu machen, ließen die Menschen eine besondere Beziehung zum Elch entwickeln. Er war Mythos, eine Verbindung zu den Göttern, beliebtes Motiv in der Kunst, aber auch ein wertvolles Reservoir für Nahrung und Gebrauchsgegenstände. Heute werden Elche durchweg positiv gesehen

und zählen zu den am häufigsten in der Werbung eingesetzten Tieren. Die Lebensräume der Elche wurden häufig vom Menschen besiedelt, weshalb sie schon früh aus Mitteleuropa verschwunden sind. Seit einigen Jahren kommen jedoch immer wieder Elche über die Grenzen im Osten und Südosten. Können sie in Deutschland heimisch werden?

Bei der Ausstellungseröffnung am 8. April erwartet Sie ein besonderes Programm mit musikalischer Umrahmung und einem Grußwort der Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Niedersachsen, Barbara Otte-Kinast.

Das weitere Begleitprogramm der Ausstellung umfasst u.a. eine Kuratorenführung im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ am 03. Mai 2022, Vorträge über Tie-

re im Nationalsozialismus und die Rückkehr des Elches, aber auch ein buntes Programm für Familien und Kinder wie einen Besuch im Wildpark Lüneburger Heide. Weitere Informationen zum Begleitprogramm können der Internetseite des Museums entnommen werden: www.ol-ig.de. Bitte beachten Sie unsere Corona-Regeln für einen Museumsbesuch und die Veranstaltungen, Sie finden diese tagesaktuell auf unserer Internetseite. Für unsere Veranstaltungen ist aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.



FOTO: OSTPREÜSSISCHES LANDESMUSEUM

Kulturzentrum Ostpreußen

Königsberg – hören ...

Obwohl das alte Königsberg in den Jahren 1944/45 unterging, ist Ostpreußens Hauptstadt dennoch in der Erinnerung seiner früheren Bewohner und deren Nachkommen erhalten geblieben. Bis zum heutigen Tag ist die Stadt am Pregel Gegenstand vieler Sachbücher, Bildbände, Erinnerungswerke und Forschungsprojekte; kaum ein Bereich, der nicht dokumentiert wurde. Allerdings fehlt es an gesprochenen Erinnerungen, die ein facettenreiches Bild vom Alltagsleben in Königsberg in den 1920er, 30er und 40er Jahren zeichnen.

Für das inzwischen fünfte Zeitzeugenprojekt des Kulturzentrums Ostpreußen sind zahlreiche Interviews mit dort noch geborenen Personen geführt worden. Die interessanten Passagen befinden sich auf den beiliegenden CDs. Sie wurden ergänzt durch kurze Geschichten und Anekdoten, ebenso finden sich dort historische Tonbeispiele aus dem Ostmarken-Rundfunk beziehungsweise dem Reichssender Königsberg.

Königsberg – hören ...

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Dieses Hörbuch inklusive zwei CDs kostet 10 Euro zuzüglich Porto und Verpackung und kann nur direkt im Kulturzentrum Ost-

preußen in Ellingen bestellt werden unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: service@kulturzentrum-ostpreussen.de

ARNO SURMINSKI

# „Jokehnen“ auf Englisch

Der Klassiker des ostpreußischen Schriftstellers in Übersetzung – Elizabeth Hoffbauer schildert ihre Motive

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Das Schaffen des großen Ostpreußen-Schriftstellers Arno Surminski umfasst inzwischen 31 literarische Werke. Alles begann 1974, als sein Erstling „Jokehnen“ erschien, über das er sagt: „Mein Wunsch war es, mit ‚Jokehnen‘ ein Buch zu schreiben, das die Botschaft ‚Nie wieder Krieg, nie wieder Flucht und Vertreibung!‘ unausgesprochen hinausträgt“. Sein damaliger Appell wird besonders in dieser Zeit angesichts von verheerenden Kriegshandlungen vieltausendfach wiederholt. Vielleicht, möchte man mutmaßen, wäre die Botschaft von „Jokehnen“ umfassender verstanden worden, wenn sie in englischer Sprache um die Welt gegangen wäre.

Nun endlich ist es soweit. Elizabeth Hoffbauer aus Norwich hat die Übersetzung vorgelegt (erschienen ist es bereits in schwedischer, russischer und französischer Fassung). Damit kann dem Ostpreußen-Klassiker „ein Schritt in die Herzen der englischsprachigen Jugend gelingen“, wagt Surminski zu behaupten und meint damit auch einige seiner Enkel, die in London leben. Auch seien viele Ostpreußen in englischsprachige Länder ausgewandert, sodass „Jokehnen“ jetzt auch Lektüre für deren Enkel und Urenkel ist.

## Auch für die Enkelgeneration

Wie Hoffbauer zu Arno Surminski gekommen ist, macht ihr sehr aufschlussreicher Beitrag deutlich. Ein Blick sozusagen hinter die Kulissen einer Übersetzerin: „Ich bin 1947 in Stoke-on-Trent geboren und habe sehr früh für Fremdsprachen geschwärmt. Schon mit zehn Jahren fing ich an, Französisch zu sprechen. Im Gymnasium musste ich Französisch und Latein studieren. Mit 14 Jahren durfte ich auch Spanisch lernen ... Da nur drei Schülerinnen Deutsch gewählt hatten, mussten wir versprechen, dass wir mit Deutsch weitermachen bis zum A-level (Abitur) ... Im dritten Jahr des Kurses habe ich zu Ostern drei Wochen bei einer Familie in Mün-



Vertrauensvolle Zusammenarbeit: Traute und Arno Surminski mit Elizabeth Hoffbauer (r.)

Foto: privat

chen verbracht. Vor meinem Besuch hatte ich vor, Politik und Volkswirtschaft zu studieren. Nach meinem Besuch wusste ich ganz fest, dass ich Germanistik studieren wollte.

Als Teil meines Studiums in Durham University musste ich ein Jahr in Frankfurt verbringen. Ich arbeitete als Englisch-Assistentin im Hessenkolleg Frankfurt (ein Kolleg des zweiten Bildungswegs). Die Mehrzahl der Studenten war älter als ich. Viele kamen aus dem Sudetenland, Schlesien oder der DDR. Dort habe ich meinen ersten Ehemann kennengelernt...

Meine Schulfreundin Rosamund, die auch in der Deutschgruppe war, hatte inzwischen einen Deutschen geheiratet – und zwar einen Ostpreußen aus Marienburg, der 1945 als Baby mit seiner Familie nach Dänemark geflohen war. Sie wohnten etwa 35 Jahre lang in Australien, wo Rosa-

mund bei dem australischen Rundfunk als Untertitel-Übersetzerin arbeitete. Im Jahre 1990 schrieb sie mir über einen Film, an dem sie arbeitete: ‚Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?‘ Jeden Tag kam sie verlegen aus dem Zimmer mit roten Augen und einer geschwellenen Nase, weil sie so geweint hatte!

Knapp zwei Wochen danach war ich in einem Antiquariat in Halifax, wo ich das Buch ‚Jokehnen‘ auf einem Tisch fand. Wie hätte ich es nicht kaufen können? ... Ein paar Tage später saß ich zu Mittag in einer Ecke und las ‚Jokehnen‘. Eine englische Freundin, die lange in Bonn gearbeitet hatte, sagte mir: ‚Wenn Du das magst, sollst Du unbedingt auch ‚Polninken‘ lesen!‘ Von dem Moment an habe ich (zusammen mit anderen Kolleginnen) alles von Surminski gelesen, was es zu kaufen gab.

Nach einigen Jahren als Lehrerin musste ich infolge von Stress das Unterrichten aufgeben. Während eines halben Jahres saß ich zu Hause und wollte mich beschäftigen. Also habe ich angefangen, ‚Polninken‘ zu übersetzen. Wegen meiner Erfahrungen in der DDR wählte ich ‚Polninken‘ ...

Während sehr vieler Jahre war das mein Hobby. Als ich mit der Übersetzung fast zu Ende war, fuhr ich mit meinem Mann nach Ostpreußen, um Jäglack, Arnos Geburtsort, Angerburg (sogar Camping Rusalka), Frauenburg, Marienburg und Danzig mit eigenen Augen zu sehen.

In Angerburg [Wegorzewo] habe ich im Touristen-Informationsbüro gefragt, ob die kleine Fähre am Mauersee noch existiere. Als sie ‚nein‘ sagte, habe ich erklärt, ich übersetze einen Roman über die Gegend. Sofort hat sie gefragt, wie der Schriftsteller heiße. Gleich nach meiner Antwort hat sie

gesagt: ‚Arno Surminski besucht uns nächste Woche.‘ So eine Enttäuschung, dass ich zu früh da war! Aber sie schlug vor, ich solle einen Brief an ihn schreiben, den sie ihm die nächste Woche geben werde. Auf die Weise haben wir uns kennengelernt und er hat mir sehr bei ‚Polninken‘ und ‚Jokehnen‘ geholfen.“

## Sprachlich spannende Parallelen

Hoffbauers Übersetzung ist wortgetreu und kommt der Originalfassung sehr nahe. Das heißt, dass ihre englische Wortwahl bei der „Stimmigkeit“ an die von Surminski heranreicht. Das, was natürlich nicht geleistet werden kann: die typische Atmosphäre in Surminskis Roman, geprägt durch ostpreußische Mundartwörter wie „Klabastern“, „Kruschkenbaum“, „Meisterche“, „nuscht“ oder „Lorbaß“. Wie sollte es auch? Schließlich sind das Ostpreußische beziehungsweise masurische Mundarten, die nicht übertragbar sind.

Sprachlich spannend wird es, die deutsche und englische Fassung parallel zu lesen. Womit das vielleicht schon lange verschüttete Vokabular wieder aufgefrischt werden kann. Ein Tipp von Surminski, der die mühevollen Übersetzungsarbeiten intensiv begleitet hat und jetzt entsprechend zufrieden mit dem Resultat ist. Hoffbauer ist „dialektaffin“, zumal sie mit dem reinen anglo-saxonischen Dialekt ihrer nordenglischen Großmutter aufgewachsen ist, der an die Heimat der Vorfahren im schleswig-holsteinischen Angeln erinnert.

Gleichwohl vermitteln die dichten Surminski-typischen Charakter- und Milieuschilderingen ein lebendiges Bild der 40er Jahre in seiner Heimat, die Hoffbauer sogar selbst kennengelernt hat. Dies zeigt auch ihre besondere Verbundenheit mit Werk und Person Arno Surminskis, der an einem neuen Werk arbeitet, wobei auch seine Leser stark einbezogen sind.

● **Info** „Jokehnen or How Far Is It from East Prussia to Germany?“, Janus Publishing Co., Cambridge, ISBN-978-1-85756-923-0, zu bestellen bei: web-team@lehmanns.de

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Von der Oder ins Egerland

Nach 75 Jahren folgte die Berliner stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung Christiane Hoffmann dem Fluchtweg ihres Vaters

Als die Artilleriegeschosse der Roten Armee schon über die Oder flogen, erlaubte die NSDAP am 22. Januar 1945 um 17 Uhr endlich die Flucht. 50 Gespanne mit etwa 300 Einwohnern verließen bei 20 Grad Minus das schlesische Rosenthal [Rożyna] in Richtung Westen. Christiane Hoffmanns Vater Adolf/Walter war neun Jahre alt. Wegen der Kälte saß man nicht lange auf dem Wagen, den die Mutter kutschte, sondern ging hinter ihm, eingehüllt in eine Pferdedecke. 550 Kilometer in 40 Tagen sollten es werden bis nach Eger (Cheb). Eine Karte mit dem genauen Fluchtweg und den Übernachtungsstationen nach jeweils etwa 14 Tageskilometern schließt das Buch ab.

Das wurde die „Urszene“ der Familiengeschichte. Mehrmals war die Slawistin, Journalistin bei „FAZ“ und „Spiegel“ sowie amtierende Erste Stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung Christiane Hoffmann seitdem mit dem Auto in dem kleinen Dorf ihrer väterlichen Vorfahren. Die Familie ihrer Mutter stammte aus Ostpreußen. Rosenthal liegt gut einen Kilometer von der Oder entfernt. Die Hoffmanns lebten dort als Bauern ab dem Jahre 1238.

In ihrem Haus wohnen nun Vertriebene aus der Westukraine – ebenfalls mit einem schrecklichen Schicksal. Hoffmann wird daher freundlich aufgenommen. Sie ist, so ein Herausgeber der „FAZ“, beim Einstellungsgespräch, von Herkunft und Studium „ein östlicher Mensch“.

## Zu Fuß bei Eis und Schnee

Die Autorin begnügt sich nicht damit, die von Gretel Kosok aus dem Treck aufgezeichneten Ereignisse und ihren eigenen Weg ab dem 22. Januar 2020 bei Eis und Schnee durch Wälder und Felder zu schildern. Sie „läuft durch die Albträume ihrer Kindheit“. Es gibt die Wiedergabe von Gesprächen mit den heute in Niederschlesien angesiedelten, nicht freiwillig gekommenen Polen und Reflexionen über die deutsch-polnische Geschichte. „Die deutschen Schlesier haben Schlesien immer nur als verloren angesehen, aber die Polen haben Schlesien nicht gewollt, man hat es ihnen zugewiesen auf fernen Konferenzen. Die Polen nahmen das ungeliebte Land mit einer Geschichte, die nicht ihre war“.

Während sie zunächst möglichst zügig voranschritt, weckt im unzerstörten Rei-

chenbach [Dzierżoniów] eine große Synagoge ihr Interesse. Dorthin kamen nach Kriegsende 18.000 Juden, die aber im Laufe der Zeit nach Israel auswanderten. So ist das Gotteshaus verschlossen, im Museum hofft sie mehr darüber zu erfahren, wie es 1938 die Pogromnacht überstanden hat, und warum die Juden nach Kriegsende nicht geblieben waren. „Es ist ein Museum der verbotenen Dinge, voller Zeug, das die Deutschen zurückließen. Alles ist mit Sorgfalt gesammelt und liebevoll ausgestellt. Das Museum ist ein Bekenntnis: Wir nehmen das Land als unser an. Ein Foto zeigt, wie die Deutschen mit Handwagen und Koffern über den Marktplatz ziehen, um abtransportiert zu werden.“

Mühsam: „Vielleicht bin ich Euch gerade nahe, weil ich im endlosen Gehen genauso dumpf werde wie Ihr es damals wart, weil ich anfangs zu verstehen, warum Du Dich an nichts erinnern konntest.“ Dumpfheit aber hört auf bei abendlichen Gesprächen. Es fehlt nicht an kritischen Bemerkungen über die deutsch-polnische Vergangenheit mit polnischen Empfindungen, in der EU nicht richtig gewürdigt

und von den Deutschen nicht entsprechend entschädigt worden zu sein.

Kurz vor Greiffenberg [Gryfów Slaski] unterbricht Hoffmann Mitte Februar ihre anstrengende Wanderung, um nach Berlin zu Mann und Kindern zu fahren. Als sie Ende Juni zurück in Greiffenberg ist, hat sich Corona in Europa ausgebreitet. Die Autorin setzt ihren Weg fort, sie beschreibt ihn, aber auch viele Gespräche mit Tschechen. Es geht um Arbeitslosigkeit, das schwierige Verhältnis zur EU, das Bewahren der eigenen Währung. „Es wimmelt von Hobbyhistorikern.“ Ich gehe durch Europa, in jedem Dorf steht ein Denkmal“ an vergangene Kriege. In Aussig [Ústí nad Labem] wird das an „Unsere Deutschen“ erinnernde Museum besucht. In Klein Priesen [Male Brezno] trifft Hoffmann die einzige Zeugin des Rosenthaler Flüchtlingsstrecks.

Sommernorgen im Böhmerwald, eine Märchenlandschaft und an der Elbe notierte Gretel: „Wir bewunderten die herrlichen Burgen, was uns Schlesiern neu war. Wenn nur nicht die Zeit so schwer und traurig gewesen wäre, die Heimat wurde immer weiter entfernt“. Ins Gedächtnis gerufen wird

sie besonders auf einem Treffen der Rosenthaler 2005 in Görlitz. Der Russe hat sie nicht eingeholt, als sie am 2. März 1945 nach 550 Kilometern den Treck auflösen. Die Flüchtlinge werden im Egerland, in Klinghardt [Křizovatka] auf die umliegenden Orte verteilt. Menschen und Pferde sind abgemagert und zu Tode erschöpft.

Bevor sie am Ende noch einmal auf die Familiengeschichte zu sprechen kommt, zieht Hoffmann ein Fazit: „Dieses Buch ist Dein Testament. Ich will Deine Geschichte bewahren, damit unsere Kinder sich erinnern können. Ich bin Deinen Weg gegangen, meine Beine wissen nun wie weit er war, ich habe erlebt, wie schwer es immer noch ist, über den Krieg und das Jahr 1945 zu sprechen.“

Norbert Matern



**Christiane Hoffmann:** „Alles, was wir nicht erinnern. Zu Fuß auf dem Fluchtweg meines Vaters“, C.H. Beck Verlag, München 2022, gebunden, 280 Seiten, 22 Euro

## GROSSINDUSTRIE

## Legendär – Vulcan schrieb Schiffahrtsgeschichte

Ozeanriesen und mehr für den Norddeutschen Lloyd, HAPAG, Stettiner-Dampfschiffs-Gesellschaft und Marine aus Stettin

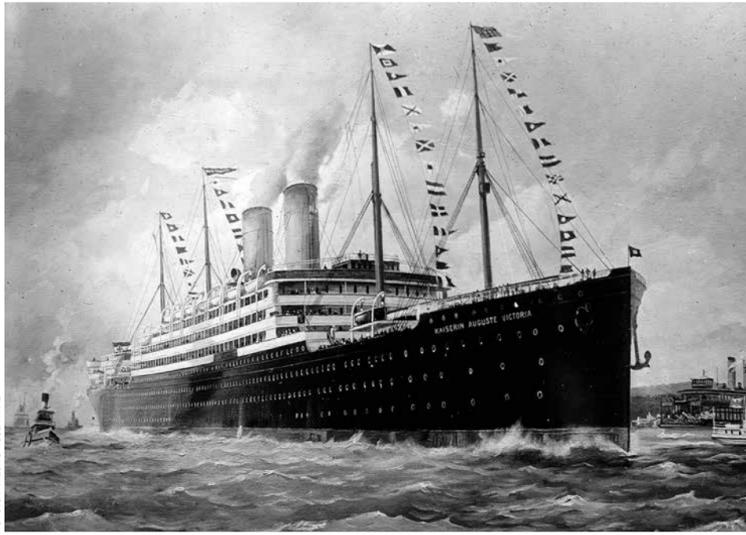
VON ERWIN ROSENTHAL

Pommern wurde früher gerne als rückständig bezeichnet, man kennt die „einschlägigen“ Aussprüche. Hans Werner Richter sei zugestimmt, wenn er in seinem lesenswerten Buch „Deutschland deine Pommern“ schreibt, dass der Beweis für solch kühne Behauptungen aussteht. Ereignisse, durch welche sie widerlegt werden, gibt es hingegen zur Genüge.

Leider ist heute, wo wir die Aufarbeitung unserer pommerschen Geschichte offensichtlich in die Hände der Nachbarn gelegt haben, so manches historische Großereignis in Vergessenheit geraten.

## 30.000 zur Schiffstaufe

Am 5. Oktober 1897 hatte es in der Handelsmetropole Stettin, seinerzeit die Hauptstadt der preußischen Provinz Pommern, ein solches Ereignis gegeben. Bei der dortigen Maschinenbau Actien-Gesellschaft Vulcan, mit 7000 Beschäftigten einer der größten deutschen privaten Betriebe, standen der Stapellauf und die Taufe des Schiffes mit der Bau-Nr. 234 an. 30.000 Menschen waren gekommen, um vom gegenüberliegenden Oderufer das Großereignis mitzuerleben. Der Tag wurde zu einem wahren Volksfest, das durch die Anwesenheit des Kaisers noch an Glanz gewann. Der „Täufeling“ war das für den Norddeutschen Lloyd in Bremen gebaute Passagierschiff „Kaiser Wilhelm der



Lief am 29. August 1905 mit der Baunummer 264 auf der Vulcanwerft in Stettin vom Stapel: Das Dampfschiff „Kaiserin Auguste Viktoria“ (Gemälde von Fred Pansing, vor 1912)

Große“, mit 14.349 Bruttoregistertonnen und einer Länge von 190,5 Metern das bis dato größte Schiff der Welt. Für die internationale Presse war das bereits Schlagzeilen wert. Als das Schiff wenig später unter Kapitän Ludwig Störmer auch noch das „Blaue Band“ für die schnellste Überquerung des Atlantischen Ozeans errang, knallten auf der Werft und in der Reederei wiederum die Champagnerkorken.

Das größte und das schnellste Schiff der Welt zu bauen, das war das Höchste,

was die Werft erreichen konnte. Der Stettiner Vulcan hatte damit eine Spitzenposition im internationalen Schiffbau erreicht und der Norddeutsche Lloyd eilte als Schiffseigner der Konkurrenz weit voraus. Mit der Bau-Nr. 202 war im Jahre 1892 die „Hohenzollern“, ein Schiff der Kaiserlichen Marine, vom Stapel gelaufen. Sie diente von 1893 bis 1918 dem deutschen Kaiser Wilhelm II. als Staatsjacht für repräsentative Zwecke und machte jährlich im Swinemünder Hafen fest.

Der Vulcan wurde schließlich Hauptauftragnehmer des Norddeutschen Lloyd und lieferte bis 1914 exakt 24 Ozeandampfer an den Lloyd aus. Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (HAPAG) wollte nicht zurückstehen und bestellte ebenfalls einen Schnelldampfer, der das Bremer Flaggschiff in jeder Beziehung übertreffen sollte. Das Resultat war der Schnelldampfer „Deutschland“, der 1900 vom Stapel lief. Das Schiff erreichte eine Geschwindigkeit von 23,5 Knoten und holte das begehrte Blaue Band. Der Stettiner Vulcan hatte seine Spitzenposition gefestigt, und die HAPAG übernahm wieder die Spitze in der atlantischen Passagierschiffahrt.

## Weltweit erste Kreuzfahrt

Die HAPAG veranstaltete 1891 mit der ebenfalls in Stettin vom Stapel gelaufenen „Augusta Victoria“ die weltweit allererste Kreuzfahrt, eine zweimonatige Mittelmeer-Kreuzfahrt. Das Schiff lief Southampton, Gibraltar, Genua, Alexandria, Beirut, Piräus, Malta, Palermo, Neapel und Lissabon an. Viele der heutigen Kreuzfahrtschiffe schippern mit der gleichen Geschwindigkeit wie die „Augusta Victoria“. Benannt nach der deutschen Kaiserin Auguste Victoria, ein Schreibfehler machte daraus Augusta Victoria.

Der Erstling der Werft war im Jahre 1852 der Seitenraddampfer „Dievenow“, der für die Stettiner Dampfschiffs-Gesellschaft J. F. Braeunlich bestimmt war, ge-

wesen. Es war das erste in Preußen gebaute stählerne Seeschiff. Mit seiner Indienststellung begann der über das Stettiner Haff führende Linienverkehr zwischen Stettin und dem Heimathafen des Schiffes, Swinemünde. Mit dem Bau des Schnelldampfers „Kaiserin Auguste Viktoria“ und des 213 Meter langen, im Jahre 1906 gebauten Passagierschiffes „George Washington“ stieß der Stettiner Schiffbau an seine Grenzen. Nur mithilfe von Schwimmpontons konnten die großen Schiffe durch das Stettiner Haff, die Kaiserfahrt und die Swine auf die offene See vor Swinemünde bugsiert werden.

Wollte also die Werft weiter expandieren, war es erforderlich, sich nach einem geeigneten Nordseehafen umzusehen. Folgerichtig wurde 1905 beschlossen, in Hamburg ein Tochterunternehmen zu gründen. Im Juni 1909 weihte Kaiser Wilhelm II. persönlich die A.G. Vulcan Hamburg am Rosshafen in Hamburg-Steinwerder ein. 1911 wurde Hamburg zum Hauptsitz des Unternehmens. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten beider Standorte erhöhte sich schließlich auf 20.000.

Beide Vulkan-Standorte übernahm 1926 die Deutsche Schiff- und Maschinenbau Aktiengesellschaft mit Sitz in Bremen. Diese schloss 1928 den Stettiner Betrieb, in dem in sieben Jahrzehnten mehr als 600 Schiffe vom Stapel liefen und 4000 Lokomotiven gebaut wurden und verkaufte ein Jahr später die Hamburger Werft an die Howaldtswerke AG in Kiel.

## ZUM 200. GEBURTSTAG

## Johann Friedrich Theodor Müller

Bedeutendster Naturforscher seiner Zeit wirkte im brasilianischen Blumenau im Bundesstaat Santa Catarina

Blumenau am Unterlauf des Rio Itajaí, rund 500 Kilometer südlich von Sao Paulo in Brasilien, wurde von Deutschen begründet und ist heute eine Viertelmillionenstadt mit einer deutschen Bevölkerungsmehrheit, typisch deutschen Fachwerkbauten und dem vor Corona alljährlich zweitgrößten Oktoberfest auf der Welt. Die Stadt hat Industriebetriebe, Rundfunk- sowie Fernsehstationen und eine Universität, besitzt das höchste Brutto-sozialprodukt des ganzen Landes und verehrt einige herausragende Persönlichkeiten mit deutscher Herkunft.

Zu diesem Kreis der Blumenauer Berühmtheiten gehört auch Johann Friedrich Theodor Müller aus Thüringen, der in Greifswald studierte, in Vorpommern als Freidenker einige Jahre unter kirchlichen Vorbehalten litt und sich dann nach Auswanderung in Brasilien zu einem der „bedeutendsten Naturforscher seiner Zeit“ entwickelte.

Wegen seiner Tätigkeit in der Stadt Desterro wurde der Thüringer als „Müller-Desterro“ bekannt. Er erkannte als erster Forscher die „Bedeutung der Embryologie“, gilt als Vater des „Biogenetischen Grundgesetzes“, pflegte mit Charles Darwin sowie Ernst Haeckel einen regelmäßigen Gedankenaustausch auf Augenhöhe und fand mit seinen Erkenntnissen in über 250 wissenschaftlichen Veröffentlichungen weltweite Anerkennung bis hin zur Berufung in berühmte internationale Akademien wie der Entomological Society London und der Leopoldina in Halle.

In Blumenau tragen Stadtbibliothek, Stadtarchiv und Straßen seinen Namen. „Müller-Desterro“ ist in Brasilien so allgegenwärtig wie Haeckel in Deutschland.

Doch in seiner deutschen Heimat ist der Vorzeige-Biologe nur noch Fachleuten ein Begriff und ansonsten unbekannt. Allein in seinem Thüringer Geburtsort erinnert eine Gedenktafel an den berühmten Sohn.

„Müller-Desterro“ wurde am 31. März 1822 in Windischholzhausen bei Erfurt geboren, war mütterlicherseits ein Enkel des berühmten Erfurter Apothekers und Chemikers Johann Bartholomäus Trommsdorff und wurde von der Familie „Fritz“ gerufen. Sein Vater fungierte zunächst in Windischholzhausen und dann in Mühlberg als Pfarrer. Er ermöglichte dem Jungen den Besuch des Erfurter Gymnasiums mit weiterführenden naturwissenschaftlichen Unterweisungen im Trommsdorff-Haus. Es folgten eine Apothekerlehre in Naumburg und dann der Wechsel an die Universitäten in Greifswald und Berlin.

Er studierte hauptsächlich Naturwissenschaften sowie Mathematik, wurde zum Oberlehrer examiniert und zum Dr. phil. promoviert. Danach widmete sich Müller in Greifswald dem speziellen Medizinstudium. Doch als sich der Pfarrersohn als Freidenker vor der medizinischen Promotion weigerte, den Eideszusatz „so wahr mir Gott helfe“ zu gebrauchen, kam er im gottesfürchtigen Vorpommern in Schwierigkeiten. Das gedieh zur jahrelangen Kontroverse.

Müller verweigerte hartnäckig den Kircheneid, musste sich in der damit verbundenen Warteschleife mit einer jahrelangen Hauslehrertätigkeit in Vorpommern begnügen und heiratete 1852 in Loitz die Tagelöhnerin Carolina Tollner. Loitz liegt an der Peene, erhielt 1212 das lübische Stadtrecht und gehört heute als Landstadt mit interessanten Alt-

stadtbauten zum Landkreis Vorpommern-Greifswald. Nach der Loitzer Heirat verlor Müller angesichts der fortwährenden Behinderung in Vorpommern die Geduld. Er verließ mit seiner Ehefrau, der gerade geborenen ersten Tochter und seinem jüngeren Bruder August über Hamburg voller Enttäuschung Deutschland, um sich in der von Deutschen begründeten Kolonie Blumenau anzusiedeln.

## Große Anerkennung

Das war eine einschneidende Zäsur. Statt der Akademikerlaufbahn erfüllte ihn für Jahre harte Farmerarbeit. Für naturwissenschaftliche Forschungen war kaum Zeit. 1856 wurde Müller dann mit seiner Qualifikation als Lehrer in das Lyzeum der Provinzhauptstadt Desterro berufen. Er begann eine ungewöhnliche Forschungsarbeit, trat mit Veröffentlichungen hervor und wurde zum Professor erhoben. Die Palette seiner Forschungsthemen reichte von der Morphologie und

Entwicklungsgeschichte von Flusstieren mit der Beweisführung für die Theorien von Charles Darwin, die er im Buch „Für Darwin“ veröffentlichte, und Untersuchungen zur Ontogenie mit der Begründung des „Biogenetischen Grundgesetzes“ über Fragen der Blütenökologie und des anatomischen Baus der Lianenstämme bis zur Erforschung der Verbreitungsmechanismen von Früchten und Samen.

Über seine Erkenntnisse pflegte er mit Fachkollegen auf der ganzen Welt einen regen Gedankenaustausch. Das trug ihm die Berufung in zahlreiche internationale Akademien ein. Alles schien bestens. Doch wieder kam er mit Repräsentanten der Kirche in Konflikt. Dieses Mal waren es Jesuiten, die den Freidenker aus seiner

Stellung und aus Desterro vertrieben. So kehrte er 1867 zurück nach Blumenau, das sich mit ihm zum Naturforschungszentrum entwickelte mit internationaler Sogwirkung.

Müller-Desterro erhielt 1868 zusammen mit Charles Darwin die Ehrendoktorwürde der Universität Bonn, galt als „reisender Naturforscher“, bekam eine Anstellung am Nationalmuseum Brasiliens mit vielen Forschungs-Freiheiten und reihenweise Angebote von renommierten Universitäten vor allem aus Deutschland, die er aber alle ablehnte. Er blieb nach seinen Greifswalder Erfahrungen Brasilien treu. Der deutschfreundliche Kaiser Dom Pedro II. wusste diese Treue zu schätzen und sorgte für einige Ehrungen.

Aber dann gab es einen Machtwechsel. Auf den Kaiser folgte eine republikanische Regierung, die die Freiheiten Müllers stark beschneidete und 1892 seine ständige Anwesenheit in Rio de Janeiro verlangte. Müller-Desterro, der mehrere Sprachen beherrschte und weitere zehn Sprachen lesen konnte, war inzwischen 70 Jahre alt und eine international geschätzte Koryphäe. Der Vorzeige-Biologe ließ sich nicht kommandieren und wurde prompt aus allen staatlichen Ämtern ohne jegliche Entschädigung entlassen.

Müller-Desterro erlebte die letzten Lebensjahre in wachsender Armut in Blumenau, er starb hier am 21. Mai 1897, fand seine letzte Ruhe auf dem evangelischen Friedhof der Stadt und wurde anschließend in einem Nachruf in der Blumenauer Zeitung wie folgt gewürdigt: „Schlafe denn in Frieden teurer Freund, Dir ist die Unsterblichkeit gewiß!“ Außer seinem wissenschaftlichen Lebenswerk hinterließ er zehn Kinder. *Martin Stolzenau*



1936 in Blumenau gegründet: Das nach dem deutschen Biologen (o.) benannte „Museu de Ecologia Fritz Müller“ kann von Montag bis Freitag besucht werden Foto: Bruna C.R.



# „Du wirst viel Freude mit den Russen erleben!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Herzlichen Dank für diese zutreffende Analyse des Geisteszustandes weiter Kreise der Bevölkerung und Politik“

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg  
zum Thema: Anmaßende Angsthasen  
(Nr. 12)



Ausgabe Nr. 12

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## UNAUFGEKLÄRTER DIRIGENT ZU: ZERBOMBTE KULTURBRÜCKE (NR. 11)

Selbstverständlich verbietet sich bei uns in Deutschland eine generelle Gesinnungsüberprüfung beziehungsweise -schnüffelei gegenüber russischen Kulturschaffenden. Speziell im Falle des immer hoch gelobten Dirigenten Waleri Gergijew war die Kündigung seines Anstellungsvertrages durch den Münchener OB Reiter allerdings längst überfällig gewesen; vielmehr hätte die Anstellung erst gar nicht erfolgen dürfen.

So hat meines Erachtens Gergijew beispielsweise seine allzu große Nähe zum Kriegstreiber Wladimir Putin schon dadurch untermauert, dass er 2016 in Palmyra im Rahmen einer Art russischer „Truppenbetreuung“ das Orchester dirigierte – somit also auch für jedermann sichtbar vor den Mordbrennern von Aleppo und anderen völkerrechtswidrig bombardierten Städten Syriens. Sofern Gergijew in seinen politischen Ansichten nicht bereits zu jenem Zeitpunkt völlig verbohrt gewesen sein dürfte, hätte er als weltweit anerkannter und eigentlich aufgeklärter Künstler (betonen doch gerade Musiker ja immer wieder ihr kosmopolitisch ausgerichtetes Wirken!) angesichts der nicht wegzuleugnenden, verbrecherischen russischen Kriegshandlungen von einem solchen Dirigenten-Auftritt nach reiflicher Überlegung Abstand nehmen müssen. *Wolfgang Trost, Hamburg*

## RUSSISCHE DICHTER ALS GABEN ZU: ZERBOMBTE KULTURBRÜCKE (NR. 11)

Die „Ausmusterung“ der russischen Opernsängerin Anna Netrebko hat jeder mitbekommen, ebenso die Kündigung des Dirigenten Waleri Gergijew. Die augenblickliche Hexenjagd auf russische Künstler ist schon schlimm genug. Sehr gut der Vergleich mit der McCarthy-Ära; das Schauspiel „Hexenjagd“ von Arthur Miller haben unsere Schüler oft erfolgreich

aufgeführt. Aber dass Dostojewskij von der Universität Mailand aus dem Lehrplan genommen wird, wie ich nun erfahren habe, dürfte nicht zu überbieten sein.

Ich bin nun alt, „Seniorin“, wie man heute euphemistisch sagt. Dann gehen die Gedanken oft in die Jugend zurück. Wir waren Ostvertriebene, vertrieben aus Königsberg, hatten alles verloren, aber Bücher wurden sofort wieder angeschafft und gehörten auf jeden Weihnachts- und Geburtstagstisch. Und die russischen Dichter gehörten dazu. Mein Vater führte mich ein. Ich durfte mit Tolstoj, Dostojewskij, Puschkin und Tschechow aufwachsen. Das Schicksal hat es gut mit mir gemeint. Als wir endlich 1991/92 in die alte Heimat, in die russische Exklave, nun Kaliningrader Oblast, reisen durften, war ich vorbereitet. „Du wirst viel Freude mit den Russen erleben!“, sagte damals ein Kollege zu mir. Die Voraussage ist eingetroffen. *Dr. Bärbel Beutner, Umna*

## TÖDLICHE MEDIKAMENTE ZU: MEDIZIN, DIE KRANK MACHT (NR. 11)

Die schmerzliche Folge tödlich wirkender Medizin musste ich im Mai 2021 erleben, als mein Mann binnen weniger Wochen verstarb, nachdem er mit einem neuen Medikament für Leukämie (CLL) behandelt worden war. Zufällig hatte ich zwei Tage vor seinem Tod im Abendprogramm des NDR einen sehr kritischen Filmbeitrag zu den sogenannten „Neuen Krebsmedikamenten“ – es gibt über 200 Stück davon – gesehen. Hier wurden viele Fakten zusammengetragen, die offenlegten, dass die Pharmafirmen aus Profitsucht oft nicht die nötige Vorsicht walten lassen, bevor sie, wie auch die staatliche Aufsicht, ein neues Medikament für den Markt freigeben. Die Folge sind schwerwiegende Nebenwirkungen und Todesfälle.

Im Falle meines Mannes kann ich zwei neue Medikamente nennen, vor denen ich warnen möchte. Beide wurden auch in dem Fernsehbericht erwähnt: Eines davon bewirkte nach zweijähriger Einnahme

eine stark verminderte Leistung des Herzens, das zuvor gesund gewesen war. Nach seiner Absetzung war sein Blutbild unauffällig, das Herz musste behandelt werden und erholte sich nur wenig.

Vor der Verabreichung des anderen Medikaments war das Blutbild nach 20 Monaten für die CLL immer noch gut – die weißen Blutkörperchen nur leicht erhöht, alle anderen Werte im grünen Bereich. Trotzdem wurde das Medikament gegeben, zunächst in niedriger Dosierung. Dies hatte nach drei Wochen sein Blut total zerstört, sodass mein Mann über keinerlei Immunabwehr mehr verfügte und fünf Wochen später auf der Intensivstation verstarb. Nach der Diagnose der CLL war er im Jahr 2015 mit einem alten in den 80ern in der DDR entwickelten Medikament erfolgreich behandelt worden.

Nebenbei bemerkt: Die neuen Medikamente sind unverschämte teuer. Im Monat fallen Kosten zwischen 6500 und 11.000 Euro an. Die Entwicklungskosten für Imbruvika hatten sich laut NDR-Doku schon nach 2,5 Jahren amortisiert. *Renate Aumund, Bremen*

## VON KROCKOWS VERDIENSTE ZU: DER SCHRIFTSTELLER CHRISTIAN GRAF VON KROCKOW (NR. 11)

Der Beitrag über den Historiker Christian Graf von Krockow fordert zu einer Ergänzung heraus, denn es gibt kaum Berührungspunkte des Gewürdigten zur der Gutsbesitzerfamilie der Grafen von Krockow in dem nordkaschubischen Dorf Krockow in Westpreußen.

Der kaschubisch-westpreußische Zweig der Familie von Krockow, in den Grafenstand 1786 von Friedrich Wilhelm II. erhoben, war über 750 Jahre auf ihrem Stammsitz in Krockow ansässig. Der letzte Gutsherr zu Krockow, Döring Graf von Krockow (1873–1953), war gezwungen, in den Kriegswirren 1945 seine kaschubische Heimat in Westpreußen zu verlassen und gelangte nach einer Odyssee im Dezember 1945 nach Bad Driburg. Dort gab es ein Wiedersehen mit seinem dritten Sohn Al-

brecht; die beiden Söhne Reinhold und Heinrich waren 1943 an der Ostfront gefallen.

Albrecht Graf von Krockow (1913–2007) fand sehr bald eine neue Heimat in Föhren bei Trier. Unmittelbar nach der Wende 1990 wurden die alten Verbindungen zu dem alten Stammsitz Krockow wiederaufgenommen. Graf Albrecht und seinem Sohn Ulrich ist es zu verdanken, dass sich nach dem raschen Wiederaufbau des Schlosses zwischen 1991/1992 in dem alten kaschubischen Dorf Krockow die europäische Kulturregion Westpreußen entwickeln konnte.

Über die von der gräflichen Familie und der Gemeinde Krockowa gegründete Stiftung Europäische Begegnung/Kaschubisches Kulturerbe erfuhre der Ort satzungsgemäß eine ungeahnte Modernisierung. Dazu gehörte auch die Einrichtung eines regionalen Museums mit einer Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums, damals noch in Münster-Wolbeck beheimatet.

Für den Erfolg des Regionalmuseums mit Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums waren maßgeblich die polnischen Leiterinnen der Krockower Museumseinrichtung, und zwar Dr. Magdalena Sacha und Grażyna Patryn, verantwortlich. Ohne ihren leidenschaftlichen Einsatz und ihre speziellen deutschen Sprachkenntnisse wäre die Museumseinrichtung Krockow nicht zu der Erfolgsgeschichte geworden, die ihr von 1998 bis 2020 beschieden war.

Gegenwärtig jedoch scheint sich eine Aussage Ulrich Graf von Krockows – auch unter dem Eindruck der Corona-Krise – zu bewahrheiten: Letztlich ist nicht auszuschließen, dass auf die langjährige gute deutsch-polnische Zusammenarbeit in Krockow neue Schatten fallen. Für die zukünftige Kooperation zwischen dem Westpreußischen Landesmuseum in Warndorf und dem Krockower Regionalmuseum mit Außenstelle sowie die zwischen den beiden Stiftungen ergeben sich derzeit keine guten Perspektiven. Mit Blick auf die deutsch-polnischen Beziehungen ist das zu bedauern. *Dr. Jürgen Martens*

ANZEIGE

## Optimieren Sie Ihr Gehirn und Ihr Leben Ihr Leben kann um einiges reicher und großartiger werden, als es zurzeit ist!

■ Wie wäre es, mehr Energie und ein besseres Gedächtnis zu haben? Jeden Morgen gut gelaunt und ausgeruht aufzustehen, bereit, sich den Herausforderungen des Tages zu stellen?

Der Schlüssel, um dies zu erreichen, liegt in der Neurogenese, dem Prozess der Bildung neuer Hirn- bzw. Nervenzellen. Durch die Neurogenese erneuert sich unser Gehirn und steigert seine Leistung. Dieser Prozess kann durch unsere individuelle Lebensweise beschleunigt und stimuliert werden. Wird die Neurogenese angeregt, verbessert sich unser alltägliches Leben in jeder Hinsicht und es kommt zu einer radikalen Veränderung in der Art und Weise, wie sich der Alterungsprozess äußert und anfühlt.

Die Hirnforschung hat jetzt entdeckt, dass die Geschwindigkeit, mit der diese Nervenzellen wachsen, der Schlüssel zu einer besseren Lebensqualität ist. Und: Unsere Neurogenese-Rate kann in allen Phasen des Erwachsenenalters dramatisch verbessert werden. Altersunabhängig lässt sich mit dem richtigen Lebensstil die Geschwindigkeit der Nervenzellen-Neubildung um das Drei- bis Fünffache steigern!

Dieses Buch erklärt, wie wir von diesem Phänomen profitieren können und zeigt das ganze Potenzial an Möglichkeiten, das ein optimal funktionierendes Gehirn für unser Leben bietet.

Professor Brant Cortright, Spezialist für Gehirnentwicklung, bietet einen wissenschaftlich gesicherten Weg für mentale Gesundheit. Mit seinen Anregungen lässt sich

- das Denk- und Erinnerungsvermögen verbessern
- Demenz und Alzheimer verhindern oder verzögern
- die seelische Belastbarkeit stärken und das Gehirn vor Stress und Depression schützen
- ein Leben mit mehr Vitalität und stärkerer Immunabwehr führen

Sonderausgabe  
nur 9.99€\*  
statt 19.99€



Brant Cortright: Das bessere Gehirn  
gebunden • 331 Seiten • Best.-Nr. 978 300

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas

»Dies ist das wichtigste Buch, das Sie in diesem Jahr lesen werden. Es handelt von der größten Entdeckung, die die Neurowissenschaft im letzten Jahrhundert gemacht hat. Dr. Cortright zeigt die vielfältigen Möglichkeiten auf, wie wir unsere kognitiven Fähigkeiten und unsere Gehirnfunktion ausbauen können.«

Prof. Dr. Frank Echenhofer, Neurowissenschaftler, California Institute of Integral Studies

## VERKEHR

## Kurz mal ausgebremst

Temposündern auf der Spur – Unterwegs in Mecklenburg-Vorpommern in einem Videowagen der Polizei

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Der Rausch der Geschwindigkeit kann süchtig machen. Zuletzt brüstete sich ein tschechischer Millionär, in seinem Bugatti Chiron mit 417 Kilometern pro Stunde auf einer deutschen Autobahn gerast zu sein. Doch der neue Bußgeldkatalog wird jetzt mehr Autofahrer auf die Bremsen treten lassen. „Bis zu doppelt so hohe Bußgelder drohen Temposündern“, informiert Polizeioberkommissarin Cathleen Petermann. Dabei liegt Deutschland noch am unteren Ende der Skala. In Finnland zum Beispiel wird nach dem Einkommen bewertet. Da musste ein Millionär tatsächlich 90.000 Euro berappen, weil er auf der Autobahn zu flott unterwegs war.

Petermann und ihrem Kollegen Polizeihauptmeister Karsten Schult durfte die PAZ während einer Fahrt mit dem Videowagen über die Schulter schauen. Er ist schon lange in der Spezialabteilung dabei. „Das sind jetzt 27 Jahre auf dem Bock“, sagt der Beamte, der mit einem PS-starken, bis zu 250 Kilometer pro Stunde schnellen und als Zivilfahrzeug getarnten Flitzer die Temposünder verfolgt.

„Verkehrssicherheit steht in unserem Job obenan“, wie die beiden erfahrenen Beamten betonen, die zur Autobahn-Verkehrspolizei Grimmen, Abteilung besondere Verkehrsüberwachung, gehören. Alles untersteht der Polizei-Inspektion Stralsund. Dazu gehören auch sieben Beamte mit einer besonderen Fahrausbildung samt Sicherheitstraining. Nach drei Schulungen dürfen sie – bei Interesse – auf den Videowagen umsteigen.

## Wissen macht vorsichtiger

„Die Unfallstatistik in M-V 2021“, sagt Petermann, weist einen bundesweiten Spitzenplatz auf. Geschwindigkeitsverstöße stehen dabei ganz oben. „Ihre Hoffnung sei es, dass durch eine stärkere Überwachung und höhere Bußgelder die Unfallstatistik rückläufig werde. Das passt zum europaweiten Kontroll-Tag. Nach dem Motto: „Bleib am Leben, rette Leben!“ Dennoch spricht der tägliche Polizeibericht über das Fahrverhalten auf unseren Straßen eine andere Sprache.

Unauffällig grau ist er, aber sprunghaft mit 300 PS unter der Haube und Allradantrieb. Ein „Bolide“, der das Herz jedes Autofans höherschlagen lassen würde. Das hüpfet allerdings nicht mehr vor Freude, wenn vor ihr plötzlich der rote



Beim Rasen erwischt. Die Polizeistreife stoppt einen Sprinter, der zu schnell unterwegs war

Foto: Schmidt-Walther

Schriftzug „Polizei“ samt Blaulicht in der Heckscheibe des Videowagens funktelt. Petermann nimmt heute auf dem Beifahrersitz Platz und beobachtet den kleinen Farbmonitor im Fond. Der überwacht pausenlos mit einer Minikamera das Verkehrsgeschehen. „Wobei wir“, erklärt sie, „mit Front- und Heckkamera messen.“ Sie ist auch für den Papierkram zuständig, das heißt Aufnahme der Personalien und Anzeige. Kollege Schult fährt und führt die Gespräche mit Verkehrssündern.

15 Uhr, es geht los. „Zuvor ist noch einmal der Reifendruck kontrolliert worden“, so Schult, „damit anschließend auch die Messwerte stimmen, das ist Vorschrift, auch die wechselnden Kennzeichen.“ Der Polizeihauptmeister grinst: „Manche Kunden kennen uns schon, das merken wir daran, dass sie plötzlich zahm werden und abbremsten.“ Spätestens jetzt sei der Verkehrsfunk informiert und warne vor uns. „Damit können wir leben“, meint die Oberkommissarin, „denn auch dieses Wissen lässt die Leute – zumindest zeitweilig – vorsichtiger fahren.“

Die beiden Polizisten machen „ausmäßigen Geschwindigkeitsüberschrei-

tungen kein Drama“, wie sie sagen. Ihnen gehe es mehr darum, bei „unfallträchtigen Situationen aufgrund von Gefährdungen“ einzuschreiten.

Bundesstraße 96 und Werftstraße sind dicht, weil die Steuerungsanlagen auf der Rügenbrücke erneuert werden müssen. Am Platz des 17. Juni flitzt ein Pkw bei Rot über die Kreuzung. „Keine Chance, den jetzt zu schnappen“, sagt Schult und fädelt sich über den Bahnhofsparkplatz in die Kolonne ein. Stoßstange an Stoßstange schiebt sich die Blechschlange zentimeterweise Richtung Ziegelgraben.

## Fast immer gleiche Ausreden

Schon bei Altfähr heißt es „freie Fahrt“. Die nutzt auch ein schwarzer Van mit Leipziger Kennzeichen. Er dreht auf und belegt die linke Spur. Als die sich verengt, zieht er nach rechts, einem anderen direkt vor die Nase und wie auch später, ohne ein einziges Mal zu blinken. So geht das munter weiter, auch mal über die durchgezogene Linie, mit bis zu über 150 Sachen bis zur Abfahrt Samtens.

Petermann aktiviert die Videoanlage und setzt die Signale „Polizei – bitte fol-

gen!“ Der Wagen folgt brav. Sein Fahrer tut erst mal völlig überrascht, als Schult ihn anspricht und ihm auf dem tragbaren Monitor seine wilde Fahrt zeigt. Er gibt schließlich klein bei und meint entschuldigend: „Bin heute schon 700 Kilometer gefahren und muss Material zu einer Baustelle bringen.“ Er werde seinen Anwalt einschalten. Nachdem beide Beamte die Spur vermessen haben und dabei noch feststellen müssen, dass die Reifen keine zusätzliche Betriebserlaubnis haben, darf der Sachse weiterfahren. „Mit 150 Euro und einem Punkt ist er dabei“, überschlägt Petermann das Bußgeld.

Bei Altfähr geht ihnen ein Passat ins Netz. Er habe keine Zeit – die meistbenutzte Ausrede – und müsse zum Arzt, begründet der Fahrer seinen flotten Ritt. Den Termin müsse er jetzt wohl verschieben oder er hätte früher losfahren müssen, wird ihm entgegnet. Schult beherrscht diese Gesprächsführung perfekt, Petermann sichert ihren Kollegen, die rechte Hand an der Pistole: „Man weiß ja nie, wie manche reagieren.“

Wechsel zur südlichen B 96. Der Wagen bezieht eine Beobachtungsposition

auf einem Hügel an der Abfahrt bei Wilmshagen. „Da kommt ein möglicher Kunde“, startet Schult den Wagen, der losprintet wie ein Gepard. Noch ein Lieferwagen. Man wolle nach dem langen Arbeitstag nach Hause und abends noch eine Party feiern, so die Handwerker. Den Fahrer trifft es hart, denn es ist schon seine zweite Übertretung mit jeweils 29 Sachen zu viel, wie er erzählt. „Da ist dann auch ein Monat Fahrverbot drin“, weiß Petermann. Auf den hinteren Bänken ploppt eine Bierflasche. „Schönen Feierabend!“, wird den Männern aus Gnoien gewünscht.

## Keine Sonderrechte

Rückfahrt. „Ordentlich was los heute am Montagnachmittag“, meint Freizeit-Motorradfahrer Schult, „aber trotz Winterferienbeginn alles ganz normal, doch 120 gönnt sich hier fast jeder“. Ein BMW M 3 überholt zügig. „Wer so ein Auto fährt, der kennt uns.“ Ein bisschen Fehlverhalten werde noch geduldet, auch wenn das schon einen Anfangsverdacht darstellt. „Ab 21 Kilometer pro Stunde zu viel hätte er es mit uns zu tun bekommen“, beobachtet Petermann aufmerksam den Monitor, „aber wir bewegen uns hier nur im Anzeigenbereich ab 70 Euro und einem Punkt in Flensburg.“

Stationäre Anlagen allerdings, die es längs des Zubringers auch gibt, würden gnadenlos schon ab 110 Kilometer pro Stunde blitzen, warnen die Polizisten. Nur durch Überwachungsdruck könne man die Fahrer disziplinieren. Die beiden in allen Straßenlagen bestens geschulten Verkehrsbeamten mögen ihren Beruf: „So was muss man wollen, sonst funktioniert es nicht.“

Ob sie selber sicher seien vor ihren Polizei-Kollegen oder umgekehrt? Man habe keine Sonderrechte und müsse nachweisen, dass man „zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben“ unterwegs gewesen sei.

Nach rund 180 Kilometern und dreieinhalb Stunden mit relativ wenigen Ausreißern steuert Schult die Polizeiinspektion an. „Drei Fälle in dieser Zeit, das ist normal“, bilanziert die Video-Crew. Nach Schichtende um 22 Uhr folgt am Computer die nächste Runde: Auswertung – grob gesagt: Wegstrecke durch Zeit – anhand von komplizierten Formeln, die nur der Rechner beherrscht. „Die Ergebnisse müsse vor Gericht hieb- und stichfest sein“, erklärt Petermann nach diesem beruflichen Routinetag für sie.

## MONARCHIE

## In Preußens Schatzkammer

Schloss Charlottenburg öffnet seine Silberkammer nach zweijähriger Pause wieder für Gäste

Was kaum einer weiß, ist, dass das Berliner Schloss Charlottenburg einmalige Schätze aus der Zeit der preußisch-deutschen Monarchie beherbergt. Darunter befinden sich der Kronschatz, Tafelsilber, Tabatiären und Schmuck der Königin Luise. Rechtzeitig zum Saisonstart im April können Schlossgäste diese nun wieder in voller Pracht bewundern.

Zum Kronschatz gehören die aus purem Gold gefertigten Kronen, ein edelsteinbesetzter Reichsapfel, Zepher, zwei kostbare Zeremonialschwerter (Kur- und Reichsschwert) und das Reichssiegel. Sie wurden zur Thronbesteigung des ersten Königs in Preußen, Friedrich I. (1657–1713), und seiner Gemahlin Sophie Charlotte (1668–1705) angefertigt.



Teurer Suppenbehälter: Deckelterrine mit Präsentoir für Friedrich Wilhelm I., um 1730 Foto: Lendler Ausstellungsarchitektur

Nach zweijähriger Pause ist auch die spektakuläre „Silberkammer“ des ehemaligen preußischen Hofes wieder geöffnet. 600 wertvolle Stücke aus Gold, Silber und Porzellan, die früher die königlichen Tafeln schmückten, werden hier gezeigt: von der majestätisch wirkenden, goldenen Prunkterrine bis zum handbemalten Porzellan-Eierbecher des letzten Kaisers.

Unbedingt sehenswert ist auch ein Schatz ganz anderer Art. Im Schloss Charlottenburg können Gäste wertvolle Schnupftabakdosen, spektakuläre Stücke aus der sogenannten Tabatiären-Sammlung von Friedrich dem Großen, besichtigen. Sie bestehen aus farbigen Halbedelsteinen, die kunstvoll mit Brillanten besetzt und in Gold gefasst sind. Der König,

der gerne den Anschein erweckte, dass er den traditionell höfischen Luxus ablehne, wollte diese Dosen angeblich stets in greifbarer Nähe haben.

Für Anhänger und Freunde der preußischen Königin Luise (1776–1810) gibt es ab dem 1. April gleich zwei gute Gründe, die Sommerresidenz der Preußen-Könige zu besuchen. In der Silberkammer werden Luisens prächtigen Ohrringe aus Gold, Silber, Aquamarinen und Brillanten gezeigt. Zudem ist ihre Grabstätte, das Mausoleum, im nordwestlichen Schlossgarten, dienstags bis sonntags von 10 bis 17:30 Uhr geöffnet. SPSPG/tws

● Informationen zu Schloss Charlottenburg [www.spsg.de/schloesser-gaerten](http://www.spsg.de/schloesser-gaerten)

## ● FÜR SIE GELESEN

## Von großer Wichtigkeit

Dass die nach Deutschland eingewanderten Türken und deren Nachkommen vielfach in Parallelwelten leben, weiß inzwischen jeder, dem das politisch-korrekte Denken nicht völlig den Blick für Realitäten vernebelt hat. Andererseits fehlt oft das Wissen über das Treiben innerhalb der nach außen abgeschotteten Moschee-Gemeinden. Insofern sind Bücher von Insidern wie Erol Ünal von größter Wichtigkeit. Der ehemalige Student der Geschichte und Germanistik schildert in „Der Abtrünnige“ seine 15 Jahre lang währende Sozialisation in verschiedenen türkisch-muslimischen Institutionen – und zwar höchst detailreich, was die Nennung von Klarnamen einschließt, wenn es um Hassprediger im Dienste des türkischen Staates oder des politischen Islam geht.

Ünal thematisiert zunächst das Wirken der rechtsextrem-nationalistischen „Grauen Wölfe“, denen er sich in frühester Jugend anschloss. Danach geht es um die von Ankara gesteuerte Islamische Gemeinschaft Millî Görüş, die Kaplan- beziehungsweise die Süleyman-Gemeinde, eine Sekte namens Menzil-Gemeinde, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB), die Gülen-Bewegung und die neosmanisch-islamistische Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP). Angesichts dieser Liste kann man Ünal nur wünschen, dass ihm wegen seiner Enthüllungen keine Racheakte drohen.

Wolfgang Kaufmann



**Erol Ünal: „Der Abtrünnige. 15 Jahre in Moscheegemeinden“**, Angelika Lenz Verlag, Neu-Isenburg 2021, broschiert, 256 Seiten, 19,90 Euro

## Ewige Fehde zweier Clans

Wer etwas über die arabische Welt und die Mentalität ihrer Menschen erfahren möchte, dem seien Rafik Schamis Erzählwerke wärmstens ans Herz gelegt. Der seit 1971 in Deutschland lebende Syrer versteht es, seine Leser mit einem poetischen Erzählstil in seinen Bann zu ziehen.

„Die dunkle Seite der Liebe“ ist sein Meisterwerk, an dem er sich über zehn Jahre abgearbeitet hat, bis er endlich mit dem Ergebnis zufrieden war. Der Roman handelt von der verbotenen Liebe zwischen Farik und Rana, zwei jungen Menschen, die sich in Damaskus kennenlernen und dann zu ihrem Entsetzen feststellen müssen, dass sie Angehörige verfeindeter Clans sind. Allen Widerständen zum Trotz halten sie an ihrer Liebe fest. Es ist auch die Geschichte der verfeindeten Familien Muschtak und Shahin aus Mala, einem Dorf unweit von Damaskus, die einen katholisch, die anderen syrisch-orthodox, beginnend Anfang des 20. Jahrhunderts. Dass beide Christen sind, eint sie nicht, sondern sie verfolgen sich gegenseitig bis in den Tod. MRK



**Rafik Schami: „Die dunkle Seite der Liebe“**, Roman, dtv, München 2021, Taschenbuch, 1040 Seiten, 12,90 Euro

## RATGEBER DER WOCHE



## Elektrisch mobil

Wie geht man am besten vor, wenn man sich ein E-Auto kaufen möchte? Reiner Silberstein beantwortet sämtliche Fragen zu diesem Thema

FOTO: SHUTTERSTOCK

**Wichtige Informationen** für alle, die mit dem Gedanken spielen, sich ein E-Auto zuzulegen, bietet der Ratgeber „Ein E-Auto kaufen“ aus der Reihe „für Dummies“. Autor Reiner Silberstein zeigt die Vor- und Nachteile

von Elektroautos gegenüber konventionellen Antriebsarten auf, gibt wertvolle Tipps, worauf man achten sollte, und räumt mit Mythen rund um das Thema „E-Mobilität auf“ auf. MRK



**Reiner Silberstein: „Ein E-Auto kaufen für Dummies“**, Wiley-VCH GmbH, Weinheim 2022, broschiert, 208 Seiten, 16 Euro

## BERLIN

## Palast der Erholung und des Genießens

Die Historikerin Vanessa Conze ist der Geschichte des Vergnügungstempels „Haus Vaterland“ in den Goldenen Zwanzigern nachgegangen

VON SILVIA FRIEDRICH

Nur wenige werden das riesige Amüsieretablisement „Haus Vaterland“ inmitten Berlins noch kennen. Es ging unter im Bombenhagel des Zweiten Weltkrieges. Die Historikerin Vanessa Conze hat ausführlich zu diesem „weltstädtischen Palast der Erholung und des Genießens“ geforscht und ihre Ergebnisse in dem Sachbuch „Haus Vaterland. Der große Vergnügungspalast im Herzen Berlins“ veröffentlicht.

## Eindrücke aus aller Welt

Am 1. September 1928 öffneten in diesem 1912 gebauten Haus unzählige Restaurants, Cafés, ein Ballsaal und ein Kino mit 1500 Plätzen. Was heute als „Eventgastronomie“ bekannt ist, war damals völlig neu und auch anders betitelt: „Löwenbräu“, „Türkisches Kaffeehaus“, „Japanische Bar“, „Bremer Kombüse“, „Spanische Bodega“ oder „Rheinterrassen“ und viele mehr. Das Besondere war, dass man die Inneneinrichtung landestypisch einrichtete, sodass man sich wie im Orient, in Spanien oder in den bayerischen Bergen fühlte. Mithilfe der damaligen technischen Mittel sorgte man für „echte“ Gewitter im Gebirge und Cowboy-Erfahrung in der „Wild-West-Bar“, für Tanzerlebnisse bei heißen Flamenco-Rhythmen oder Heurigen-Erlebnissen im nachgebauten „Grinzing“.

Wer sich im Berlin der Goldenen Zwanziger belustigen wollte und über et-

was „Kleingeld“ verfügte, suchte das „Haus Vaterland“ auf. Für eine Mark Eintritt konnte man eine Art Weltreise unternehmen und sich den ganzen Abend an einem Getränk festhalten. Der Preis dafür wurde anteilig mit dem Eintrittspreis verrechnet. Es gab Champagner und Kaviar für die einen sowie Bratwurst und Erbsensuppe für die anderen. Innerhalb von zehn Jahren strömten zehn Millionen Menschen in diesen Amüsierpalast. Die Leser erfahren, wer der Gründer dieses Hauses war und welche Geschichten sich um die Mitbetreiber ranken, wie es sich weiterentwickelte, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, der Krieg alles in Schutt und Asche legte und die Ruine des Ganzen nach 1945 im Niemandsland vor sich hin rottete.

Das Haus, das heute an dieser Stelle steht, beherbergt eine Bank und ein Café. Touristen ziehen vorbei, ohne eine Ahnung davon zu haben, dass sich genau hier ein Teil des wilden Berlins der 20er Jahre befand. Wer noch einmal sehen möchte, was dereinst alles möglich war, dem sei das Buch wärmstens empfohlen.

**Vanessa Conze: „Haus Vaterland. Der große Vergnügungspalast im Herzen Berlins“**, Elsengold Verlag Berlin 2021, gebunden, 25 Euro



## GESCHICHTE

## Von Aufstieg und Niedergang

Der Historiker Daniel Hedinger leistet mit seiner Habilitationsschrift über den Dreimächtepakt einen wichtigen Beitrag zur Geschichtsschreibung

VON DIRK KLOSE

Die Welt hielt den Atem an. Am 27. September 1940 hatten die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan in Berlin ihren Dreimächtepakt unterzeichnet. Beflügelt von militärischen Erfolgen und getrieben von einer aggressiven Ideologie machten sie sich anheischig, die Welt nach ihren Vorstellungen neu zu ordnen. Und in der Tat, so sagt es der Historiker Daniel Hedinger, kamen sie von Ende 1940 bis Mitte 1942 „im Verbund vorübergehend der Etablierung einer faschistischen Weltordnung zum Greifen nahe“.

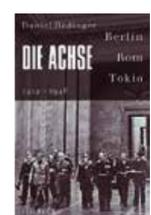
Hedingers Buch „Die Achse. Berlin-Rom-Tokio 1919–1946“ rückt die von Mussolini auf den Begriff gebrachte „Achse“ ins Zentrum seiner Darstellung. Der 1922 in Italien zur Macht gekommene Faschismus beflügelte den Nationalsozialismus in Deutschland und mehr und mehr auch Japan, das ab 1932 auf dem Festland den Vasallenstaat Mandschukuo etablierte und sich bald darauf in einen Dauerkrieg mit China steigerte. 1936 kam es zum Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan, dem später Italien beitrug. In einer überheblichen Selbstherrlichkeit und sich gegenseitig anstachelnd verfolgten sie eine rücksichtslose Machterweiterung, Deutschland im Osten Europas, Japan in einer „großasiatischen Wohlstandssphäre“ im Westen der Insel.

Deutschland und Italien, so der Autor, trieb es von der Ideologie her zur Expansion: Japan legitimierte vor sich selbst sei-

ne endlosen Kriege mit der nationalistischen Ideologie, geprägt von rücksichtsloser, bis zum Genozid gehender Kriegsführung und Imperialismus. Er verweist auf den deutschen Krieg gegen Polen und die Sowjetunion und auf Japans Überfall auf die US-Flotte in Pearl Harbor am 8. Dezember 1941. Heute weiß man, wie widerstandsfähig die USA, Großbritannien und die Sowjetunion waren. Damals befürchtete man selbst in Washington und London zeitweise eine faschistische Weltherrschaft.

Das Ende der Achse kam dann doch rasch. Sie hatte ihre Kräfte überspannt. Schon 1943 fiel Italien, zwei Jahre später erlebten Deutschland mit Kapitulation und Vertreibung, Japan mit den ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki ihr schreckliches Ende.

Hedingers Habilitationsschrift ist ein großer Wurf. Man hätte sich wünschen können, die Jahre bis Kriegsende noch genauer in den „Achsenblick“ zu nehmen. Trotz der bewusst nüchternen Darstellung: „Die Achse“ symbolisierte neben dem Kommunismus die schlimmste Ausprägung fanatisierter Macht, der weltweit Abermillionen Menschen zum Opfer fielen.



**Daniel Hedinger: „Die Achse. Berlin-Rom-Tokio 1919–1946“**, C.H. Beck Verlag, München 2021, gebunden, 544 Seiten, 29,95 Euro

## JUBILÄUM

## Surminskis „Jokehnen“ entzündete den Funken

Beginn unter schwierigen Bedingungen – Die Dittchenbühne in Elmshorn besteht seit 40 Jahren

VON RAIMAR NEUFELDT

Eigentlich wollten wir nie einen Verein gründen, sondern nur Theater in lockerer Runde spielen. Wir waren größtenteils Pädagogen mit einem östlichen Hintergrund, denn wir oder unsere Vorfahren stammten meistens aus Ost- oder Westpreußen.

Durch Arno Surminskis Roman „Jokehnen“ über das Schicksal des ostpreußischen Dorfes und den Lebensweg eines Jungen während der Jahre 1934 bis 1946 waren wir motiviert worden, Reisen in die Heimat unserer Vorfahren zu unternehmen.

Wir hatten schon während des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen Hilfsgüteraktionen unter dem Motto: „Ein Herz für Ostpreußen“ organisiert, bei denen neben der Jungen Union auch die Jungsozialisten mitmachten, später schlossen sich andere Gruppen in Schleswig-Holstein unserer Aktion an.

Wir versorgten dabei auch den bettlägerigen letzten deutschen Domherrn in seinem Pfarramt.

Als erstes Schauspiel spielten wir in der Mitte der 1970er Jahre den „Strom“ des naturalistischen Schriftstellers Max Halbe. In dem Familienmelodram stehen das Hochwasser und der Dammbruch der Weichsel als Symbole für die Katastrophe einer Bauernfamilie, deren Oberhaupt seine Brüder betrogen hat. Unser Spiel gefiel den Zuschauern, und wir mussten in vielen Orten Nordwestdeutschlands auftreten, so auch an der Kieler Universität.

Es gelang uns, am Stadtrand von Elmshorn eine alte Gärtnereihalle zu erwerben, die wir zum Theater ausbauen wollten. Wir erhielten aber von keiner Seite einen öffentlichen Zuschuss, nur Mitglieder und Freunde spendeten.

Die Stadt Elmshorn wollte uns keine Genehmigung für die Errichtung eines kleinen Theaters geben, jede Veranstaltung musste von uns beantragt und von der Stadt genehmigt werden. Oft wurden von 20 Veranstaltungen 16 verboten. Da half nur noch der Gang zum Gericht. Wir erhielten vor dem Verwaltungsgericht



Die Dittchenbühne hat in 40 Jahren viel mitgemacht – nicht nur die unterschiedlichen Moden: Erster eigener Lkw

recht und konnten uns nun richtig entfalten. Ab 1988 erreichten wir 10.000 Besucher jährlich, später über 20.000.

Zu Weihnachten 1988 fuhren wir mit zwei Lkw nach Armenien und lernten die sowjetischen Behörden von einer positiven Seite kennen, während DDR- und polnische Behörden uns weiterhin schikanieren. Am 1. Januar 1990 brachten wir einen Lkw-Transport nach Königsberg und Rauschen. Wir versorgten Kinder aus Tschernobyl in verschiedenen Kinderheimen und nahmen Kontakt zum „Dramatischen Theater Kaliningrad“ auf. Hieraus entwickelte sich ein interessanter Austausch, später kam auch das „Theater Tilsit“ dazu. Eine besondere Freundschaft entwickelte sich mit dem „Dramatischen Theater Klaipeida“, auch das polnische Theater aus Wilna gastierte oft in der Dittchenbühne, litau-

10.000

Besucher kamen ab dem Jahr 1988 jährlich zur Dittchenbühne, später waren es über 20.000

sche Schauspieler und Regisseure waren bei uns häufig beschäftigt.

Dreißig Jahre lang führte die Dittchenbühne ihre Ostsee-Tournee durch, die weitesten Tourneen führten bis nach Murmansk und auf den „goldenen Ring“ um Moskau herum. Pro Tournee sahen rund 2500 bis 3000 Personen unsere Aufführungen. In letzter Zeit spielten wir fast nur noch an Universitäten.

Unter dem Staatssekretär Horst Wafenschmidt übernahm ich die Koordinator der Hilfen für die Deutschen Minderheit im Baltikum und Nordwestrussland. Es handelte sich dabei um den Aufbau und die Betreuung von 16 Begegnungsstätten im Baltikum und 35 in Russland. Darunter fielen auch das „Simon-Dachhaus“ in Memel und das „Deutsch-Litauische Haus“ in Heydekrug. Auch das erste Treffen der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen wurde von uns organisiert. Und viele Bildungsreisen in den Osten und nach Skandinavien führte die Dittchenbühne durch.

Die „Baltische Tafelrunde“ wird einmal jährlich durchgeführt, es gibt ein „Sechs-Gänge-Menü“ und einen besonderen Vortrag, die Teilnehmerzahl ist dabei auf 100 Personen begrenzt. Das Kin-

der- und das Erwachsenentheater des Vereins gehört zu den größten der Region. Der Verein hat auch einen Kindergarten mit 80 Kindern und ist als Mehrgenerationenhaus und Stadtteilzentrum anerkannt.

Es gibt bei der Dittchenbühne viele „verrückte“ Sachen: zum Beispiel ein großes „Elchessen“, „Ostpreußische Graue Erbsen“, das große Pfingstfest „Ochsen am Spieß und Flohmarkt“ mit rund 15 bis 20.000 Besuchern, den „Weihnachtsmannabend“ mit rund 100 Besuchern am Heiligabend und etwa 30 Weihnachtsmärchen-Aufführungen. Auch die „Russische Weihnacht“ mit rund 300 Personen findet jährlich statt. Es lohnt sich bei der Dittchenbühne hinzuschauen.

Ende des Monats gibt es eine Uraufführung „... und die Großen lässt man laufen“, ein Schauspiel über die Zustände in Masuren nach dem Zweiten Weltkrieg und die Verwicklungen mit der Organisation Gehlen.

Beim ersten Treffen der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen kam 1990 ein älterer Herr auf mich zu und fragte, ob ich schon mal etwas von der „Masurischen Befreiungsarmee“ gehört hätte. Er sei damals dabei gewesen und habe dafür als 17-Jähriger acht Jahre in einem polnischen Zuchthaus gesessen.

Seine Angaben machten mich neugierig. Ich stieß auf vier weitere Personen, die mir ähnliches erzählten. Es ging um die Auseinandersetzungen der noch ansässigen deutschen Bevölkerung in Masuren mit den polnischen Zuwanderern in den 1940er und 50er Jahren. General Reinhard Gehlen, der mit der „Abteilung Fremde Heere Ost“ im ostpreußischen Lötzen saß, dann nach Kriegsende in Westdeutschland für die Amerikaner arbeitete und später den Bundesnachrichtendienst aufbaute, spielte dabei eine gewichtige Rolle.

● Die Premiere findet am Freitag, dem 29. April, statt. Weitere Termine auf der Internetseite [www.dittchenbuehne.de](http://www.dittchenbuehne.de)

## OSTPREUSSENS KÜNSTLER

## Paul Koralus aus Widminnen beherrschte viele Techniken

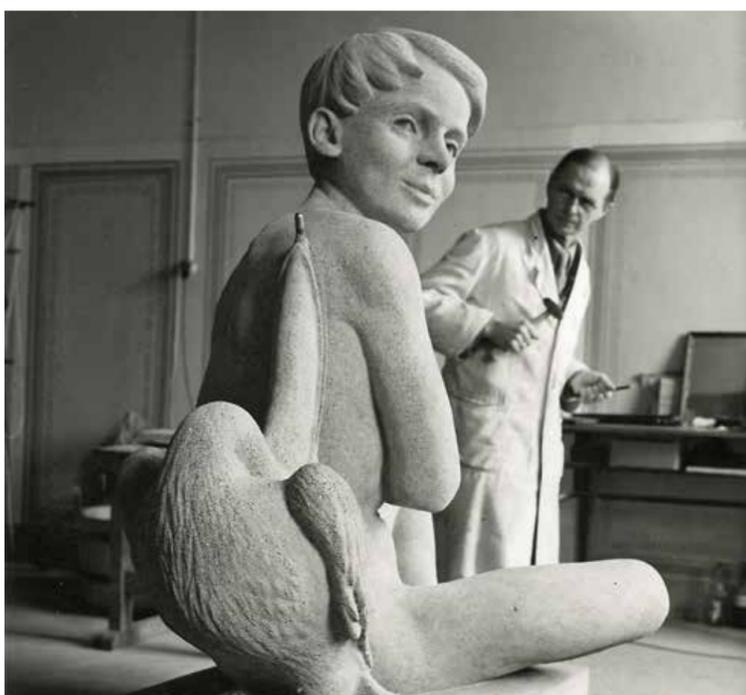
Von Ostpreußen in die Hauptstädte Europas – Die Motive seiner Darstellungen stammen oft aus Religion und Geschichte

Paul Koralus wurde am 16. Dezember 1892 in Widminnen geboren. Er war der Sohn eines Widminner Fabrikbesitzers, hatte 13 Geschwister und war von Geburt an gehörlos. Er besuchte bis 1910 die Gehörlosenschulen in Angerburg und Tilsit, anschließend die Kunst- und Gewerkschule Königsberg als Schüler von Peter H. Feist sowie von 1911 bis 1914 die Kunstakademie Königsberg bei Stanislaus Cauer.

Für plastische Arbeiten aus der Tilsiter Schulzeit, die sein Direktor nach Brüssel schickte, erhielt er damals 17-Jährige das Goldene Ehrendiplom der Weltausstellung in Brüssel und die Große Silbermedaille von Allenstein.

1914, kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, erhielt er ein Stipendium für eine Studienreise durch einige Hauptstädte Europas, die er aber nicht mehr antreten konnte. Zwischen 1914 und 1918 studierte er an der Kunstakademie Dresden bei Selmar Werner und Georg Wrba, dessen Meisterschüler er wurde.

1920 führte er eine Sonderausstellung in der Kunsthandlung Teichert in Königs-



Bei der Arbeit: Paul Koralus in seinem Atelier

Foto: KGL/mef

berg durch. Neben der bildhauerischen Arbeit vervollkommnete sich Koralus in Gravur, Lithografie und Kupferstich und arbeitete ab 1926 freischaffend als Lithograf in Hannover und Braunschweig.

## Gravur, Lithografie und Kupferstich

Von 1931 bis 1944 hatte er ein Atelier in seinem Heimatort Widminnen. Zwischenzeitlich war Koralus immer wieder als Maler tätig.

Ein Großteil seiner künstlerischen Arbeiten bis 1944 befand sich in Kirchen und Schulen Ostpreußens, unter anderem in Widminnen, Milken, Neuhoff, Ange-rapp, Lyck, Sensburg, Gumbinnen und Schloßberg. Ein acht Meter breites Wandgemälde, „Der Fischzug des Petrus“, malte der Künstler für die Kirche in Neuhoff im Kreis Lötzen.

Seine Themen waren oft religiöser und historische Natur, aber auch der Zauber seiner ostpreußischen Heimat. Das Land der dunklen Wälder und der tausend Seen – Masuren – wurde in zahlreichen Ölbildern, Aquarellen und Zeichnungen festgehalten.

Nach der Flucht aus Ostpreußen 1944 über Stralsund nach Holstein fing Koralus wieder aus dem Nichts an, denn selbst die nach Ribnitz (Mecklenburg) ausgelagerten Kunstwerke gingen verloren. Die ersten Jahre hielt sich der Künstler als Bauzeichner und Porträtmaler über Wasser. Erst als Koralus 1950 nach Minden übersiedelte, begann er mit dem Aufbau eines Ateliers in Häverstädt bei Minden. Die Stadt Braunschweig kaufte von ihm eine Wilhelm-Raabe-Büste an.

Seinen Lebensabend verbrachte er gemeinsam mit seiner Frau Erika, ohne die sein künstlerisches Schaffen nicht möglich gewesen wäre, im Albert-Nisius-Heim in Minden.

Paul Koralus starb mit 99 Jahren am 10. Januar 1991 in Minden und fand seine letzte Ruhe neben seiner Ehefrau auf dem Friedhof in Häverstädt, wo eine seiner Plastiken am Giebel der Friedhofskapelle zu sehen ist.

Einige seiner in Minden entstandenen Werke befinden sich in der Obhut des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen sowie in Privatbesitz. Manfred E. Fritsche

## ● AUFGESCHNAPPT

Dass die „Antonio Amadeu Stiftung“, gemeinsam mit anderen Vereinen und Initiativen, in einem Schreiben an die Bundesministerinnen für Inneres und Familie nach mehr und vor allem stetigeren Zahlungen aus Steuergeldern für ihre Arbeit gegen „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ ruft, überrascht wenig. Aufmerken lässt eher, wie unverhohlen die Verfasser hier ihr recht eigenes Verständnis von Demokratie darlegen. Diese sei „nicht mehr selbstverständlich“. Beklagt werden „die im Kern demokratiefeindlichen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen“. „Demokratiefeindliche Abgeordnete“ säßen in den Parlamenten. Betont wird, dass „nicht jede Form von bürgerschaftlichem Engagement oder politischer Bildung automatisch demokratiefördernd ist“. Zu den vernachlässigten Themen gehöre die „besondere Situation einer autoritären und gefestigten Demokratiefeindschaft in vielen Teilen von Ostdeutschland.“ Es gelte, „der Vielfalt der deutschen Migrationsgesellschaft gerecht“ zu werden. E.L.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

US-Starökonom Jeffrey Sachs hat viele osteuropäische Länder in die Marktwirtschaft begleitet. In der „Welt“ (1. April) warnt er die Europäer nun vor den Schattenseiten amerikanischer Weltpolitik:

„Die USA lieben die Eskalation von Konflikten ... Biden hat in der Tat gesagt, dass wir uns für einen langen Konflikt wappnen sollen. Das ist eine schreckliche Idee. Ein langjähriger Kampf ... Die Ukraine darf nicht für Generationen ein Schlachtfeld werden. Ich weiß, wozu die USA fähig sind. Die US-Regierung kann jahrelang Waffen liefern, mit denen getötet und zerstört wird. Das haben die USA in Afghanistan getan, im Irak oder in Syrien ... Die Ukraine verdient Frieden. Dafür muss die Ukraine auch verstehen, dass sie keinen militärischen Sieg erringen wird. Die US-Regierung nährt diese Erwartung. Die USA feuern ihre Freunde an und lassen sie dann auf dem Schlachtfeld zurück.“

Der Historiker und PAZ-Autor Herfried Münkler sieht die Gefahr, dass Moskau und Minsk die EU-Länder mit der „Migrationswaffe“ bedrohen könnten. In „Focus online“ (30. März) sagt er:

„Die Ostgrenze von NATO und EU wird für lange Zeit eine unruhige, eine gefährdete Grenze bleiben. Im Kalten Krieg war es eine Grenze, an der die Emigration aus dem Ostblock mit Waffengewalt verhindert wurde. Zukünftig wird es eine Grenze sein, an der die westlichen Staaten eine von Putin oder Lukaschenko organisierte Massenmigration aus den Konflikt- und Elendsgebieten der Welt nach Europa hinein blockieren werden.“

Nikolas Busse fordert die Deutschen zu einem grundlegenden Umdenken in ihren außenpolitischen Konzepten auf. In der „Frankfurter Allgemeinen“ (30. März) schreibt er:

„Deutschland muss vor allem die Entwöhnung vom strategischen Denken überwinden ... Außenpolitik ist vor allem Außenpolitik, nicht Klimapolitik, Menschenrechtspolitik oder Frauenpolitik, nicht einmal Wirtschaftspolitik. Es geht um nationale Interessen, die Pflege von Bündnissen, die internationale Machtbalance. Und Sicherheit stellt man in erster Linie mithilfe militärischer Abschreckung her, nicht mit zivilem Krisenmanagement oder mit Entwicklungshilfe. Erst wenn die politische Klasse diese Selbstverständlichkeiten wieder verinnerlicht hat, wird man von einer Zeitenwende reden können.“

## ● WORT DER WOCHE

„Woran erkennt man Propaganda? Ganz einfach daran, dass jede um einen halben Millimeter vom Mainstream abweichende Meinung sofort als Beweis für Landesverrat gedeutet wird. Wer nicht unsere Sicht vertritt, arbeitet für den Feind!“

Roger Köppel in der Schweizer „Weltwoche“ vom 31. März

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Zeitenwendehälse

Wie zäh sich alte Irrtümer durch die Krise kämpfen, und wie Frau Lambrecht alle in den Schatten stellt

VON HANS HECKEL

Damit die US-amerikanischen Autofahrer nicht so sehr unter den Russland-Sanktionen leiden müssen, hat ihr Präsident die staatlichen Ölreserven angezapft. Das ist nett von Joe Biden und hatte auch gleich Erfolg. Dem Vernehmen nach sank der Durchschnittspreis je Liter (umgerechnet) von wirklich unzumutbaren 1,10 Euro auf 90 Eurocent.

Die Deutschen sollen nicht so glimpflich davonkommen, da ist man sich sowohl in den USA wie auch in Berlin einig. Zwar zahlen die germanischen Autofahrer schon doppelt so viel wie ihre amerikanischen Verwandten. Aber statt einer Senkung der Spritsteuern gibt es bloß drei Monatskarten für die öffentlichen Verkehrsmittel für je neun Euro, wie man hört, ab dem 1. Juni.

Während also die US-Regierung ihr eigenes Land vor den Folgen der Russland-Sanktionen wirksam schützt, wird man in Washington nicht müde, die Deutschen in einen Gas-Boycott zu pressen. Nach Angaben von deutschen Konzern-Chefs und Verbandsvertretern würde das schlagartige Ausbleiben des russischen Gases die deutsche Industrie in sich zusammensacken lassen. Wir fragen uns, welche Gefühle die Aussicht auf einen Zusammenbruch der deutschen Wettbewerber wohl bei der amerikanischen Konkurrenz von BASF, Siemens, VW und Co. auslöst. Aber nein, das fragen wir uns natürlich nicht. Solche Gedanken wären schließlich nicht bündnistreu – und der Westen muss doch jetzt „fester denn je zusammenstehen“.

Als Hamburger U-Bahn-Benutzer sehe ich den Neun-Euro-Monatskarten übrigens mit einiger Beunruhigung entgegen. Nachdem damit zu rechnen ist, dass der Anteil der Corona-bedingten Heimarbeiter weiter zurückgehen wird, dürften die Züge und Bahnhöfe bald wieder so voll sein wie vor der Pandemie. Da kann man nur hoffen, dass nur sehr wenige Autofahrer das Billigticket nutzen. Sonst verwandelt sich der Hauptbahnhof der Hansestadt im Sommer in eine Todesfalle.

Mit den meisten Passagieren aller deutschen Bahnhöfe und den zweitmeisten in Europa (nur der Pariser Nordbahnhof schleust täglich noch mehr Menschen durch) ist der Hamburger viel zu klein geworden. Das Gedränge wirkt zeitweise lebensgefährlich. Daher weiß man gar nicht, was Politiker vorhaben, die davon schwärmen, „mehr Menschen

weg vom Auto auf die Schiene zu locken“. Wollen sie die Bevölkerung dezimieren?

Die Schienen-Schwärmerei scheint genauso präzise und vorausschauend durchdacht wie die Energiewende, mit der sie uns in diese Gas-Klemme geritten haben. Aber in der Energiepolitik haben wir ja jetzt die „Zeitenwende“ erreicht, ab der alles besser, weil viel realistischer gedacht wird. Dachten wir. Doch wie alle Wendehälse bleiben auch die Zeitenwendehälse in Wahrheit ihren alten Irrtümern treu. Obwohl Experten sich an den Kopf fassen, wollen die Energiewender die Unabhängigkeit vom Gas immer noch mit noch mehr Windrädern erzwingen.

Daher noch mal kurz zum Mitschreiben: Es sind vor allem diese Winddinger, die immer mehr Gaskraftwerke nötig machen. Kohle- und Atomkraftwerke können nicht so schnell hochgefahren werden wie die mit Gas. Durch die Flatterhaftigkeit von Solar- und Windenergie benötigt man aber gerade Kraftwerke, die von jetzt auf gleich ans Netz gehen können, um bei Wolken und Flaute just einzuspringen, und das können von den drei genannten Stromlieferanten eben nur die Gaskraftwerke. Bedeutet: Je mehr Windräder wir aufstellen, desto mehr Gaskraftwerke müssen her und umso mehr Gas wird auch benötigt. Ist denn das so schwierig?

## Wenn es falsch lief, dann eben noch mal

Und ob es das ist! Dafür müsste man nämlich ein gut eingeübtes Denkmuster überwinden, dem man schon lange frönt. Bei anderen Herausforderungen wie der Euro-Krise oder der Pandemie kam dieses Muster ebenfalls zum Vorschein: Immer, wenn eine Maßnahme nicht gewirkt hat, setzte nicht etwa ein Nachdenken darüber ein, ob die Maßnahme vielleicht falsch gewesen sein könnte. Oh nein, die Antwort lautete jedes Mal: dann eben noch mehr von der Maßnahme. Immer rein. Irgendwann zündet das schon.

Andererseits kann man das ja auch verstehen. Ehrliches, öffentliches Nachdenken könnte darin münden, dass die Akteure zugeben müssten, sich fürchterlich verrannt zu haben. Wer tut das schon gern? Ein Politiker sicherlich nicht. Aber was macht der, wenn wirklich nichts mehr geht? Was dann geschieht, erleben wir gerade angesichts der Impfpflicht. Die Österreicher, die uns da schon voraus waren, haben kurzen Prozess gemacht und den Quatsch einfach wieder einkassiert.

Fest steht: Je mehr Windräder wir haben, desto mehr Gaskraftwerke benötigen wir auch. Und das soll die Lösung sein?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

In Berlin pirscht die Ampel dagegen durchs gesetzgeberische Unterholz, um möglichst ungesehen aus der Nummer wieder herauszukommen. Als diese Zeilen geschrieben werden, wissen wir noch nicht, was genau beschlossen ist. Aber eines zeichnet sich bereits ab; es wird eine verschurbelte bürokratische Ruine, die nur dem einen Zweck dient: Rauskommen aus der Sache, ohne dass einer merkt, dass die regierenden Mist gebaut und das schließlich selbst bemerkt haben. Bis auf Lauterbach, versteht sich.

Ach, die Bundesregierung! Jedes Mal, wenn eine neue kommt, meinen wir: Schlimmer als die alte kann die auch nicht werden. Und jedes Mal ... ich muss nicht weiterreden. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht („Das Militärische liegt mir nicht so“) gibt wirklich alles, um ihre bereits legendär gescheiterten Vorgänger:innen (gegendert, mach' ich nie wieder, aber hier passt es so schön) noch einmal kräftig zu unterbieten.

Ihr „Ich sehe was, was du nicht siehst“-Spiel mit den Waffenlieferungen an die Ukraine macht Deutschland zum Trottel des Planeten. Sie könne nicht sagen, was genau geliefert werde, weil man mit Kiew Geheimhaltung vereinbart habe. Nur dass die ukrainische Regierung von dieser Abmachung gar nicht gewusst haben will und die deutsche Ministerin weltöffentlich der „Lüge“ bezichtigt. Geht es noch ein bisschen peinlicher?

Wenn man schon lügt, dann doch nicht so, dass es einem postwendend nachgewiesen werden kann. Zumal alle anderen Unterstützerstaaten der Ukraine nicht nur nicht geheimhalten, was sie an das bedrängte Land an Waffen und Munition weiterreichen. Sie geben damit so öffentlich wie möglich an, um allen zu zeigen, wie engagiert sie den Freiheitskampf der Ukrainer unterstützen, statt nur Lippenbekenntnisse abzusondern.

Kein Zweifel, Scholz sollte Lambrecht schleunigst entlassen. Ja, aber wohin dann mit der Frau? Die SPD könnte sie bei einer parteinahen Organisation oder Stiftung unterbringen. Die Frage wäre allerdings, was ein Idiot vom Kaliber Lambrecht bei denen alles anrichtet. Die Sozialdemokraten schießen sich doch nicht ins eigene Knie.

Indes, irgendwann wird ja der Stuhl der EU-Kommissionspräsidentin wieder frei. Auch dort bieten sich reichlich Gelegenheiten, eine Krise zu vergeigen. Und an inkompetente deutsche Ex-Verteidigungsministerinnen ist man in Brüssel gewöhnt.